Aspekte der französischen Rheinlandbesetzung in Worms und Rheinhessen vor dem Hintergrund der deutsch-französischen Beziehungen in der Nachkriegszeit (1918-1930)



Französische Besatzungssoldaten in Worms, 1930[Bild: StadtA Wo, Fotoabt. Nr. 8761/5]

Nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg war Worms von Ende 1918 bis Mitte 1930 von französischen Truppen besetzt. Im Zuge der Rheinlandbesatzung standen weite Teile des heutigen Bundeslandes Rheinland-Pfalz, darunter auch Rheinhessen, unter alliierter Kontrolle. Diese im Versailler Vertrag vereinbarte Maßnahme führte regelmäßig zu Spannungen, die im Krisenjahr 1923 ihren Höhepunkt erreichten. Neben dem Ruhrkampf und der darauffolgenden <u>Hyperinflation</u> verschärften die separatistischen Bewegungen im Rheinland und der Pfalz die Konflikte innerhalb der Bevölkerung zusätzlich.

Im folgenden Beitrag untersucht Jutta Kling die Folgen der Besatzungszeit für Worms und Rheinhessen vor dem Hintergrund der französischen Deutschlandpolitik zwischen 1918 und 1930. Veränderte sich das französische Vorgehen im Laufe der Zeit? Welche Auswirkungen hatte dieses Vorgehen auf die deutsch-französischen Beziehungen und das Besatzungsregime in Worms? Dabei beleuchtet die Autorin besonders die Konsequenzen der Besatzung auf die wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung in der Nibelungenstadt.

1 von 1 14.12.2022, 14:11

Rheinhessen > Städte & Dörfer > Worms > Einzelaspekte > Worms in der Besatzungszeit

1. Einleitung

Als Folge der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg war Worms von Ende 1918 bis Mitte 1930 von französischen Truppen besetzt. Die Franzosen versuchten durch die Besetzung auf die politische Lage Deutschlands Einfluss zu nehmen und ihre Sicherheitsinteressen zu befriedigen. Die Folgen dieser Besatzungszeit für Worms und Rheinhessen näher zu betrachten, ist das Ziel des folgenden Beitrags. Dabei soll der wirtschaftlichen und sozialen Situation besondere Beachtung geschenkt werden. Darüber hinaus wird der Wandel der französischen Deutschlandpolitik in den Jahren 1918 bis 1930 betrachtet, sofern dies für das Thema der Untersuchung relevant ist.

Die Zeit zwischen 1918 und 1930 wurde in Deutschland von vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten bestimmt, die ihren Höhepunkt schließlich im Krisenjahr 1923 fanden. Gleichzeitig verschärfte sich das Problem des Separatismus im Rheinland durch die Ruhrbesetzung und ihre Folgen. Wie gelang es der erst kurz zuvor entstandenen deutschen Republik, neben ihren sonstigen innenpolitischen Problemen, die Belastungen der Besatzung ihrer im Westen liegenden Territorien zu verkraften?

Zunächst soll aber der Blick aus deutscher Perspektive auf den Herbst 1918 gerichtet werden. Dabei sind zwei unterschiedliche Ebenen zu wahrzunehmen, einerseits die Innenpolitik des deutschen Kaiserreichs in seiner Endphase und andererseits die Bemühungen der neuen Regierung um einen Waffenstillstand sowie das Ringen der westlichen Alliierten untereinander um einen Friedensvertrag, der schließlich der jungen Weimarer Republik aufgezwungen wurde.

Rheinhessen > Städte & Dörfer > Worms > Einzelaspekte > Worms in der Besatzungszeit

2. Das Ende des deutschen Kaiserreiches



Max von Baden auf dem Weg zum <u>Reichstag</u>, 3. Oktober 1918[Bild: Bundesarchiv <u>[CC BY-SA 3.0</u> DE]]

Nachdem am 29. September 1918 die Oberste Heeresleitung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff die militärische Niederlage des Deutschen Reiches eingestanden und einen sofortigen Waffenstillstand verlangt hatte, ernannte Kaiser Wilhelm II. am 3. Oktober 1918 Max von Baden zum Reichskanzler einer neuen Regierung.[Anm. 1] Am 28. Oktober 1918 wurde durch die Änderung der Reichsverfassung der Übergang von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie vollzogen. Dies bedeutete, dass nun sowohl der Reichskanzler mit seiner Regierung als auch die militärische Kommandogewalt des Kaisers der parlamentarischen Kontrolle des Reichstags unterlag.[Anm. 2] Aber diese sog. "Oktoberreformen" konnten nur eine rein formelle Parlamentarisierung bleiben, solange sich nicht die alten Eliten, besonders das Militär und die Bürokratie, zu ihr bekannten. Dies war augenscheinlich nicht der Fall, denn die Zustimmung dieser Kreise zu Reformen war der Tatsache geschuldet, dass eine vernichtende militärische Niederlage bevorstand.[Anm. 3] Der zum monarchistischen Beamtenapparat gehörende Staatssekretär Paul von Hintze bekannte: "Die Revolution von oben' sei für ihn und seine Auftraggeber 'das Mittel' gewesen, […] der Revolution von unten vorzubeugen', denn 'von oben in Szene gesetzt, sollte sie einen Übergang bilden, die Umstellung von Sieg auf Niederlage tragbar machen'. "Folglich sollten nun die Mehrheitsparteien des Reichstags (Sozialdemokraten, Zentrum und Liberale) in der Regierung Max von Badens die Verantwortung für die militärische Niederlage und die zu erwartenden harten Waffenstillstandsbedingungen übernehmen. Die Militärführung unter Hindenburg und Ludendorff stahl sich aus der Verantwortung. Mit den "linksstehenden Parteien" müsse "das Odium dieses Friedenschlusses" stets verbunden sein, so Ludendorff. Auf die Truppen könne man sich nicht mehr verlassen, da die "Armee schwer verseucht [...] durch das Gift spartakistischer und sozialistischer Ideen" sei.

Nachdem die neue Regierung am 4. Oktober 1918 auf Drängen der OHL ein Waffenstillstandsgesuch an den amerikanischen Präsidenten Wilson gerichtet hatte und daraufhin US-Außenminister Lansing am 23. Oktober die deutsche Kapitulation sowie die Abdankung des Kaisers forderte, sah sich Wilhelm II. gezwungen, Ludendorff zu entlassen.[Anm. 4] Dieser trat alsbald inkognito die Flucht nach Schweden

1 yon 2

an. Der Reichskanzler sah sich aufgrund der Lansing-Note dazu veranlasst, Wilhelm II. zum Thronverzicht aufzufordern. Stattdessen floh der Kaiser auf Anraten und mit Hilfe der OHL ins Hauptquartier nach Spa.[Anm. 5] Dies bedeutete, dass sowohl die Militärführung als auch der Kaiser trotz formaler Einführung der parlamentarischen Monarchie diese Entwicklung rückgängig machen wollten. Nach dem Urteil Hans-Ulrich Wehlers war dies "das Liebäugeln mit dem Staatsstreich". In völliger Fehleinschätzung der Lage löste außerdem die Seekriegsleitung am 29./30. Oktober durch ihren Befehl an die Flotte, zu einem letzten Kampf gegen England auszulaufen, die Revolution in Gang. Dieser eigenmächtige Befehl war eine Anmaßung gegenüber der politischen Führung. Die Folge war die offene Meuterei und Befehlsverweigerung der Matrosen, die zu einer Kettenreaktion führte, insofern sich der Aufstand von Norddeutschland aus rasch auf das ganze Land ausbreitete und in allen größeren Städten Fuß fasste. Durch die Vereinigung mit den Arbeitern bildeten sich fast überall Arbeiter- und Soldatenräte.[Anm. 6] Die SPD-Führung unter Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann forderte mehrfach den Rücktritt des Kaisers, da sonst die Revolution unvermeidlich sei. Auf eigene Faust gab daraufhin Max von Baden die Abdankung Wilhelms II. bekannt und übergab die Regierungsgeschäfte an Ebert. Scheidemann rief von der Terrasse des Berliner Reichstags die Deutsche Republik aus, der Kaiser floh ins holländische Exil. Aus der revolutionären Bewegung ging am 10. November 1918 die Interimsregierung des Rates der Volksbeauftragten unter dem Vorsitz Friedrich Eberts hervor. Dieser "Rat" bestand aus jeweils drei Mitgliedern von SPD und USPD. Seine Basis bildeten die Arbeiter- und Soldatenräte, die die Regierung des Rates der Volksbeauftragten bestätigten und somit legitimierten.[Anm. 7]

Die Monarchien im Reich und in den deutschen Ländern waren gestürzt. Ebert und seine Kollegen mussten in der Phase des Übergangs bis zur Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung, die so bald wie möglich stattfinden sollte, gravierende Probleme lösen. Dazu zählten vor allem die Verhütung einer Hungersnot durch die Sicherung der Lebensmittelversorgung, die Demobilmachung der vielen von der Westfront zurückströmenden Soldaten und das Ringen um die politische Zukunft Deutschlands.[Anm. 8]

Anmerkungen:

- 1. Vgl. Winkler, Der lange Weg nach Westen (2002), Bd. 1, S. 363ff.
- 2. Ebd., S. 366.
- 3. Vgl. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte (2008), Bd. 4, S. 174-197.
- 4. Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd.1, S. 366.
- 5. Vgl. im Folgenden Wehler, S. 182-195.
- 6. Vgl. dazu den Beitrag von Silke Olbrisch im vorliegenden Band.
- 7. Wehler, S. 194.
- 8. Vgl. dazu den Beitrag von Margit Rinker-Olbrisch im vorliegenden Band.

Rheinhessen > Städte & Dörfer > Worms > Einzelaspekte > Worms in der Besatzungszeit

3. Der Waffenstillstand vom 11. November 1918



Die Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 11. November 1918[Bild: Bundesarchiv [CC BY-SA] 3.0 DE]]

Damit aufs Engste zeitlich verknüpft war der Abschluss des Waffenstillstandsvertrags zwischen Deutschland und den Mächten der Entente am 11. November 1918. [Anm. 1] Durch eine Reihe von Notenwechseln mit der deutschen Regierung hatten die USA mit Präsident Wilson die Voraussetzung für den Abschluss von Waffenstillstandsverhandlungen geschaffen. In der "Lansing-Note" [Anm. 2] vom 5. November 1918 ermächtigten sie den Oberkommandierenden der Alliierten Heere, den französischen Marschall Foch, [Anm. 3] zur Verhandlungsführung im Namen aller Westalliierten mit dem Leiter der deutschen Waffenstillstandskommission, Matthias Erzberger. [Anm. 4] Wirkliche Verhandlungen fanden nicht statt. Im Salonwagen von Compiègne ging es um die Entgegennahme der Waffenstillstandsbedingungen Fochs durch Erzberger, wobei es letzterem oblag, einige geringfügige Modifizierungen oder kurze Stellungnahmen zu dem von Foch festgelegten Text vorzubringen. [Anm. 5] Am 11. November wurde das Abkommen von den Delegationen unterschrieben. [Anm. 6]

Im Folgenden seien die wichtigsten der die Westfront betreffenden Artikel des Waffenstillstandsabkommens erläutert. Nach "Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande und in der Luft" erfolgte die "Räumung der besetzten Gebiete", nämlich Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs sowie Elsass-Lothringens (Art. I) und die Besetzung dieser Gebiete durch die Truppen der Alliierten und der USA (Art. II).[Anm. 7] Das Kriegsmaterial (Kanonen, Maschinengewehre, Flugzeuge u.a.) war an diese Mächte auszuliefern. Der für die Rheinlandbesetzung zentrale Art. V lautete:[Anm. 8]

"Räumung der linksrheinischen Gebiete durch die deutschen Armeen. Die Gebiete auf dem linken Rheinufer werden durch die örtlichen Behörden unter Aufsicht der Besatzungstruppen der Alliierten und Vereinigten Staaten verwaltet. Die Truppen der Alliierten und der Vereinigten Staaten werden die

1 yon 9 19.04.2023, 12:01

Besetzung dieser Gebiete durch Garnisonen bewirken, die die wichtigsten Rheinübergänge (Mainz, Koblenz, Köln) inbegriffen je einen Brückenkopf von 30 km Durchmesser auf dem rechten Ufer beherrschen und außerdem die strategischen Punkte dieses Gebiets besetzten. Auf dem rechten Rheinufer wird eine neutrale Zone geschaffen. Sie verläuft zwischen dem Fluss und einer Linie, die parallel den Brückenköpfen und dem Fluss gezogen wird, in einer Breite von 10 km von der holländischen bis zur Schweizer Grenze. Die Räumung der rheinischen Gebiete auf dem linken und rechten Ufer wird so geregelt, dass sie in einem Zeitraum von weiteren 16 Tagen durchgeführt ist, also im Ganzen in 31 Tagen nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes. [...]"

In allen geräumten Gebieten mussten die "militärischen Einrichtungen" [...] "in unversehrtem Zustande ausgeliefert (werden), ebenso alle militärischen Vorräte, Lebensmittel, Munition, Ausrüstungsstücke [...]."Außerdem hatten dort alle Lebensmitteldepots an Ort und Stelle zu verbleiben, industrielle Anlagen durften nicht zerstört werden, denn alle diese Objekte waren Werte, die für die Sieger als Pfand fungierten. Umfangreiche Bestimmungen zur Infrastruktur verfolgten dasselbe Ziel: Eisenbahnen, Wasser- und Landstraßen, telegrafische und telefonische Anlagen mussten an die Alliierten übergeben werden. Ferner blieben alle zivilen und militärischen Bediensteten auf ihren Posten. Alles was zum Eisenbahnbetrieb auf dem linken Rheinufer notwendig war, sowohl Betriebsmaterial als auch Kohlevorräte, die Deutschland zu unterhalten hatte, waren dort zu belassen. Ein großes Problem stellte die geforderte Auslieferung von 5000 Lokomotiven und 150.000 Eisenbahnwagen dar, die – ebenso wie die Übergabe von 5000 Lastwagen – in absehbarer Zeit zu erfolgen hatte.[Anm. 9]

Der auch für die Stadt Worms folgenreiche Artikel IX bestimmte das Recht der alliierten Armeen auf Requisitionen. "Der Unterhalt der Besatzungstruppen […] erfolgt auf Kosten der deutschen Regierung." Die Alliierten behielten sich außerdem vor, zukünftig Reparationszahlungen als Schadenersatz für alle Kriegsschäden zu fordern, insbesondere für die von den deutschen Truppen zerstörten französischen Landesteile. Sie stellten fest: "Während der Dauer des Waffenstillstands darf der Feind keine öffentlichen Werte beseitigen, die den Alliierten als Sicherheit für die Deckung der Kriegsschäden dienen könnten. "[Anm. 10] Besonders wichtig war Artikel XXVI: "Die Blockade der alliierten und assoziierten Mächte bleibt in gegenwärtigem Umfange bestehen [...]. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten nehmen in Aussicht, während der Dauer des Waffenstillstands Deutschland in dem als notwendig anerkannten Maße mit Lebensmitteln zu versorgen."[Anm. 11] Diese Bestimmung war brisant, weil Deutschland dadurch auf Gedeih und Verderb auf die Lebensmittellieferungen der Alliierten angewiesen war, besonders im Zusammenhang mit Artikel XXXIV. Denn dieser legte fest, dass der der Waffenstillstand 36 Tage nach seinem Abschluss ausgesetzt werden konnte, falls seine Bestimmungen nicht ausgeführt wurden. Bei Nichterfüllung seitens Deutschlands befände man sich also wieder im Kriegszustand. Zur Überprüfung, ob das Abkommen von Deutschland eingehalten wurde, setzten die Alliierten die sogenannte Ständige Internationale Waffenstillstandskommission ein, "unter oberster Leitung des Oberkommandos der Alliierten zu Wasser und zu Lande".[Anm. 12]

Insgesamt drei Mal wurde der Waffenstillstand während sehr harter Verhandlungen in Trier zwischen den Delegationen des Marschalls Foch und des Staatssekretärs Erzberger verlängert. Thema der dortigen Verhandlungen waren u.a. die Forderungen Fochs nach vollständiger Ablieferung des nach den Vertragsbedingungen auszuliefernden Materials und den Erklärungen Erzbergers, warum angesichts der Situation in Deutschland (Revolution, Streiks, allgemeine Not) die entsprechenden Lieferungen noch nicht erfolgt waren.[Anm. 13] Außerdem ging es immer wieder um die Klage Erzbergers, dass das besetzte linksrheinische Gebiet von den rechtsrheinischen Territorien abgesperrt werde. Falls die Verkehrsfreiheit zwischen den okkupierten Teilen und dem übrigen Deutschland nicht gewährt würde, müsse das linksrheinische Gebiet wirtschaftlich zusammenbrechen. [Anm. 14] Am 16. Januar 1919 schrieb Erzberger in einer Note an Foch: "Das Fortbestehen der bisherigen Sperre in Güter- und Warenverkehr würde zahlreiche Zweige des Wirtschaftslebens [im besetzten Gebiet] zum Erliegen bringen und dadurch Arbeitslosigkeit, Elend und Unruhe in einem Maße hervorrufen, das auch den Alliierten nicht wünschenswert erscheinen kann."[Anm. 15] Die Blockade der Lebensmittelversorgung von ganz Deutschlands durch die Alliierten war ein zwischen den beiden Bevollmächtigten kontrovers diskutiertes Thema. Erzberger äußerte sich in einer langen Rede am 15. Januar 1919 in Trier:[Anm. 16] "Die Ernährungsfrage ist die zurzeit dringendste. Nachdem das deutsche Volk waffenlos geworden ist, kann es menschlicherweise nicht auch noch brotlos werden. Hunger und Verzweiflung würden dem deutschen Volke den Rest von Lebenskraft nehmen, an dessen Erholung auch die Alliierten interessiert sind." Er sprach den Fett- und Fleischmangel sowie die zu Ende gehenden Getreidevorräte an, besonders aber das Fehlen von Kindermilch.[Anm. 17] Foch drängte auf die Erfüllung sämtlicher Bedingungen. Um die Lebensmittelversorgung Deutschlands und Europas sicherzustellen, sei, so Foch, "die ganze deutsche Handelsflotte der Kontrolle der alliierten Mächte [...] zu unterstellen".[Anm. 18] Die dritte Verlängerung des Waffenstillstands am 16. Februar 1919 war unbefristet gültig, "wobei die alliierten Mächte [...] sich das Recht vorbehalten, mit einer Frist drei Tagen zu kündigen."[Anm. 19]

Das Prinzip der Verhandlungen bestand also darin, durch die Festlegung der kurzfristigen Dauer des Waffenstillstands sämtliche alliierten Forderungen durchzusetzen und, falls dies nicht zum Ziel führte, mit Wiederaufnahme des Krieges zu drohen.

3.1 Die Jahre 1918/19: Beginn der französischen Besatzung in Worms und Rheinhessen

Unterdessen waren am 4. Dezember 1918 die letzten deutschen Truppen aus Worms über den Rhein gezogen.[Anm. 20] Am 7. Dezember 1918 meldete die *Wormser Zeitung*, dass am 5. Dezember ein erstes Vorauskommando der alliierten Besatzungstruppen in Ludwigshafen eingetroffen sei.[Anm. 21] Eine interalliierte Kommission bestehend aus einem französischen, einem englischen und einem amerikanischen Offizier habe die Absetzung des Arbeiter- und Soldatenrats, die Aufhebung des Achtstundentags, die Einführung des Arbeitszwangs und die Todesstrafe für schwere Zuwiderhandlungen verfügt. Gleichzeitig meldete die *Wormser Zeitung* vom 7. Dezember für den

vorangehenden Abend Voraustruppen von etwa 20 Mann in Worms.[Anm. 22] Die gleiche Ausgabe informierte: "Heute Vormittag erfolgte die Übergabe der Post und die vorläufige Sperre des Telegraphenund Telephonverkehrs. Voraussichtlich treffen heute Vormittag etwa 2000 Mann Besatzungstruppen hier ein."[Anm. 23]

Weiter hieß es in der Presse am gleichen Abend: "Ein Bataillon französischer Alpenjäger hielt heute Nachmittag ¾ 2 Uhr von Frankenthal kommend, mit klingendem Spiel seinen Einzug in Worms. Es kommt noch eine Batterie Artillerie und eine Schwadron Kavallerie. "[Anm. 24] Die Besetzung der linksrheinischen Provinz Rheinhessen wurde durch die Bestimmungen der Zusatznote 1 zum Waffenstillstand vollzogen und oblag der "Groupe d'Armée Fayolle".[Anm. 25] Diese umfasste die 8. und 10. französische Armee unter der Leitung ihres kommandierenden Generals Émile Fayolle.[Anm. 26] Der Sitz des Oberkommandos der 10. Armee unter General Charles Mangin[Anm. 27] sollte in den folgenden Tagen die Provinzhauptstadt Mainz werden. Bereits am 11. Dezember 1918 war mit dem Einmarsch der Truppen in Ingelheim die Besetzung Rheinhessen abgeschlossen. Teile der 10. Armee besetzten bis zum 13. Dezember den rechtsrheinischen Mainzer Brückenkopf. Die Brückenköpfe Mainz und Koblenz waren nach Plänen der französischen Armeeführung als Ausgangspunkte eventueller Vorstöße ins östliche und südöstliche Deutschland vorgesehen, falls die Bedingungen des Waffenstillstandvertrags nicht erfüllt wurden.[Anm. 28]

Am Sonntag, dem 8. Dezember, so meldete die *Wormser Zeitung*, hätten sich um 15 Uhr "die oberen Behörden des Kreises und der Stadt, der Eisenbahn und der Post sowie der Geistlichkeit aller Konfessionen im Cornelianum versammelt. Der Herr Divisionsgeneral stellte der Versammlung den Herrn Obersten Vaulgrenant vor, dem die Militärverwaltung unterstellt ist."[Anm. 29] Colonel Vaulgrenant war der sogenannte Kreisdelegierte, der oberste Verantwortliche der Militärbehörde der französischen Besatzungsmacht im Kreis Worms. Er hatte sein Domizil im Wormser Kreisamt, das an der Ecke Andreasstraße/Dechaneigasse in einem ehemaligen Domherrenpalais, dem Bettendorfer Hof, untergebracht war.[Anm. 30]

3.2 Die Polizeiverordnung vom 8. Dezember 1918



Der französische Brigadestab vor seinem Quartier im Heylshof, 1919[Bild: StadtA Wo, Fotoabteilung Nr. CH 2045]

Laut Polizeiverordnung vom 8. Dezember 1918 hatte "der dienstliche Verkehr aller Behörden mit der Besatzungsbehörde durch den zuständigen Beamten des Kreisamts Worms, Herrn Regierungsdirektor Heyne", zu erfolgen.[Anm. 31] Der Kreisamtsleiter war zusammen mit seiner Behörde die wichtigste Vermittlungsstelle zwischen der französischen Besatzungsverwaltung und den Einwohnern des Kreises Worms. Die weiteren französischen Machtzentren in Worms waren das Hauptquartier im "Europäischen Hof", einem Hotel gegenüber dem Hauptbahnhof. Der Brigadestab war im Heylshof lokalisiert und die Etappenkommandantur befand sich im Cornelianum.[Anm. 32] Die Polizeiverordnung umfasste 30 Artikel, deren Inhalt das Leben der Wormser Bevölkerung entscheidend verändern sollte und ein rigides Besatzungsregime erwarten ließ. Das Kreisamt hatte am 8. Dezember eine Meldung an den Oberbürgermeister der Stadt Worms und die Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises herausgegeben: Neben der Polizeiverordnung des kommandierenden Generals seien sämtliche Ausführungsbestimmungen unmittelbar "zum Aushang zu bringen und auch sonst ortsüblich bekannt zu machen."[Anm. 33] Für die genaue Ausführung der Bestimmungen, die bereits am 8. Dezember in Kraft traten, sei Sorge zu tragen.

Artikel 1 besagte, dass das okkupierte Gebiet unter Kriegsrecht stehe. Artikel 2 bestimmte, dass die deutschen Beamten ihre Ämter weiter ausüben durften, allerdings "unter der Leitung und der Kontrolle der französischen Militärbehörden." Es folgten in den Artikel 3 bis 7 Bestimmungen zur Aufenthaltserlaubnis. Alle Personen über zwölf Jahre, die sich nach dem 1. August 1914 "im Armeegebiet" niedergelassen hatten, mussten sich unmittelbar nach Inkrafttreten der Verordnung auf dem Bürgermeisteramt melden, um sich mit den entsprechenden Dokumenten zu legitimieren. Alle Personen über zwölf Jahre, die vor dem 1. August 1914 ansässig waren, waren verpflichtet, eine sogenannte Aufenthaltserklärung abzugeben; und zwar für sich selbst und für ihre Familie samt

Dienstboten. Jeder Einwohner über zwölf Jahre benötigte eine Legitimationskarte, "Carte d'Identité", die mit einer Unterschrift des Bürgermeisters und der Militärbehörde versehen war. Entsprechende Personenverzeichnisse mussten den französischen Behörden zur Verfügung gestellt werden.

Probleme bereiteten der rheinhessischen Bevölkerung ebenfalls die Bestimmungen über das Verkehrssowie das Post-, Telegrafen- und Telefonwesen (Art. 8-10 bzw. Art. 16-19). Das besetzte Gebiet durfte ohne Erlaubnis des kommandierenden Generals weder betreten noch verlassen werden. Innerhalb einer Gemeinde war die Bewegung zu Fuß zwischen 6 und 20 Uhr erlaubt, während außerhalb des Ortes ohne schriftliche Genehmigung nicht verkehrt werden durfte. Wer mit dem Fahrrad oder zu Pferde unterwegs war, brauchte einen Begleitschein. Ebenso waren Erlaubnisse einzuholen, um per Eisenbahn oder im Auto zu reisen. Nachts war der Verkehr zwischen 20 und 6 Uhr untersagt. Als öffentliche Zeit galt zukünftig die französische, d.h. die westeuropäische. Alle Briefe und Telegramme wurden auf den Bürgermeisterämtern gesammelt und dort von der Militärbehörde kontrolliert. Die Beförderung von Briefen durch Privatpersonen war verboten, ebenso wie der private Gebrauch des Telefons. Vorhandene Apparate mussten abgegeben werden. Wie bereits erwähnt, betrafen die Verkehrsprobleme vor allem die Verbindungen zwischen dem rechts- und linksrheinischen Gebiet, denn sehr bald nach Beginn der Besatzung wurden die Wormser Eisenbahn- und Straßenbrücke mit französischen Posten versehen.

Im Bericht Dietrich Eberhards hieß es: "Jeder Verkehr ruhte. Weder Erwachsene noch unsere Schüler von der rechten Rheinseite konnten anfänglich herüber. Nach Wochen kamen die Schüler erstmalig wieder zu uns nach Worms. [...] Die rechtsrheinischen Züge kamen nur bis Hofheim im Ried." Oft habe "mancher sich Heimsehnender der Gefahr getrotzt und durch Überschwimmen des Rheins herüberzukommen versucht."[Anm. 34] Zu erwähnen sind noch die Artikel 11 und 12 über das Versammlungsverbot ohne Erlaubnis der Ortsmilitärbehörde und die Verordnungen zur Pressezensur (Art. 13-15).[Anm. 35] Druckerzeugnisse durften ohne Genehmigung der französischen Behörden nicht veröffentlicht, verkauft oder verteilt werden. Die Verbreitung von Nachrichten, die die öffentliche Ordnung stören könnten, war unter Strafe gestellt. Artikel 21 beinhaltete das Recht der Besatzungsbehörden auf Requisitionen. Der Verkauf von Alkohol war untersagt, auch durften keine neuen "Schankwirtschaften" eröffnet werden. Der Zutritt zu diesen, wie auch zu Cafés und Restaurants war nur zwischen 8 und 20 Uhr erlaubt (Art. 22, 23).

Die Bestimmung, dass alle Zivilisten eine ehrerbietige Haltung gegenüber den französischen und alliierten Offizieren einzunehmen hatten, stieß häufig auf große Ablehnung (Art. 24). Konrektor Kaspar Schmitt von der Wormser Oberrealschule merkte dazu an: "Eine große Erbitterung […] erregte die Art und Weise, wie Wachtposten die Vorübergehenden behandelten. Manchen Kolbenstoß musste man sich gefallen lassen, wenn man nicht vor dem Posten auf dem Fahrweg ging, oder den Offizieren, die fast nie ohne Reitpeitsche ausgingen, geziemend auswich."[Anm. 36] Artikel 29 drohte die Verantwortlichen von Tätigkeiten "gegen die Sicherheit des Heeres" vor ein Kriegsgericht zu stellen. Strafen waren u.a. ein Jahr

Zuchthaus, eine Geldbuße von 1000 Franken und die Ausweisung aus dem besetzten Gebiet.

3.3 Stichworte zur wirtschaftlichen Lage 1919

Neben einer bereits kriegsbedingt schlechten Versorgungslage, insbesondere mit Lebensmitteln und Brennstoffen, stellte die nahezu vollständige Unterbrechung des Güterverkehrs zwischen Rheinhessen und den rechtsrheinischen Gebieten bis zum 12. Juli 1919 eine der größten Herausforderungen für die rheinhessische Wirtschaft dar. Für März 1919 liegt aus dem Bezirk des Wirtschaftsrats Mainz ein erster Bericht über die wirtschaftliche Lage vor.[Anm. 37] Daraus geht hervor, dass zwar aus dem unbesetzten Gebiet z. T. Rohstoffe eingeführt werden durften, aber nicht dringend benötigte Fertigprodukte. Das betraf vor allem Textil- und Eisenwaren, chemische Produkte, Glas-, Porzellan- und Schreibwaren sowie Zigarren und Zigaretten. Andererseits bestand ein Ausfuhrverbot für sogenannte veredelte Produkte, z.B. Obstsäfte und alkoholische Getränke, die fast ausschließlich im rechtsrheinischen Gebiet abgesetzt wurden. Davon waren außer den Weinbauern und -Händlern die großen rheinhessischen Mühlen betroffen, von denen es einige in Worms gab. Absatzprobleme hatten etwa Bierbrauereien, die Kaffeeund Schokoladenindustrie sowie die Essig-, Senf- und Konservenfabriken. Der Verlust von Kunden im unbesetzten Gebiet war die langfristige Folge der Blockade des Handels und der Industrie auf der linken Rheinseite.

Die "Mittelungen der Handelskammer Mainz", seit Mai 1921 "Mitteilungen der Rheinhessischen Handelskammern Bingen, Mainz, Worms" genannt, bieten ab Dezember 1919 gute Gradmesser für die Wirtschaftsprobleme.[Anm. 38] Die hessischen Handelskammern hatten bereits im Herbst 1919 im Einvernehmen mit der Regierung eine sogenannte Industriestelle geschaffen, um Fragen der Ein- und Ausfuhr und der Rohstoffverteilung zu lösen und um die Industrie bei Reichs-, Staats- und Besatzungsbehörden zu vertreten. Ständige Themen in den Mitteilungen der Handelskammer Mainz waren die Bekämpfung des Schieber- und Wucherwesens, die Missstände im Fernsprechverkehr wegen Personalmangels und der Überlastung der Leitungen durch die Besatzungsbehörden. Andere Probleme waren die "Transportnot", der Mangel an Kleingeld und die Steuerflucht ins Ausland. Die Handelskammer forderte die Wiederrichtung der alten Reichszollgrenze und die Herausgabe von Listen für einfuhrfreie und einfuhrverbotene Waren. Ständige Probleme waren die Ein- und Ausfuhrkontrolle des Post-, Geld-, Personen- und Warenverkehrs zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet. Die ohnehin riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten unmittelbar nach Kriegsende verschärften sich also unter den Besatzungsbedingungen im Vergleich zum übrigen Reichsgebiet um ein Vielfaches.

Seit den 1840er Jahren wurde die Wormser Industrielandschaft durch die Lederbranche dominiert. Nach einem Konzentrationsprozess in diesem Industriezweig kristallisierten sich in Worms gegen Ende des 19. Jahrhunderts zwei Lederfabriken heraus: das Werk von Cornelius Wilhelm (von) Heyl (1843-1923), dessen Familie 1886 vom hessischen Großherzog nobilitiert worden war, und die Firma Doerr & Reinhart.[Anm. 39] Am Vorabend des Ersten Weltkriegs arbeiteten in Worms von insgesamt

etwa 20.000 Beschäftigten knapp ein Drittel in den erwähnten Lederwerken. Allein Cornelius W. von Heyl war der Arbeitgeber von ca. 5.200 Menschen. Davon gehörten ca. 850 Mitarbeiter zu einer von Cornelius von Heyl im Jahre 1901 erworbenen Lederfabrik in Worms-Neuhausen, die seit 1922 unter der Leitung seines jüngsten Sohnes Ludwig Cornelius (1886-1962) als eigenständiges Werk mit dem Namen Heylsche Lederwerke Liebenau GmbH firmierte und bis 1974 als letztes der Wormser Lederbetriebe bestand.[Anm. 40]

Die Quellenlage für die Entwicklungsgeschichte beider Werke ist sehr unterschiedlich.[Anm. 41] Für das Stammwerk, die Cornelius Heyl AG, ist sie ungünstig, während sie für die Heylschen Lederwerke Liebenau als gut zu bezeichnen ist. Die Überlieferung für das letztgenannte Werk setzt verstärkt 1921/22 ein, aber für 1919 gibt es bereits ein eindrucksvolles Dokument. Nach seiner Entlassung aus dem Kriegsdienst hielt sich Baron Ludwig von Heyl zunächst in Darmstadt auf [Anm. 42], als Otto Bonhard, Generaldirektor des Werkes Liebenau, ihm in einem Brief am 25. April 1919 die Situation des Betriebs schilderte.[Anm. 43] Bonhard hätte ihn gern persönlich gesprochen, aber er habe von den französischen Behörden wieder einmal "keine Einreiseerlaubnis nach dem rechten Rheinufer" erhalten. "Die Lage ist [...] höchst unangenehm geworden und es erfordert unsere ganze Energie und Findigkeit, um den Betrieb auch nur einigermaßen aufrecht zu erhalten." Das Haus habe lange kaum Rohfelle zur Weiterverarbeitung gehabt, sodass "fortwährend 350 Leute auf Wartegeld gesetzt werden mussten." Nun gebe es zwar wieder Rohware, stattdessen befinde man sich jetzt in einer "entsetzlichen Kohlenot". "Die Möglichkeit, dass wir der gesamten Arbeiterschaft kündigen müssen, wenn sich die Verhältnisse nicht alsbald ändern, ist nicht ganz ausgeschlossen." Gleichwohl hoffe er, dass man nicht zu dieser äußersten Maßnahme greifen müsse. Die Aussichten für den gesamten Betrieb und das Geschäft seien vorerst "äußerst trüb".

Anmerkungen:

- 1. Folgende Textausgabe wird zugrunde gelegt: Der Waffenstillstand 1918-1919. Das Dokumentenmaterial der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel, Verhandlungsprotokolle, Verträge, Gesamttätigkeitsbericht, hrsg. im Auftrag der Deutschen Waffenstillstandskommission, 3 Bde., Berlin 1928.
- 2. Ebd., Bd. 1, S. 18f.
- 3. Becker, Art. "Ferdinand Foch" in: Hirschfeld/Krumeich/Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, S. 499: *1851 Tarbes, +1929 Paris, General, 1907-1911 Leiter der franz. Militärakademie, Befehlshaber des XX. Armeekorps in Lothringen, ab 14.04.1918 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte an der Westfront bis Kriegsende, führte alliierte Delegation bei Waffenstillstandsverhandlungen an.
- 4. Haidl, Art. "Matthias Erzberger", in: Hirschfeld/Krumeich/Renz (Hg.), Enzyklopädie Erster Weltkrieg, S. 465: *1875 Buttenhausen (Württ.), + (ermordet) 1921 Bad Griesbach (Schwarzwald), als Zentrumsabgeordneter seit 1903 MdR, seit Oktober 1918 Staatssekretär, Juni 1919-März 1920 Finanzminister.
- 5. Waffenstillstand, Bd. 1, S. 22-57.
- 6. Ebd., S. 57 und S. 61.
- 7. Vgl. im Folgenden: ebd. S. 22-55, hier: S. 23.
- 8. Vgl. im Folgenden, S. 27-33.
- 9. Ebd., S. 31-33.
- 10. Ebd., S. 43.
- 11. Ebd., S. 49.
- 12. Ebd., S. 55.
- 13. Vgl. hierzu ebd., S. 113.
- 14. Ebd., S. 115, S. 155f. Vgl. hierzu auch: Wormser Zeitung Nr. 632 Morgenblatt (MB) vom 11.12.1918. Dort die Meldung über die Verfügung Fochs, dass "der Lebensmittelverkehr und der gesamte Verkehr" zwischen dem geräumten linksrheinischen und dem rechtrheinischen Gebiet unterbunden werde.

- 15. Waffenstillstand, Bd. 1, S.177.
- 16. Ebd., S. 158.
- 17. Ebd. Vgl. die Ausführungen B. Keilmanns im vorliegenden Band zur Ernährungssituation bei Wormser Schülern.
- 18. Ebd., S. 182-188. Es geht u.a. um Zusatzlieferungen von Eisenbahnmaterial und landwirtschaftlichen Geräten, U-Boot-Fragen etc.
- 19. Ebd., S. 261.
- 20. Vgl. den Beitrag von Silke Olbrisch im vorliegenden Band.
- 21. WZ Nr. 625 (MB) vom 07.12.1918.
- 22. Die Ehefrau des Wormser Oberbürgermeisters, Frau Jenny Köhler, bemerkte dazu in einem Zeitungsbeitrag: "Am 6. Dezember 1918 erschien ein französischer Major in dem Wormser Stadthause und bestellte Quartiere für das französische Kommando, und am 7. Dezember übernahm General Mangin die Stadt." (Vgl. Sondernummer der WZ zur Rheinlandbefreiung vom 30.06, mit roter Aufschrift: "Frei ist der Rhein").
- 23. WZ Nr. 625 (MB) vom 07.12.1918.
- 24. WZ Nr. 626 Abendblatt (AB) vom 07.12.1918.
- 25. Vgl. im Folgenden: Süß, Rheinhessen unter französischer Besatzung (1988), S. 5f.
- 26. Süß, S. 249: Émile Fayolle (1852-1928), Divisionskommandeur, seit Frühjahr 1918 an der Westfront, trug entscheidend zur Stärkung der Alliierten bei.
- 27. Vgl. ebd.: Charles Mangin (1866-1925), äußerst befähigter Kommandeur, verdienstvolle Einsätze an der Westfront 1916-1918.
- 28. Süß, Rheinhessen, S. 6.
- 29. WZ Nr. 629 (AB) vom 09.12.1918.
- 30. Fotoabbildung des ehem. Bettenburger Hofs, in: Koch, Worms. Früher und heute (2018), S. 52.
- 31. Vgl. WZ Nr. 628 (MB) vom 09.12.1918.
- 32. Vgl. Sondernummer der WZ vom 30.06.1930 (wie Anm. 30).
- 33. Vgl. hier u. bei den folgenden Zitaten zur Polizeiverordnung: WZ Nr. 628 (MB) vom 09.12.1918.
- 34. Vgl. den Beitrag von Burkard Keilmann im vorliegenden Band, Anlage V: D. Eberhard, die Oberrealschule in der Besatzungszeit.
- 35. Vgl. im Folgenden: WZ Nr. 628 (MB) vom 09.12.1918.
- 36. Schmitt, Worms und seine Besatzungsgeschichte (1930), S. 94-100, hier: S. 96. Zum Verhältnis der dt. Verwaltung zur Besatzung vgl. Adelung, Sein und Werden, S. 199: "Das Verhältnis der Stadtverwaltung zur Besatzungsmacht blieb kühl. Die Franzosen fühlten sich als Sieger".
- 37. Vgl. im Folgenden: Süß, Rheinhessen, S. 17ff, Anm. 47 u. 48.
- 38. Hier und im Folgenden vgl. Mitteilungen der Handelskammer Mainz, 1. Jg. Nr. 1 (Dezember 1919).
- 39. Bönnen, Die Familie Heyl und ihr Wirken (2010), S. 35-186, hier: S. 74f. Worms war ein bedeutender Industriestandort. Dort konzentrierten sich zwischen 1901 und 1913 ein Achtel aller gewerblichen Arbeitsplätze des Großherzogtums Hessen. Bereits 1889 besaß Cornelius v. Heyl die "größte Fabrikanlage" des Territoriums. (Bönnen, S. 79).
- 40. Ebd., S. 90. Das Hauptwerk, die Cornelius Heyl AG (CHAG), unter Leitung seines ältesten Sohns, Dr. Cornelius Wilhelm Karl (1874-1954), lag im Süden von Worms und produzierte bis in die 1950er Jahre.
- 41. Vgl. Rinker-Olbrisch, Zur archivalischen Überlieferung der Heylschen Firmen- und Familiennachlässe (2010), S 21-34; vgl. ebenso: Bönnen, Quellen zur Geschichte der Lederindustrie im Stadtarchiv Worms, in: Archiv und Wirtschaft, 43. Jg., Heft 1 (2010), S. 23-32.
- 42. Zu Ludwig von Heyl vgl. Bönnen, Die Familie Heyl und ihr Wirken, S. 159-166. Ludwig von Heyl kehrte mit Genehmigung der Behörden im Juli 1919 auf den Familienwohnsitz in Schloss (Worms-) Herrnsheim zurück und betätigte sich neben seiner Arbeit als Betriebsführer auch politisch. Als Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP) arbeitete er sowohl in der Wormser Stadtverordnetenversammlung (ab 1922) als auch im Hessischen Landtag (1924-1927) sowie z.T. auf Reichsebene.
- 43. StA Wo Abt. 180/1 Nr. 5.

Rheinhessen > Städte & Dörfer > Worms > Einzelaspekte > Worms in der Besatzungszeit

4. Die Bedeutung der Rheingrenze für Frankreich



Marschall Ferdinand Foch, Georges Clemenceau, David Lloyd George, Vittorio Emanuele Orlando und Sydney Sonnino bei der Friedenskonferenz in Versailles 1919[Bild: Bain News Service (ca. 1919) [gemeinfrei]]

Die Phase von November 1918 bis zum endgültigen Abschluss des Versailler Friedensvertrags im Juni 1919 wurde sowohl in der französischen Innenpolitik als auch zwischen den drei Westalliierten intensiv zu äußerst kontroversen Diskussionen über die den Besiegten aufzuerlegenden Bedingungen genutzt. Denn Franzosen, Briten und US-Amerikaner hatten durchaus unterschiedliche Vorstellungen zu diesem Thema.

Die französische Sicht erläuterte der Oberkommandierende der Alliierten Heere, Marschall Ferdinand Foch, am 10. Januar 1919 in einer Note an die Bevollmächtigten der Alliierten: Das Deutschland von 1914 sei von preußisch-militaristischem und antidemokratischem Geist durchdrungen gewesen, und gegen dieses System habe die Entente mit Hilfe der USA "den Kampf im Namen des Rechts und der Freiheit der Völker" bestanden. Um Deutschland an einem weiteren Angriffskrieg zu hindern, müssten ihm gegenüber Abwehrmaßnahmen ergriffen werden. Dies gelte umso mehr, als das revolutionäre Russland als *Bollwerk* gegen Deutschland auf absehbare Zeit ausfalle. Durch den Sieg der Alliierten hätten diese "Friedenspfänder erlangt, deren Preisgabe die künftige Erhaltung des Friedens gefährden würde. Wegen der materiellen und geistigen Verfassung Deutschlands" und "wegen seiner zahlenmäßigen Überlegenheit über die demokratischen Länder Westeuropas" müsse der Rhein zur Erhaltung des Friedens "unerlässliche militärische Grenze" sein. In den von deutschen Truppen geräumten und von den alliierten Streitkräften besetzten linksrheinischen Gebieten könnten sich neue, unabhängige linksrheinische Staaten bilden, die sich selbst verwalten. Sie sollten durch ein "gemeinsames Zollsystem" mit den "übrigen Weststaaten verbunden werden." Dies alles sei eine "reine Verteidigungsmaßnahme, eine erste Schranke gegen einen deutschen Einbruch."[Anm. 1]

Anmerkungen:

1. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. 3, S. 333-337. Zur Rolle der Rheingrenze im historisch-politischen Denken Frankreichs vgl. die beiden Arbeiten: Werner Kern, Die Rheintheorie der historisch-politischen Literatur Frankreichs im Ersten Weltkrieg,

1 yon 2

Saarbrücken 1973 und: Franziska Wein, Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919 – 1930 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 33), Essen 1992.

Rheinhessen > Städte & Dörfer > Worms > Einzelaspekte > Worms in der Besatzungszeit

5. Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919

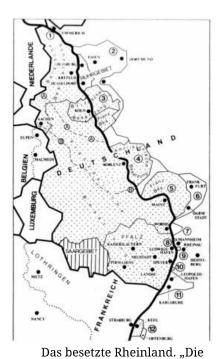


Die Unterzeichnung des Versailler Vertrages am 28. Juni 1919[Bild: United Kingdom Government [gemeinfrei]]

Die von Foch hier zitierte Maximalposition der von Deutschland zu fordernden "Friedenspfänder" in Form der Abtrennung der linksrheinischen Gebiete vom Deutschen Reich konnte jedoch von Frankreich nichtdurchgesetzt werden. Denn einerseits befand sich Frankreich 1919 infolge seiner Bevölkerungszahl und seiner wirtschaftlichen Potenz nicht in einer Position der Stärke, sondern übte vielmehr nach dem Urteil Theodor Schieders eine "Scheinhegemonie" aus.[Anm. 1] Im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl musste Frankreich die meisten Kriegstoten beklagen, die Kaufkraft der französischen Währung betrug 1918 nur noch 28 % des Wertes von 1913, die Reallöhne sanken.

Die Folge waren massive Streiks u.a. in der Kohle- und Metallindustrie und die Einführung des Achtstundentags im April 1919.[Anm. 2] Die Angst vor dem Wiedererstarken Deutschlands oder gar vor seinem Zusammengehen mit Russland[Anm. 3] kam in dem ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis der Position Fochs zum Ausdruck, die letztlich auch von Premierminister George Clemenceau (1841-1929) geteilt wurde.[Anm. 4] Andererseits mussten Frankreichs Ideen während der Friedensverhandlungen in Einklang mit den Vorstellungen der angloamerikanischen Verbündeten gebracht werden. Der britische Premierminister Lloyd George widersetzte sich im Sinne der "balance of power" dem französischen Expansionsstreben, und der amerikanische Präsident Wilson konnte wegen seiner Forderungen nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker der französischen Position nicht zustimmen. Der Kompromiss stellte sich folgendermaßen dar: Wilson und Lloyd George erklärten Clemenceau am 14. März 1919 "sie lehnten eine Abtrennung des linksrheinischen Deutschland vom Reich definitiv ab und würden nur einer befristeten Besetzung als Druckmittel für die Bezahlung der deutschen Reparationsschuld zustimmen."[Anm. 5] Stattdessen sagten sie Frankreich einen militärischen Garantievertrag gegenüber einem eventuellen deutschen Angriff zu. Daraufhin lenkte Clemenceau ein, denn er erkannte realistisch – anders als die militärischen Kreise um Foch – dass nur die Übereinstimmung mit Großbritannien und den USA die Voraussetzung für die Wahrung der französischen Sicherheitsinteressen schuf. Teile der französischen Öffentlichkeit beschuldigten Clemenceau daraufhin, den Sieg verloren zu haben, zumal der beabsichtigte Garantievertrag aufgrund der Ablehnung der Ratifizierung des Versailler Vertrags

durch den US-amerikanischen Senat nicht zustande kam.[Anm. 6]



gepunkteten Flächen stellen die besetzten rheinischen Gebiete gemäß Versailler Vertrag dar. Die Region nördlich der Linie A sollte zum 10. Januar 1925 geräumt werden. Der Abschnitt zwischen A und B war für 1930 und der Rest für 1935 zur Räumung bestimmt. Die Besetzung einzelner Gebiete rechts des Rheins war teilweise ebenfalls Bestandteil des Versailler Vertrags (= gepunktete Flächen), teilweise wurden sie aber auch als zeitweilige Sanktionsmaßnahme besetzt."[Bild: Riesenberger, S. 12, vgl. Amn. 8]

In Artikeln 42 bis 44 legte der Versailler Vertrag fest, dass auf dem gesamten linken Rheinufer, sowie in einem Gebiet, das 50 km östlich des Rheins verläuft, keinerlei militärische Befestigungen existieren durften. [Anm. 7] Weiterhin war die gesamte Zone zu demilitarisieren. Die Artikel 428 bis 431 definierten den Modus, nach dem nach Vertragserfüllung durch Deutschland die Räumung der besetzten Gebiete erfolgen sollte. [Anm. 8] Die nördlichste Zone mit Kleve, Krefeld und Köln samt dem Kölner Brückenkopf sollte nach 5, das daran südlich anschließende Gebiet mit dem Brückenkopf Koblenz nach 10 Jahren geräumt werden. Die südlichste Zone (Eifel- und Moselraum sowie Rheinhessen mit Brückenkopf Mainz und der Raum Wiesbaden, die Pfalz und außerdem der Brückenkopf Kehl) sollte 15 Jahre lang besetzt bleiben. Rheinhessen und die Pfalz waren also mit am längsten der Besatzung unterworfen. Die Bedingungen für die Räumung des linken Rheinufers fanden sich in den Artikeln 232 und 233. Dort wurde die Wiedergutmachung aller Schäden gefordert, die den alliierten und assoziierten Mächten von

https://www.regionalgeschichte.net/rheinhessen/worms/einzelaspekte/...

Deutschland zugefügt worden waren. Da man sich über die genaue Höhe der Reparationszahlungen noch nicht einigen konnte, setzte man einen "Wiedergutmachungsausschuss" ein, der bis zum 1. Mai 1921 die genaue Schadenssumme feststellen sollte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Deutschland aber bereits den Gegenwert von 20 Milliarden Goldmark zu zahlen, um die schlimmsten Schäden, vor allem auf dem französischen *Territorium*, auszugleichen. Die Begründung dafür, warum die deutschen Reparationszahlungen erfolgen sollte, lieferte der berühmte Artikel 231, der sogenannte "Kriegsschuldparagraf". Er lautete: "Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, dass Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben. "[Anm. 9] In der heutigen historischen Forschung ist man sich einig, dass es den Verfassern des Artikels 231 nicht um eine moralische Verurteilung der Besiegten, sondern um "einen verbindlichen Rechtstitel für den Anspruch der Verbündeten auf Reparationen" gegangen sei. [Anm. 10] Die Zeitgenossen freilich erkannten in dem Paragrafen nicht so sehr die juristische, sondern die moralische Dimension. [Anm. 11]

5.1 Das Rheinlandabkommen und die Verwaltung der besetzten Gebiete

Integraler Bestandteil des Versailler Vertrags war das sogenannte Rheinlandabkommen, eine Vereinbarung zwischen den vier Besatzungsmächten USA, Großbritannien, Belgien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits.[Anm. 12] Es trat gleichzeitig mit dem Friedensvertrag am 10. Januar 1920 in Kraft. Als oberste Vertretung der Alliierten in den besetzten Gebieten wurde eine zivile Behörde, die "Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans" (HCITR), also der "Interalliierte Hohe Ausschuss für die Rheinlande", häufig auch Rheinlandkommission genannt, mit Sitz in Koblenz eingesetzt (Art. 2 Rheinlandabkommen). Obwohl die Kommission grundsätzlich aus Vertretern der vier Besatzungsmächte bestand, wurde sie eindeutig vom Leiter der "Haute Commission Française" Paul Tirard dominiert, der den Vorsitz der HCITR übernahm.[Anm. 13]

Paul Tirard erhielt seine Anweisungen vom französischen Außenministerium, das stets genau über die Vorgänge im besetzten Gebiet informiert war.[Anm. 14] Der Hohe Ausschuss hatte das Recht, Verordnungen zu erlassen, die Gesetzeskraft hatten. Sie waren verbindlich sowohl für die alliierten Militär- als auch für die deutschen Zivilbehörden (Art. 3). Die deutschen Gerichte übten zivil- und strafrechtlich die Gerichtsbarkeit aus, jedoch nicht über die Angehörigen der Streitkräfte, die ausschließlich der Militärgerichtsbarkeit unterworfen waren. Die Zivilverwaltung blieb zwar bei den deutschen Behörden, aber die HCITR konnte auf dem Verordnungsweg alle Maßnahmen zur Sicherstellung der militärischen Besatzung ergreifen (Art. 5). Die deutschen Beamten konnten also überwacht, entlassen und ausgewiesen werden, wenn es nach Meinung der Militärbehörden für die Sicherheit der Streitkräfte notwendig war. In den Artikeln 6 bis 8 wurden sämtliche Rechte der alliierten

Besatzungstruppen, vor allem diejenigen ihrer Versorgung und Unterkunft, geregelt (vgl. dazu Kapitel 5.2). Im Verkehrswesen (Eisenbahn, Schifffahrt, Straßen) sowie im Post- und Fernsprechwesen galt der Vorrang des Militärs vor allen Belangen der Bevölkerung. Die entsprechenden Dienstleistungen waren unentgeltlich für die Besatzungstruppen und ihre Angehörigen. Ebenso zahlten sie keine Steuern und Abgaben (Art. 9-12).

Im Fall der Störung der öffentlichen Ordnung besaß die Interalliierte Rheinlandkommission das Recht, den Belagerungszustand über ein bestimmtes Gebiet zu verhängen und sämtliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu ergreifen (Art. 13). Wie zu Zeiten des Waffenstillstands (vgl. Kapitel 3.2) blieb die Institution des Kreisdelegierten in Kraft, der jetzt der offizielle Vertreter der HCITR vor Ort war und der bereits die oben beschriebene Verbindung zwischen den deutschen Verwaltungsstellen, den Militärbehörden und der Hohen Kommission in Koblenz bildete. Auch von Seiten der Reichsregierung gab es zentrale Institutionen, die sich um die Probleme der besetzten Territorien kümmerten. Dies waren der Reichskommissar und das Reichsministerium für die besetzten rheinischen Gebiete. Ersterer hatte seinen Sitz ebenfalls in Koblenz, war als einziger Vertreter des Reichs in den linksrheinischen Gebieten anwesend und hatte ihre Interessen gegenüber der Rheinlandkommission zu vertreten. Der Reichskommissar nahm offiziell seine Tätigkeit am 10. Januar 1920 auf. In einem Bericht des Kommissars von Oktober 1920 hieß es, dass sich die Beschwerdemöglichkeiten verbessert hätten und "die Übergriffe von Delegierten seltener geworden" seien. Der erste Reichskommissar war Karl von Starck, 1921 bis 1923 hatte das Amt Hermann Fürst Hatzfeld-Wildenburg, ab 1925 Freiherr Langwerth von Simmern inne.[Anm. 15]

Die besetzten Gebiete ihrerseits waren im Wesentlichen Teile der deutschen Länder Preußen (die linksrheinische *Rheinprovinz* und der preußische Regierungsbezirk Wiesbaden in der Provinz Hessen-Naussau), Hessen (Rheinhessen) und Bayern (Pfalz). Diese Länder ernannten eigene Vertreter beim Reichskommissar. Der hessische Staatskommissar war zum Beispiel der Jurist Eugen Kranzbühler mit Dienstsitz in Mainz zwischen 1920 und 1924.[Anm. 16] Der Reichskommissar unterstand dem Reichsinnenministerium, die Staatskommissare wurden von den Landesregierungen bestellt.[Anm. 17] Ebenso gab es die Institution des Landeskommissars für die besetzten hessischen Gebiete, beispielsweise in Person des Juristen Georg Wilhelm Best, der 1920 "Vertreter der hessischen Regierung und Behörden bei der Delegation der Hohen Kommission der Provinz Rheinhessen und dem Oberkommando der französischen Rheinarmee in Mainz" war.[Anm. 18]

5.2 Die Besatzungstruppen in Worms. Bemerkungen zur "Schwarzen Schmach"

Genaue Angaben zur Anzahl der Truppen, die in der Garnisonsstadt Worms einquartiert waren, erhält man aus den Verwaltungsrechenschaftsberichten des Oberbürgermeisters für die Jahre 1924 bis 1927.[Anm. 19] Die Truppenstärke lag 1924 bis Mitte 1926 insgesamt bei ca. 4.000 Mann. Für 1924 bleibt festzuhalten, dass in der ehemaligen Kaserne des hessischen Infanterieregiments Nr. 118 am Pfortenring

das 35. Allgemeine Schützenregiment stationiert war. Das 10. Jägerbataillon und die Train-Kompanie 121 (eine Autokolonne) fanden ihr Unterkommen im ehemaligen Kriegsgefangenenlager in der Alzeyer Straße. Das 402. Fliegerabwehrkommando war ebenfalls dort stationiert, und zwar im früheren Kriegsgefangenenlazarett. Ein Jahr später bestanden in Worms die gleichen Abteilungen weiter mit Ausnahme des 35. Schützenregiments, das vom 35. Algerischen Regiment abgelöst wurde. Im Juli 1925 wurde dieses Regiment nach Marokko verlegt und Ende August durch das 168. Infanterieregiment ersetzt. 1926 belegte dieses Regiment z. T. die Kaserne, von den Franzosen "Caserne des Vallières" genannt, z. T. das ehemalige Gefangenenlager. In der Infanteriekaserne befand sich nun auch das 10. Jägerbataillon mit der Maschinengewehrabteilung. Da bereits im Juli und Dezember 1926 die Fliegerabwehrkolonne bzw. die Autokolonne 121 von Worms abgezogen wurde, betrug die Truppenstärke im Jahr 1927 nur noch ca. 3.300 Mann. Als Ende Oktober 1927 auch das 800 Mann starke 10. Jägerbataillon Worms verließ, blieb als einziger Truppenteil noch das 168. Infanterieregiment vor Ort.



Soldaten des 11.
Senegalesischen
Schützenregiments im
ehemaligen
Kriegsgefangenenlager in der
Alzeyer Straße, Sept. 1919[Bild:
StadtA Wo, Fotoabt. Nr. CH
2074]

Nach dem Bericht eines französischen Truppenarztes vom Oktober 1919 waren von den insgesamt drei Bataillonen des 11. Senegalesischen Schützenregiments zwei in Worms stationiert, eines in der Kaserne, das zweite im Kriegsgefangenenlager.[Anm. 20] Sowohl das 10. als auch das 11. Senegalesische Schützenregiment hielt sich ca. ein Jahr in Rheinhessen auf, bis beide im Juni 1920 versetzt wurden. Einer der Gründe für ihre Verlegung war die deutsche Propaganda, die schwarzen Soldaten angebliche Gewaltverbrechen vorwarf. Im Namen der Reichsregierung sprach Außenminister Köster im Frühjahr 1920 in der Nationalversammlung von "50.000 schwarzen, farbigen, fremdrassigen Truppen", die "in das Herz des weißen Europa" kämen. Dies sei "ein Vergehen an Gesamteuropa." Die Rede war von Vergewaltigung von Frauen und Mädchen, vom Anwachsen der Prostitution und der massiven Verbreitung von Geschlechtskrankheiten.

Unterzieht man diese Aussagen einer genauen Prüfung, kann man von ca. 25.000 schwarzen und nordafrikanischen französischen Soldaten im Rheinland ausgehen. Laut Reichskommissar von Starck

befanden sich im besetzten Volksstaat Hessen ca. 6.650 solche Truppenangehörige. Neuere Untersuchungen weisen detailliert nach, dass der Einsatz schwarzer bzw. nordafrikanischer Besatzungssoldaten Anlass für eine ausgeprägte rassistische deutsche Propaganda war, die dazu beitragen sollte, die Besatzungspolitik insgesamt zu diskreditieren. Gisela Lebzelter analysiert die symbolischen Züge der Hetzkampagne gegen die "Schwarze Schmach", in der mit Vorurteilen und Mythen operiert wurde. [Anm. 21] Von einer "Kampagne" spricht auch Iris Wigger. Befeuert durch Presseartikel und "Anfragen in mehreren europäischen Parlamenten und dem US-Senat" und "Organisationen wie dem 'Deutschen Notbund gegen die schwarze Schmach e.V." habe sich ein "rassistischer Alltagsdiskurs" entwickelt.[Anm. 22]

Einen interessanten Bezug zu diesem Thema bietet ein Schreiben des französischen Kreisdelegierten Romien an den Wormser Oberbürgermeister Köhler vom 31. Mai 1920. Romien bat den Oberbürgermeister darum, die "Disziplin" und "das einwandfreie Auftreten" des 11. Senegalesischen Schützenregiments schriftlich zu bezeugen, damit trotz deutscher Vorurteile wenigstens den Wormser Angehörigen dieses Regiments ein gerechtes Urteil zuteilwerde. Oberbürgermeister Köhler äußerte sich sehr positiv über das afrikanische Regiment und bestätigte mit seinem Schreiben vom 5. Juni 1920 an den Kreisdelegierten, dass der Polizei keinerlei Klagen wegen Ausschreitungen oder Gewaltakten der Truppen vorlägen.[Anm. 23]

Ganz anders sind die Erinnerungen des Wormser Regierungsrats Erich Wilhelm Jourdan aus dem Jahr 1930, die schon in der Diktion an die rassistischen Untertöne der Rede Kösters erinnern und als Beleg der modernen Forschungen dienen können: "Und hier wurde er [der schwarze Besatzungssoldat], in ein europäisches Kulturland, dessen Kultur der französischen wahrlich nicht nachsteht, gebracht und erhielt Siegerbefugnisse, geradezu eine Art Vorgesetzteneigenschaft. Vor ihm musste der Deutsche, musste die deutsche Frau vom Bürgersteig herunter, wenn er auf Posten stand und mit Zähnefletschen eine herrische Handbewegung machte. Von ihm, der meist des Lesens unkundig war, mussten wir unsere Pässe kontrollieren lassen. Mancher Fall von Notzucht ist bekannt geworden, und schwarzgelockte unglückliche Kinder – auch Worms ist nicht verschont geblieben – sind Zeugen einer Kulturschande unglaublicher Art."[Anm. 24] Nach dem Abzug der Franzosen konnte "man" sich nun ohne die als demütigend empfundene Pressezensur alles in der Vergangenheit als unangenehm Erlebte von der Seele schreiben. Zeittypisch wurde also die Besatzung durch dunkelhäutige Soldaten noch schlimmer empfunden als die durch weiße.

5.3 Requisitionen und Einquartierungen in Worms und seinem Umland

Maßgeblich für die Requisitionen, also das Recht der Besatzungsbehörden auf die Inanspruchnahme von Sach- und Dienstleistungen für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres gegenüber den Einwohnern der besetzten Gebiete, waren die entsprechenden Artikel des Rheinlandabkommens. Artikel 6 verwies dazu ausdrücklich auf die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907; diese galten im Prinzip

zwar nur in Kriegszeiten, wurden aber hier in Bezug auf die Besatzung festgeschrieben.[Anm. 25] Das Haager Abkommen enthielt Schutzbestimmungen für die Zivilbevölkerung, insofern den Besatzungstruppen Grenzen bei den Beschlagnahmungen gesetzt wurden, falls es dabei etwa zu großen Engpässen bei der Nahrungsversorgung käme. Dies versuchten die französischen Besatzungsbehörden in Rheinhessen zu beachten.[Anm. 26] Artikel 6-8 des Rheinlandabkommens verpflichteten die deutsche Regierung dazu, die Unterhaltskosten der Besatzungsarmeen zu tragen und den alliierten Truppen alle erforderlichen militärischen Gebäude zur Verfügung zu stellen.[Anm. 27] Wenn möglich, sollte die Unterbringung der Mannschaften und Unteroffiziere in Kasernen erfolgen. Für die Einquartierung der Offiziere, ihrer Familien und der Zivilbeamten gab es das Recht auf Beschlagnahme öffentlicher und privater Gebäude. Im Bedarfsfall stellte die Forderung nach "Errichtung neuer Kasernen" die deutsche Regierung und die mit diesem Problem konfrontierten lokalen Behörden vor eine schwer zu lösende Aufgabe. Im April 1919 lag die Gesamtstärke der französischen Besatzungssoldaten im Rheinland bei 367.000, während im Juli 1919, also nach dem Abschluss des Versailler Vertrags, die Truppen auf 85.000 reduziert wurden. Das bedeutet, dass die Einquartierungen auch in rheinhessischen Landgemeinden in der ersten Hälfte des Jahres 1919 am höchsten waren. Einige Zahlen vom 4. Januar 1919 veranschaulichen das:[Anm. 28]

Tabelle 1: Einquartierungen im Wormser Umland

Einwohner Soldaten

 Abendheim
 1.738
 435

 Oberflörsheim
 1.073
 408

 Osthofen
 4.237
 1.275

 Wiesoppenheim
 850
 166

Die Landgemeinden waren deshalb so stark betroffen, weil die beiden größten Garnisonsstädte Mainz und Worms die Besatzungstruppen nicht allein aufnehmen konnten. Besonders in Osthofen war neben der Unterbringung der Soldaten die Bereitstellung umfangreicher Räumlichkeiten für Schreibstuben, Krankenstationen, Gesellschaftssäle der Offiziere und Werkstätten für Handwerker zu bewältigen. Erhebliche Reibungen zwischen den Besatzern und der Zivilbevölkerung waren unvermeidlich. Ausweislich einer Karte vom Oktober 1919 wurden die Truppen von diesem Zeitpunkt an hauptsächlich im Raum Mainz und Ingelheim sowie in Bingen und Worms untergebracht.[Anm. 29]



Die französische Wache vor dem Rathaus am 30. April 1919[Bild: StadtA Wo, Fotoabt. Nr. CH 2051]

Einige Beispiele aus der Frühzeit der Wormser Besatzung veranschaulichen, welchen Zwängen und Einschränkungen die Bevölkerung durch die Einquartierungen ausgesetzt war. Trotz des Bevölkerungswachstums von Worms zwischen 1900 und 1920[Anm. 30] trat die Stadt als Bauherr von Arbeiterwohnungen bis 1918 kaum hervor.[Anm. 31] Dies änderte sich, als sich nach Kriegsende die Wohnungsnot durch die Kriegsheimkehrer und den vermehrten Bedarf an Wohnraum für junge Familien weiter zuspitzte. Die seit September 1918 bestehende Wohnungskommission war für die Zuteilung von Wohnraum zuständig.[Anm. 32] Durch die Einrichtung eines Wohnungsamts mit bis zu 15 städtischen Mitarbeitern und entsprechenden Beschlüssen über neue Wohnungen suchte die Stadtverordnetenversammlung in der Folgezeit der Wohnungsnot zu begegnen.[Anm. 33]

Zusätzlich zur Notwendigkeit, Wohnraum für die Besatzungssoldaten bereitzustellen, wurden auch Unterbringungsmöglichkeiten für deren Pferde benötigt. Bereits am 19. Dezember 1918 ordnete die Polizeiverwaltung in französischem Auftrag an, Ort und Zahl der Pferdestallungen zu ermitteln. Pfiffligheim meldete, dass alle dortigen Möglichkeiten erschöpft seien. In Hochheim gab es hingegen Raum für 11 Pferde, außerhalb von Neuhausen, Am Holzhof 7, Platz für weitere 30-40 Pferde. Das I. Wormser Polizeirevier erstellte eine Liste mit 31 Unterbringungsmöglichkeiten für die Tiere. Am 1. Februar 1919 erfolgte eine Anfrage der französischen Etappenkommandantur nach Schreibstuben, Pferdeställen, Schuppen, Sattelkammern und Tränken für die Pferde der Regimentsstäbe. In Hochheim, Neuhausen und Pfiffligheim könne man die gewünschten Räume beschaffen, die Pferde könnten an der Pfrimm getränkt werden.[Anm. 34]

Auffallend ist, wie viele Behörden bei der Einquartierung von Militär- und Zivilpersonen eingebunden waren und wie hoch der bürokratische Aufwand dafür war. Das Kreisamt als Vermittlungsstelle zwischen deutscher Zivil- und französischer Militärverwaltung verschickte am 4. Januar 1919 auf Anordnung der französischen Behörden Formulare an den Oberbürgermeister sowie die Bürgermeister der Landgemeinden. Darin mussten detaillierte Angaben über Wohnungseigentümer, Anzahl der zur Verfügung stehenden Zimmer für verschiedene militärische Dienstgrade, Anzahl der Küchen, der Krankenstuben etc. gemacht werden. In Einquartierungslisten musste erklärt werden, wie viele Betten für Soldaten in den einzelnen Gemeinden zur Verfügung standen. Die Bürokratie steigerte sich noch, indem die Franzosen forderten, alle Häuser, in denen Einquartierte wohnen könnten mit 20 x 30 cm großen Holztafeln zu versehen. Darauf waren mit schwarzer Schrift auf hellem Grund Hausnummer und die Anzahl der Einquartierten zu notieren.[Anm. 35] Für die Belegung der Privatquartiere durch Besatzungsangehörige wurde den Wohnungseigentümern eine Entschädigung bezahlt. Dazu war die Einsetzung einer vierköpfigen Entschädigungskommission notwendig, die aus den Stadtverordneten der vor allem betroffenen Vororte Pfiffligheim, Hochheim und Neuhausen bestand. Da die Stadt Worms bei den Zahlungen für die deutsche Regierung in Vorlage trat, war es nötig, dass sich die Stadtverordnetenversammlung am 10. Juni 1919 mit dem Thema befasste und Vergütungssätze festlegte.[Anm. 36]

In Kapitel 3.2 wurden bereits die Standorte der wichtigsten französischen Behörden in Worms beschrieben. Aus einer Liste der Reichsvermögensstelle Worms vom 8. März 1923 geht hervor, dass es darüber hinaus u.a. drei requirierte Räume im Rathaus gab, wo die Hauptwache stationiert war.[Anm. 37] Die Bahnhofskommandantur mit ihrer Wache beanspruchte vier Räume. Auf der Rheinbrücke war im Ost- und Westturm die Requirierung von insgesamt fünf Räumen notwendig geworden. Daneben verfügten die Besatzungstruppen über einen ca. 55 ha großen Exerzierplatz sowie einen Sportplatz von 3 ha.



Französische Truppenparade 1919[Bild: StadtA Wo, Fotoabt. Nr. 5048/2]

Das Offizierskasino der Franzosen befand sich in der Hardtgasse 4 in den Räumen der Wormser Kasinogesellschaft. Deren Vorsitzender, Stadtbaumeister Georg Metzler, hatte sich bereits vorsorglich im März 1919 brieflich an den französischen Kommandanten gewandt, um ihm die Ziele der Gesellschaft zu beschreiben und ihm gleichzeitig die Anmietung einiger Räume als Offizierskasino anzubieten. [Anm. 38] Durch die Vermietung konnte die Gesellschaft vor dem Hintergrund eines gewissen Mitgliederschwunds nach Kriegsende ihre finanzielle Situation verbessern. Die Offiziere gingen auf das Angebot ein und nutzten zunächst einige Gesellschaftsräume in der ersten Etage, bis allerdings 1924 weitere Beschlagnahmungen erfolgten und die schon zitierte Reichsvermögensstelle für die Vertragsabschlüsse mit den Besatzungsbehörden zuständig wurde. Im November 1922 wurden von den französischen Offizieren effektiv folgende Räume der Kasinogesellschaft genutzt: "Das Billard-, Gesellschaftszimmer im Erdgeschoss, der große Saal, ein Nebensaal, eine Garderobe im 1. Obergeschoss sowie ein großes und ein kleines Bibliothekszimmer im 2. Obergeschoss." Zeitweilig stand das ganze Gebäude bis zum Ende der Besatzungszeit als Offizierskasino zur Verfügung. [Anm. 39]

Wie lästig den Wormser Bürgern die Einquartierungen waren, zeigte die große Anzahl von Beschwerden, die sowohl dem Wohnungsamt als auch der Polizeiverwaltung und dem Oberbürgermeister zugingen. [Anm. 40] Einer der Beschwerdeführer äußerte den Wunsch, dass auch die "Häuser anderer belegt würden, die bisher nicht involviert waren, und (er) bitte um Verschonung, was eine erneute Belegung seines Hauses betreffe." [...] "Der Geheime Justizrat Klein schrieb dem Oberbürgermeister am 12. September 1919, er sei aufgefordert worden, zwei Zimmer, einen Dienstbodenraum und die halbe Küche den Franzosen zur Verfügung zu stellen. Dagegen wehre er sich:

Die drei Räume des Erdgeschosses benötige er für seine Anwaltskanzlei; außerdem hätten seine Frau und sein Sohn ein Nervenleiden und litten an Schlaflosigkeit. Die Küche sei so klein, dass sie nicht von zwei Parteien benutzt werden könne." Schließlich entschloss sich die Stadt im Herbst 1919, Offizierswohnungen bauen zu lassen. Der Kreisdelegierte Romien teilte dem Oberbürgermeister im November 1919 mit, dass es momentan einen Wohnungsbedarf für 80 Offiziere gäbe, 39 verheiratete und 41 unverheiratete. Der Oberbürgermeister wandte sich hilfesuchend an das Reichsvermögensamt in Mainz, um die schwierige Situation des beengten Zusammenlebens der Wormser Bevölkerung mit den Franzosen zu beschreiben. Man plane deshalb 30 Wohnungen zu bauen, die Kosten beliefen sich auf über 3,7 Millionen RM. Mit der Bitte um Unterstützung schicke man die Lagepläne der Häuser im Nibelungenring, der Begardi-, Hochheimer-, Diesterweg- und Wasserturmstraße zur Prüfung.

Aufgrund eines von der Städtevereinigung der besetzten rheinischen Gebiete entworfenen Vertrags, der der Reichsvermögensverwaltung vorgelegt wurde und der die Finanzierung von Wohnungen für Besatzungspersonal regelte, konnten die Probleme unter äußersten Kraftanstrengungen teilweise gelöst werden. Das Reich finanzierte das Projekt, und die örtlichen Behörden und Baufirmen führten es aus. Nachdem aber auch die erwähnten 30 Neubauwohnungen nicht ausreichten, bat der Oberbürgermeister mit Brief vom 22. März 1921 den Staatskommissar für die besetzten Gebiete, sich bei der Reichvermögensverwaltung in Koblenz für den Bau weiteren Wohnraums einzusetzen, da in Worms 700 Wohnungen fehlten. Ständige Probleme waren knappes Baumaterial, zu wenige Handwerker, Streiks und die schlechte Verkehrslage. Später stellte die französische Wohnungskommission fest, dass die Offizierswohnungen am Nibelungenring aufgrund ihrer ungünstigen Lage und der schlechten Bauausführung nicht dem "Ansehen der Offiziere" genügten. In den nächsten Jahren folgten langwierige Verhandlungen zwischen der Stadt, der Reichsvermögensverwaltung Koblenz, dem Reichsvermögensamt in Mainz, dem Reichsschatzministerium und den Besatzungsbehörden über die Renovierung und den Neubau von Wohnungen für Offiziere und Unteroffiziere, bis sich durch die Ruhrbesetzung 1923 zusätzliche Schwierigkeiten ergaben.

Anmerkungen:

- 1. Zitat bei Winkler, Geschichte des Westens 1914-1945. (2011), S. 202.
- 2. Ebd., S. 259.
- 3. Ebd., S. 202.
- 4. Zu den Rivalitäten zwischen Foch und Clemenceau vgl.: Köhler, Novemberrevolution und Frankreich (1980), S. 198-215. Schließlich stimmte Clemenceau der Note Fochs zu, die in einer überarbeiteten Version (vgl. Köhler ebd., S. 258) die offizielle französische Position wurde.
- 5. Kolb, Der Frieden von Versailles (2011), S. 59.
- 6. Ebd., S. 60 und: Winkler, Geschichte des Westens, S. 175.
- 7. Der gesamte Versailler Vertrag wurde zu einem Reichsgesetz und wurde im Reichsgesetzblatt am 16. Juli 1919 veröffentlicht. (RGBl., Jg. 1919, Nr. 140, S. 767f).
- 8. RGBl., Jg. 1919, Nr. 140, S.1309f. Vgl. dazu die Karte über die Einteilung der 3 Besatzungszonen, in: Riesenberger, Das Reich und die Pfalz, S. 12.
- 9. RGBl., Jg. 1919, Nr. 140, S. 985.
- 10. Winkler, Geschichte des Westens, S. 177
- 11. Zur moralischen Dimension des "Kriegsschuldparagrafen" Art. 231: Krumeich, Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen (2001), S. 53-64, bes. S. 62. Ebenso: Allain, Pierre Renouvin und der Versailler Vertrag (2001), S. 259-268.
- 12. Vgl. im Folgenden den Text des Rheinlandabkommens, in: RGBl., Jg. 1919, Nr. 140, S. 1337-1349.
- 13. Süß, Rheinhessen unter französischer Besatzung, S. 96

- 14. Ebd., S. 98f.
- 15. Riesenberger, Das Reich und die Pfalz (1999), S. 11-30.
- 16. "Kranzbühler, Eugen", in: "Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik" online (Stand: 26.07.2018): 1870-1928, Jurist, Historiker, hessischer Staatskommissar für die besetzten Gebiete (1920-1924) in Mainz.
- 17. Riesenberger, Das Reich und die Pfalz, S. 13
- 18. "Best, Georg Wilhelm", in: Hessische Biografie (Stand: 28.03.2017): 1855-1946, Jurist, 1916-1924 Präsident des OLG Darmstadt, 1924-1930 MdR als Abgeordneter der DNVP, 1927-1931 MdL des Volksstaats Hessen als Abgeordneter der Volksrechtspartei.
- 19. Vgl. Pujari, Worms unter französischer Besatzung (2001), S. 52f.
- 20. Vgl. im Folgenden Süß, Rheinhessen, S. 164-166, auch Anm. 3 und 4.
- 21. Lebzelter, Die "Schwarze Schmach". Vorurteile Propaganda Mythos (1985), S. 37-58
- 22. Wigger, "Die Schwarze Schmach". Afrikaner in der Propaganda der 1920er Jahre (2009), S. 268-275, hier: S. 270. Weitere Perspektiven dazu eröffnet: Sandra Maß, Weiße Helden, schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918-1964, Köln 2006, bes. S. 71-120.
- 23. Süß, Rheinhessen, S. 167.
- 24. Frei ist der Rhein (1930), S. 40.
- 25. RGBl., Jg. 1919, Nr. 140, S. 1341 und S. 1343. Vgl. auch: Das Rheinlandabkommen sowie die Verordnungen der Hohen Kommission in Coblenz. Dreisprachige Textausgabe mit Erläuterungen von H. Vogels/W. Vogels, Bonn 1920, S. 13.
- 26. Süß, S. 27f.
- 27. RGBl., S. 1343 und S. 1345.
- 28. Süß, S. 24f., Tabelle S. 25
- 29. Ebd., S. 26.
- 30. Bevölkerungstabelle in: Reuter, Karl Hoffmann und "das neue Worms" (1993), S. 491: im Jahr 1900 = 40.705 Einwohner, im Jahr 1920 = 47.272 Einwohner. (In diesen Zahlen ist jeweils die Garnison eingeschlossen.).
- 31. Zur Arbeiterwohnhaussiedlung "Kiautschau" im Nordwesten der Stadt vgl. Reuter, ebd., S. 227f.
- 32. Bönnen, Zum kommunalen Wohnungsbau in Worms in der Zeit der Weimarer Republik, S. 8.
- 33. Für die weitere Entwicklung des Wormser Wohnungsbaus in den 1920er Jahren vgl. Bönnen, ebd. S. 10-20.
- 34. Pujari, Worms unter französischer Besatzung, S. 59f.
- 35. Ebd., S. 58f.
- 36. Ebd., S. 64.
- 37. Ebd., S. 65f.
- 38. Zu seiner Person: Reuter, Karl Hofmann, S. 292-295.
- 39. Bönnen, Kasino- und Musikgesellschaft Worms (2008), S. 120-142, hier: S. 127ff.
- 40. Vgl. zum Folgenden Pujari, Worms, S. 67-72.

Rheinhessen > Städte & Dörfer > Worms > Einzelaspekte > Worms in der Besatzungszeit

einschränke und sie daran hindere, Ersparnisse zu bilden.[Anm. 3]

6. Die lokale, regionale und internationale wirtschaftliche Lage 1920–1922

Die in Kapitel 3.3 beschriebenen wirtschaftlichen Entwicklungen verschärften sich in den Folgejahren erheblich. [Ann. 1] Die Ernährungslage war so schlecht, dass im März 1919 sogar die 10. französische Armee in Mainz und Worms Lebensmittel an 170.000 Personen verteilen ließ. [Ann. 2] Die Mainzer Handelskammer berichtete für das Jahr 1920 weiterhin von Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel und Kohlen, der erschwerten Ein- und Ausfuhr fast aller Waren zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet sowie von komplizierten Zollbestimmungen. Außerdem kritisierte die Kammer die geplante Einführung der Reichseinkommenssteuer massiv, da sie die Bürger finanziell weiter

6.1 Soziale Unruhen in Worms

Dass die Verhältnisse nicht ohne soziale Folgen bleiben konnten, zeigten die Unruhen und Ausschreitungen, die sich in Worms im Sommer 1920 ereigneten. Den Auftakt zu einer ganzen Serie von Gewaltakten bildeten am 14. Juni 1920 Unruhen auf dem Wormser Wochenmarkt wegen überhöhter Preise für Kirschen. [Anm. 4] Die Obsthändler, die nicht bereit waren, ihre Preise zu senken, wurden mit Droh- und Schmährufen bedacht und von der empörten Menge eingekreist. Am 30. Juni bzw. 1. Juli 1920 kam es zu massiven Ausschreitungen, in deren Verlauf durch Plünderungen von Geschäften in der Wormser Innenstadt ein Gesamtschaden von 900.000 Mark entstand. [Anm. 5] In den Polizeiberichten ist von zertrümmerten Fensterscheiben und Ladenmobiliar die Rede. In der Tabakhandlung Gregori sei im gesamten Ladenlokal praktisch nichts mehr unbeschädigt gewesen. Ausgeführt wurden die Zerstörungen und Plünderungen offensichtlich durch "junge Burschen", die aber von ca. 2.000 "Zuschauern" begleitet wurden.

Bei der Rekonstruktion der Vorfälle anhand der umfangreichen Polizeiakten drängt sich der Verdacht auf, dass die Ordnungskräfte vorher gewarnt worden waren und bei umsichtigem Handeln manche Vorfälle hätten verhindern werden können. Dieser Verdacht erhärtet sich durch Briefe von Geschädigten an die Stadtverwaltung, in denen behauptet wurde, dass sowohl die Stadt als auch die Besatzungsbehörde über das Bevorstehende unterrichtet gewesen seien. Letztere, so der Vorwurf, sei auch zum Handeln bereit gewesen. Aus einem Polizeibericht vom 5. Juli 1920 wird ersichtlich, dass den Ordnungskräften für den 30. Juni eine Protestversammlung gegen die Teuerung unter Führung der örtlichen USPD angekündigt wurde. Oberbürgermeister Köhler[Anm. 6] war während der Ereignisse nicht in Worms und die verbliebene Stadtspitze mit den beiden Bürgermeistern Metzler und Wevers[Anm. 7], dem Beigeordneten Rahn, dem späteren Oberbürgermeister,[Anm. 8] und Kreisamtmann Heyne wurde von der Polizeiverwaltung unterrichtet. Aber der Protestzug von mehreren

hundert teils gewalttätigen Personen hatte Polizei und Verwaltung total überfordert. Einerseits ging es um Kompetenzstreitigkeiten hinsichtlich der Befehlsgewalt zwischen Stadt, Polizei und Kreisamt, andererseits um die Frage, ob die Besatzungsbehörde zur Wiederherstellung der Ordnung zu Hilfe zu rufen sei. Dazu war sie ja aufgrund Artikel 13 des Rheinlandabkommens ermächtigt.



Bekanntmachung des Kreisamts Worms und des Oberbürgermeisters der Stadt Worms vom 1. Juli 1920[Bild: StadtA Wo Abt. 5 Nr. 3165]

Gerold Bönnen vermutet, dass man aus psychologischen Gründen von der Einbeziehung der Besatzungstruppen absah. Auch gab es für solche Fälle eine Anweisung des Innenministeriums, von der Hinzuziehung der Besatzungsmacht möglichst keinen Gebrauch zu machen. Am 1. Juli 1920 wurde von der Verwaltung eine Bekanntmachung in der Stadt angeschlagen, die die dringende Aufforderung an die Bevölkerung enthielt, zu Ruhe und Ordnung zurückzukehren. Außerdem wurde dort festgestellt: "Die Polizei hat eingegriffen und später auch die französische Besatzungsbehörde."[Anm. 9]

Ganz abseits der Geschehnisse standen die Franzosen nicht, denn am 1. Juli sandte die Stadtverwaltung einen Kurzbericht über die Vorkommnisse an den französischen Kreisdelegierten Romien. Einige der Aufrührer wurden daraufhin ausgewiesen. Ob eine Beteiligung der französischen Besatzungstruppen vorlag oder nicht, ist nicht gänzlich nachzuweisen. Die Ereignisse selbst hatten ein Nachspiel in Form mehrerer Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung ab dem 7. Juli 1920. Bei der internen Aufarbeitung der Ereignisse ging es Bürgermeister Wevers und der übrigen Stadtspitze einerseits darum, die Bevölkerung zu beruhigen, andererseits ihr gegenüber das Gesicht zu wahren und die offensichtlichen Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Behörden – und mithin die teilweise Handlungsunfähigkeit der städtischen Polizei – öffentlich nicht zum Thema zu machen. Der sozialdemokratische Beigeordnete Albert Schulte[Anm. 10] mahnte jedoch für die Zukunft an, dass man auf eine bessere Organisation der Verwaltung hinarbeiten müsse.

6.2 Regionale Auswirkungen des Kampfs um die Reparationen

Die ungelöste Reparationsfrage hatte Rückwirkungen auf Worms. Laut Versailler Vertrag sollte der Wiedergutmachungsausschuss bis zum 1. Mai 1921 die genaue Schadenssumme ermitteln. Auf der Londoner Schuldenkonferenz Anfang März 1921 forderten die Alliierten schließlich 226 Milliarden Goldmark von Deutschland. [Anm. 11] Da das Deutsche Reich ablehnte, diese Summe zu akzeptieren, besetzten die Alliierten am 8. März Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und lösten das schon vorher besetzte Gebiet einschließlich Rheinhessens aus dem Zollgebiet des Deutschen Reiches heraus. Obwohl die Alliierten im "Londoner Ultimatum" vom 5. Mai 1921 nach erneuten Berechnungen Reparationsforderungen von nunmehr 132 Milliarden Goldmark stellten und die neue deutsche Regierung unter Reichskanzler Wirth diese annahmen, blieb die neu errichtete rheinische Zolllinie bestehen.



Unterstellung der Zollverwaltung unter die Kontrolle der Rheinlandkommission[Bild: dilibri Rheinland-Pfalz (www.dilibri.de) [CC BY-NC-SA 3.0]]

Nachdem die deutsche Zollverwaltung in den besetzten Gebieten der Rheinlandkommission unterstellt worden war, unterlagen die über die Westgrenze des deutschen Reiches ein- und ausgeführten Waren zwar den deutschen Zolltarifen, die Einkünfte mussten aber an die Alliierten abgeführt werden.[Anm. 12] Für Importe ins besetzte Gebiet war eine "Zollabgabe" von 25 % des deutschen Zolltarifs zu zahlen. Umgekehrt kosteten Exporte aus dem besetzten Gebiet einen Ausfuhrzoll, der dem entsprechenden deutschen Zolltarif entsprach.[Anm. 13] Bis zur Aufhebung der Sanktionen am 30. September 1921 wurden seitens der Rheinhessischen Handelskammern Bingen, Mainz und Worms Klagen über die "rheinische Zolllinie" geführt: Die "durch nichts gerechtfertigte Abschnürung des besetzten Gebiet von dem unbesetzten Deutschland" habe das ständige Abflauen des Geschäftslebens, das Nachlassen der

Nachfrage, die Streichung von Aufträgen, die Entlassung von Arbeitern und somit die Schwächung der Steuerkraft des gesamten Rheinlandes zur Folge. [Anm. 14] Besonders die Geschäfte des Weinhandels wurden u.a. durch die Erhöhung des Flaschenzolls nachhaltig geschädigt, sodass in der 134. Sitzung des Reichstags am 27. September 1921 der hessische Abgeordnete Johann Becker [Anm. 15] die Probleme der Ausfuhrzölle für die rheinhessischen Weine ansprach. [Anm. 16] Diese an der Rheinzolllinie des Jahres 1921 spürbaren Sanktionen ordneten sich international ein in das Ringen Frankreichs und Deutschlands um die Durchsetzung bzw. Nichterfüllung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrags. Mit anderen Worten ging es von 1920 bis zur Ruhrbesetzung 1923 um nichts weniger als um einen "kalten Krieg" zwischen Deutschland und Frankreich. [Anm. 17]

Im Zentrum stand dabei das Reparationsproblem: Frankreich benötigte zum Wiederaufbau seiner kriegszerstörten Gebiete und zu seiner wirtschaftlichen Genesung unbedingt die deutschen Reparationszahlungen. In Deutschland sah man Frankreich nicht als Opfer, dem man Wiedergutmachung schuldete, sondern als Erpresser, gegen den man Widerstand leisten musste. Auf französischer Seite gab es, was die Beziehung zu Deutschland betraf, zwei politische Positionen: die gemäßigte, des auf Ausgleich bedachten von Januar 1921 bis Januar 1922 amtierenden Außen- und Premierministers Aristide Briand (1862-1932)[Anm. 18] und die des Lothringers Raymond Poincaré (1860-1934), der anschließend bis Juni 1924 die gleichen Ämter innehatte.[Anm. 19] Die Regierung Briand hatte im Oktober 1921 mit Deutschland das Wiesbadener Abkommen geschlossen, das es ihm erlaubte, anstelle von Barzahlungen die Reparationen in Form umfangreicher Sachlieferungen abzuleisten. Da Briand im Gegensatz zum "Nationalen Block" Poincarés die Reparationslast Deutschlands reduzieren wollte, sah er sich durch innenpolitischen Druck zum Rücktritt gezwungen. Poincaré war hingegen ein Verfechter der strengen Durchsetzung des Versailler Vertrags, besonders da England und die USA sich nicht mehr dahingehend engagierten. Die Ausbeutung der wieder an Frankreich zurückgegangenen lothringischen Eisenerzlager konnte wegen zu geringer deutscher Kohlelieferungen nicht effektiv genug erfolgen. Zusätzlich verlangte Reichskanzler Wirth im Juli 1922 den weiteren Aufschub der deutschen Reparationszahlungen. Poincaré forderte daraufhin im August 1922 die Übergabe der staatseigenen deutschen Kohlezechen als Pfand. Bis Ende des Jahres 1922 verfestigte sich der französische Plan der Besetzung des Ruhrgebiets, obwohl nur Belgien dies guthieß und England die Entscheidung missbilligte.

6.3 Die Inflation

Nicht nur das Problem der Reparationen beeinträchtigte die wirtschaftliche Lage, sondern auch die sich schon während des Kriegs bemerkbar machende Geldentwertung.[Anm. 20] Sie war das Ergebnis der erheblichen Kriegsausgaben, die das Deutsche Reich nur zu einem geringen Teil durch Steuern, vornehmlich aber durch die Ausgabe von Anleihen finanzierte. Im März 1919 betrug die Gesamtverschuldung 156 Milliarden Mark. An eine Tilgung dieser riesigen Summe war nicht zu denken,

allein der Schuldendienst erforderte äußerste Kraftanstrengungen. Als Folge der Verschuldung war die Menge des in Umlauf befindlichen Geldes am Kriegsende sechs Mal so hoch wie zu seinem Beginn. Gleichzeitig verkleinerte sich das Güterangebot u.a. aufgrund der alliierten Blockade, des Rohstoff-, Lebensmittel-, und Arbeitskräftemangels um etwa ein Drittel. Die staatlichen Preiskontrollen ließen die Inflation zunächst nicht so offensichtlich werden, tatsächlich war der inländische, aber auch der Außenwert der Mark vor allem gegenüber dem US-Dollar auf die Hälfte gesunken. Gleichzeitig wollten die deutschen Regierungen der Weimarer Republik weder die Annullierung der Kriegsanleihen beschließen noch die Schulden durch eine massive Steuererhöhung abtragen. Die großen Summen, die für die Umstellung der Kriegs- auf Friedenswirtschaft notwendig waren, wurden durch Betätigen der Notenpresse bereitgestellt. In diesem Zusammenhang wird vom gesellschaftlichen "Inflationskonsens" gesprochen, der die Ankurbelung der Konjunktur, den Lohnanstieg und die Einführung des Achtstundentags ermöglichte.[Anm. 21] Erst als 1923 die Hyperinflation einsetzte, sei dieser Konsens aufgekündigt worden.[Anm. 22]

Die Wormser Volksbank spürte die Probleme deutlich. Aufgrund der inflationsbedingten Steigerung des Arbeitsaufkommens durch das Rechnen mit großen Zahlen in den Buchungsvorgängen und die vermehrten Transporterfordernisse für die großen Mengen an Geldscheinen musste neues Personal eingestellt und die Büroräume erweitert werden. "Die in den Bilanzen ausgewiesenen Zahlungen für Umsatz, Bilanzsumme und Gewinn wuchsen von Jahr zu Jahr stark an, verloren aber bald jegliche Aussagekraft."[Anm. 23] Allein der Anstieg der Umsatzzahlen zwischen 1914 und 1918 von 403 auf 700 Millionen Markt kündigte die Geldentwertung an. [Anm. 24] Ein weiterer Indikator für die Inflation waren die sogenannten Teuerungszahlen, die auch für die Provinz Rheinhessen erhoben wurden. [Anm. 25] Diese Zahlen besagten, wie viel Geld eine fünfköpfige Familie in vier Wochen benötigte, um eine gleichbleibende Menge von Nahrungsmitteln und die Kosten für "Miete, Heiz- und Leuchtstoffe" zu bezahlen. Die Teuerungszahl von 1913 betrug 85 und steigerte sich im Dezember 1919 auf 445, im Juni 1921 auf 907, im Dezember 1921 auf 1521, im Juni 1922 bereits auf 3679 und erreichte im Dezember 1922 den Wert von 85.774. [Anm. 26] Errechnet man, welcher Prozentsatz des Einkommens einer bestimmten Berufsgruppe nötig ist, um die in den Teuerungszahlen enthaltenen Bedürfnisse zu befriedigen, verdeutlichen sich die Folgen der Inflation für die Bevölkerung. [Anm. 27]

Um die Lebenshaltungskostenentwicklung einzuschätzen, stehen uns für das Jahr 1922 vom Statistischen Amt Mainz entsprechende Indexzahlen zur Verfügung. Es geht dabei um "die Preise von 50 wichtigeren Lebensbedürfnissen".[Anm. 28]

Tabelle 2: Lebenshaltung in Mainz im Jahr 1922

Datum Index-Ziffer
1. Januar 1922 215
1. Februar 1922 244
1. März 1922 263
1. April 1922 315

```
1. Mai 1922 356
1. Juni 1922 403
1. August 1922 608
1. September 1922 1.390
1. Oktober 1922 1.738
1. November 1922 3.661
1. Dezember 1922 6.560
[Anm. 29]
```

Zu konstatieren ist ein kontinuierlicher Preisanstieg, der ab der Mitte des Jahres geradezu explodiert. Wenn man für den letzten Friedensmonat (Juli 1914) die Indexziffer von 100 annimmt, ergeben sich laut Erhebungen der Rheinhessischen Handelskammern folgende Ziffern:

```
Tabelle 3: Lebenshaltung in Mainz im Verhältnis zur Vorkriegszeit

Datum Index-Ziffer
1. Oktober 1922 13.685
1. November 1922 28.826
1. Dezember 1922 51.654
1. Januar 1922 70.250
[Anm. 30]
```

Die Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse betrug also das 703-fache der Preise der Vorkriegszeit! Ähnlich aufschlussreich ist die Preisentwicklung bestimmter Waren an der "Mainzer Produktenbörse". Dort sind die Preise vor allem für Getreide aller Art, Futtermittel für Tiere, Kartoffeln und Gemüse verzeichnet. Als Beispiel sei hier die Preisentwicklung von 100 kg Weizen zwischen März 1922 bis März 1923 in Mark dargestellt:

```
Tabelle 4: Preis von 100 kg Weizen
Datum oder Zeitraum Preis oder Preisspanne
31.03.1922
                      1.700 - 1.800 a)
07.04.1922
                      1.600 – 1.700 a)
21.04.1922
                      1.500 a)
                      1.375 – 1.525 b)
28.04. - 19.05.1922
26.05. – 23.06.1922
                      1.560 – 1.800 c)
30.06.- 28.07.1922
                      1.900 - 2.700 d
04.08. - 11.08.1922
                      3.200 - 3.650 e
01.09.1922
                      6.500 - 6.600 f
08.09.1922
                      6.000 f
15.09.1922
                      5.600 - 5.800 f
                      6.300 f
22.09.1922
29.09.1922
                      6.300 - 6.700 g
06.10.1922
                      9.200 - 9.500 g)
13.10.1922
                      12.000 g)
20.10.1922
                      16.500 – 17.000 g)
27.10.1922
                      22.000 g)
                      34.000 h)
05.01.1923
12.01.1923
                      40.000 h)
16.02.1923
                      95.000 – 100.000 i)
                      110.000 - 115.000 i)
23.02.1923
02.03.1923
                      95.000 - 110.000 i)
09.03.1923
                      90.000 i)
```

[Anm. 31]

Die Preise für 100 kg stiegen also in einem kurzen Zeitraum vom 28. April 1922 bis zum 23. Februar 1923 von 1.375 auf 115.000 Mark, also um das 84-fache oder 8.400%!

6.4 Die Situation in den Heylschen Lederwerken Liebenau



Porträtfoto Ludwig von Heyl um 1925[Bild: StadtA Wo, Fotoabt. Nr. 56993a]

In Kapitel 3.3 wurde schon für das Jahr 1919 ein Schlaglicht auf das unter der selbstständigen Leitung des jüngsten Sohnes des Firmenpatriarchen Cornelius Wilhelm von Heyl, Ludwig C. von Heyl stehende Werk Liebenau geworfen.[Anm. 32] Nach Abitur und Chemiestudium in Heidelberg und einer technischen und kaufmännischen Ausbildung bis 1908 war Ludwig von Heyl zunächst 1912 Teilhaber der Lederwerke geworden. Seine ausgedehnten Reisen dokumentieren sowohl das Erfordernis internationaler Vernetzung zur Erschließung weiterer Märkte für seine Firma als auch seine private Weltläufigkeit. Im Ersten Weltkrieg diente er im renommierten 1. Garde-Dragoner-Regiment vorwiegend auf den östlichen Kriegsschauplätzen und gehörte zeitlebens dem exklusiven Heidelberger Studentencorps Saxo-Borussia an.[Anm. 33] Auch durch seine aus dem märkischen Adelsgeschlecht stammende Ehefrau Eva-Marie geb. von der Marwitz gelang von Heyl die Vernetzung in wichtige gesellschaftliche Kreise.[Anm. 34]

Zur Zeit der eigenverantwortlichen Übernahme der Lederwerke Liebenau durch Ludwig von Heyl kamen neben der ohnehin schwierigen Lage der Wirtschaft nach Kriegsende und während der Besatzung noch Erbauseinandersetzungen zwischen den Familienzweigen hinzu, die sich im Zuge der Teilung der Firmen und nach dem Tode Cornelius W. von Heyls im September 1923 ergaben.[Anm. 35] Die Cornelius Heyl AG und die Lederwerke Liebenau hatten allerdings ihre Produktpaletten und die entsprechenden Märkte in Verträgen genau definiert, um eine Konkurrenzsituation zu vermeiden.[Anm. 36] Das wichtigste Produkt des Werks Liebenau war das schwarze Chevreauxleder (Ziegenleder), das unter dem Markennamen "Nibelungkid" verkauft und durch das das Unternehmen zum deutschen Marktführer aufstieg.[Anm. 37] Ebenso stellte man Chevreaux-Imitationen ("Rheinkid") und Samt-Schafleder ("Burgundkid") sowie Leder aus Häuten anderer Tiere her. Die Versorgung mit Rohfellen aus Ziegenleder stagnierte Anfang der 1920er Jahre durch die Minderproduktion von Fellen. Hier machten

sich die Auswirkungen des Krieges auf den deutschen Viehbestand bemerkbar. Die Folge war die Verteuerung der Rohware bei gleichzeitiger Qualitätsminderung. Nur 25% des Rohfellbedarfs Liebenaus konnte durch deutsche Erzeugnisse befriedigt werden, d.h. man war zu 75% auf Importe angewiesen. Die Qualität der deutschen Ware war zwar häufig besser als die der ausländischen, aber dennoch war es auch wegen des höheren Preises unmöglich, sich auf dem inländischen Markt mit ausreichenden Mengen an Rohfellen zu versorgen.[Anm. 38] Deutsche Ziegenfelle kosteten 1924 pro Stück 1,15 US-Dollar, während die Preise für orientalische 0,70, für indische 0,80 und für chinesische Felle 0,85 US-Dollar betrugen.



Porträtfoto von Generaldirektor Otto Bonhard, 1920[Bild: StadtA Wo, Fotoabt. Nr. 11682]

Aus dem Jahr 1924 steht uns eine genaue Übersicht über die Organisation der Firma und die den Abteilungsleitern zugeordneten Arbeitsbereiche zur Verfügung. [Anm. 39] Die "Oberleitung" hat Ludwig von Heyl als erster Vorsitzender der "Direktorialabteilung" inne. Der zweite Vorsitzende war Generaldirektor Otto Bonhard, der, wie die vier anderen Direktoren bzw. Prokuristen auch in einem persönlichen Vertrauensverhältnis zum Fabrikherrn stand. Neben den üblichen betrieblichen Bereichen (Lohn- und Gehaltsabteilung, Finanzen, Steuer, Krankenkasse, etc.) waren die Rohfell-, die Einkaufs- und Verkaufsabteilung von zentraler Bedeutung. Während der häufigen Abwesenheit Ludwig von Heyls berichtete vor allem Generaldirektor Bonhard detailreich über alle Vorgänge in der Lederfabrik. Für Juli/August 1921 wurden in den wöchentlichen Rohfellberichten Preise, Vorräte und die Menge der in Verarbeitung befindlichen Ziegenfelle (Weichmenge) erörtert. Ende Juli kostete ein Ziegenfell 110 Mark bei einem Vorrat von 100.000 Fellen, die wöchentliche Weichmenge betrug 42.000. Bereits eine Woche später waren aufgrund des spärlichen Angebots und der aufgrund der Entwertung der Mark teureren Einkaufspreise nur noch 80.000 Felle in Vorrat. Auch die entsprechende Weichmenge fiel auf 35.000. Im Rohfellbericht vom 12. August 1921 schrieb Generaldirektor Bonhard an Ludwig von Heyl: "Keine Änderung auf dem Rohfellmarkte", d.h. es gibt wenige Felle bei schlechter Qualität. [Anm. 40] Das

Unternehmen behalf sich mit Rohstoffen aus Bulgarien und anderen Balkanländern, um die gleichzeitigen großen Bestellungen der Schuhfabriken in Nürnberg, Erfurt, Dresden, Köln, Frankfurt, Offenbach und besonders Pirmasens befriedigen zu können. Auch eine Woche später konnte der Bedarf der Fabrikanten nicht gedeckt werden, "bei großer Beliebtheit unserer Erzeugnisse".[Anm. 41]

Diese scheinbar gegensätzlichen Phänomene sind typisch für die Jahre bis 1922, denn nach der direkten Nachkriegsrezession setzte seit Mitte 1919 in Deutschland ein kurzer, aber heftiger

Konjunkturaufschwung ein, der umso erstaunlicher war, als in diesem Zeitraum die Weltproduktion um 15% sank, während in Deutschland die Industrieproduktion um 20% anstieg.[Anm. 42] Aber diese

Hochkonjunktur war nur eine kurze Scheinblüte, die von der Inflation profitierte und zum rapiden

Währungsverfall der *Hyperinflation* 1923 führte. Zunächst allerdings beschäftigte man sich in Liebenau mit Bauplänen zur Betriebserweiterung (Errichtung des Baus 30a). Man wollte einen "Sortierraum" für 300.000 Mark in der Kurfürstenstraße errichten.[Anm. 43] Bonhard stellte fest, dass zwar "alle Vorsicht geboten" sei und eine ständige Gefahr eines Preissturzes drohe, aber eigentlich habe man schon längst vergrößern müssen, nur sei die politische Lage ungewiss. Gegen Ende August 1921 lauteten die Stichworte aus der Rohfellabteilung:[Anm. 44] "Weitere Verschlechterung der Markwährung, Preise für Rohfelle weiter angezogen, Vorräte an Rohware gehen zu Ende." "Weichmenge verringert." "Rohfelllager fast leer". Um den Verarbeitungsprozess nicht still zu legen, könne der Ausfall an Ziegenfell durch Rosshäute ausgeglichen werden. Die Weichmenge werde ebenfalls verringert.

Die in regelmäßigen Abständen stattfindenden "Lohnbesprechungen" haben ebenfalls einen hohen Aussagewert.[Anm. 45] Im kurzen Zeitraum zwischen 28. Juli und 18. August 1921 stiegen die aufgelisteten Stundenlöhne um 0,16 Mark bei Arbeitern und um 0,08 Mark bei Arbeiterinnen, d.h. auch hier war die Inflation deutlich spürbar.[Anm. 46] Die vorrübergehende Hochkonjunktur zeigte sich am kontinuierlichen Anstieg der Mitarbeiterzahlen: Im Lohnbesprechungsprotokoll vom 28.07. waren 709 Arbeiter in der Produktion, am 05.08. 743 und am 18.08. bereits 768 Mitarbeiter verzeichnet. Innerhalb von drei Wochen wurden also 59 Beschäftigte für die Produktion eingestellt, um die Nachfrage besonders des Auslands zu befriedigen, das vom niedrigen Außenwert der deutschen Währung profitierte. In einem Brief stellte Bonhard fest, dass die Arbeiter zunächst befristet eingestellt würden und ihre Anzahl je nach Geschäftsentwicklung zu erhöhen bzw. zu vermindern sei. [Anm. 47] In der Besprechung am 18.08. ging es außerdem noch um einen inflationsbedingten Lohnausgleich. Die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Wormser Arbeitnehmerverbänden und dem Arbeitgeberverband über die Erhöhung der Grundlöhne um 20 % seien gescheitert. Stattdessen erhöhte der Schlichtungsausschuss die "Teuerungszulage" und zwar für den 1. bis 15. August um 35% (Kinderzulage um 50%) und ab dem 15. August um 50% (Kinderzulage um 100%), wobei es noch eine Staffelung je nach dem Alter der Mitarbeiterkinder gab.



Heylsche Lederwerke Liebenau, Falzerei, ca. 1921[Bild: StadtA Wo, Fotoabt. Nr. 6617]

In Berichten der Rohfellabteilung Heyl Liebenaus vom September 1922 spiegelte sich im Vergleich zum Spätsommer 1921 ein stark verändertes Bild der wirtschaftlichen Lage.[Anm. 48] Wegen der galoppierenden Inflation waren die Preise für Ziegenrohfelle um mehr als das Zehnfache gestiegen (1.150 bis 1.200 Mark gegenüber 110 Mark). Man versuchte durch geschicktes Verhandeln mit den deutschen Großhändlern Lazarus und Leo Goldstein in Frankfurt am Main relativ geringe Preise zu erzielen. Immer häufiger wurden die Preise nun in US-Dollar notiert, dessen Wert nach der Devisentabelle der Rheinhessischen Handelskammern am 26. September 1922 1.456 Mark entsprach.[Anm. 49] Zudem trieb das verknappte Angebot an Ziegenfellen die Preise weiter in die Höhe. Auf der Leipziger Herbstmesse wurde der US-Dollar zu 1.600 bis 1.700 Mark gehandelt, was bedeutete, dass gute Felle schon 1.300 bis 1.500 Mark pro Stück kosteten.[Anm. 50] Direktor Maus setzte sich für den Einkauf ein Limit von ca. 1.100 Mark und versuchte, andere und günstigere Felle bzw. Häute zu erwerben, um der Nachfrage im Werk zu entsprechen.

Eines der Hauptprobleme der deutschen Wirtschaft bestand zu diesem Zeitpunkt in der enormen Geldverknappung. Nach Auskunft der Direktoren der Heylschen Hausbanken, der Commerz- und Diskonto-Gesellschaft und des Bankhauses Dreyfus & Co., Frankfurt am Main, könne etwa ein Scheck von 100.000 Mark in der Reichsbank nur zu 10% in Geld umgewandelt werden; für die restlichen 90% des Wertes gebe die Reichsbank nur einen weiteren Scheck heraus, so Direktor Maus. Auch andere namhafte Lederproduzenten gingen nun von der Herstellung feinerer Qualitäten, z.B. Portefeuille-Ledern, zur Produktion von Schuh- und Hutleder über, um in der Krise zu bestehen. In den Verkaufsberichten wurde die große internationale Vernetzung der Firma deutlich, die nicht nur, wie bereits erwähnt, 75% der Rohware auf dem Weltmarkt einkaufte, sondern auch ihre Absatzmärkte zu einem erheblichen Teil im Ausland hatte.[Anm. 51]

Selbst in dieser angespannten Lage unterhielt man Geschäftsbeziehungen zu Kunden in Tschechien, Ungarn, Italien, Rumänien, Frankreich, Spanien, Holland, Belgien, England, Norwegen und Schweden. Noch immer befand man sich in der kurzen Phase der Hochkonjunktur, denn viele dieser Kunden mahnten Bestellungen an, da das Unternehmen mit der Produktion kaum nachkam. Das spiegelte sich auch in der Erwerbslosenstatistik des Volksstaates Hessen wieder.[Anm. 52] Auch aus Übersee (Kalkutta,

Buenos Aires, u.a.) gab es noch Aufträge, weil das Ausland beim Einkauf von Waren von der niedrigen deutschen Valuta profitierte. Für südamerikanische Kunden musste sogar auf die Konkurrenz verwiesen werden. Die Weichmenge war bis Ende September 1922 aber wegen des Rohstoffmangels auf 20.000 Ziegenfelle zurückgegangen, ein historischer Tiefstand, wenn man bedenkt, dass z.B. im Geschäftsjahr 1924/25 pro Woche durchschnittlich 34.600, im Geschäftsjahr 1927/28 ca. 46.500 Fälle eingeweicht wurden.[Anm. 53]

Anmerkungen:

- 1. Zu den wirtschaftlichen Problemen der frühen Weimarer Republik vgl. Büttner, Weimar (2008), S. 130-136. Zu den Verhältnissen im Volksstaat Hessen vgl. Parlament im Kampf um die Demokratie (1991), S. 14-18 sowie S. 73-89.
- 2. Süß, Rheinhessen, S.23. Vgl. auch die "Quäkerspeisung" in Wormser Schulen durch amerikanische Hilfsorganisationen im Beitrag von Burkard Keilmann im vorliegenden Band.
- 3. Mitteilungen der Handelskammer Mainz, 1. Jg., Nr. 2-4 (Januar-März 1920).
- 4. Bönnen, Tumulte und Unruhen (2002), S. 389-411, hier: S. 394.
- 5. Vgl. zum Folgenden ebd., S. 396-403.
- 6. Zu seiner Person vgl. Reuter, Karl Hofmann, S. 277-284: *26.11.1859 in Bingen. Jurastudium in Leipzig, München und Gießen. Rechtsanwalt in Darmstadt bis 1894. Dort Bürgermeister ab 1896. Abgeordneter der nationalliberalen Partei der II. Kammer des Hessischen Landtags (1898-1902). 1898 Wahl zum Bürgermeister der Stadt Worms, ab 1900 Oberbürgermeister. Seit 1910 im Landtag für den Wahlbezirk Worms I. Landtagspräsident (1911-1918). Abgeordneter der DVP im Landtag des Hessischen Volksstaats (1919-1924). +02.06.1924 in Darmstadt.
- 7. Zu Bürgermeister Dr. Alfred Wevers vgl. Reuter, ebd., S. 284f.
- 8. Zu seiner Person: Wilhelm Rahn, *1880 Worms, Jurist. Ab 1919 Beigeordneter für die DVP, 1924 Oberbürgermeister. Unter dem Druck der NSDAP bat er um seine Versetzung in den Ruhestand, in den er am 16.08.1933 versetzt wurde, +02.12.1966 in Lauterbach/Hessen (vgl. Reuter, Worms 1933, S. 79). Lebenserinnerungen Rahns, abgedruckt in ebd., S. 80-112
- 9. Vgl. die Abbildung der "Bekanntmachung" vom 1. Juli 1920 im vorliegenden Band.
- 10. Zu Albert Schulte vgl. Reuter, Karl Hofmann, S. 285.
- 11. Vgl. im Folgenden: Büttner, Weimar, S.153-158.
- 12. Süß, Rheinhessen, S. 111f.
- 13. Mitteilungen der Handelskammer Mainz, 2. Jg., Nr.4 (1921), S. 6.
- 14. Ebd., 2. Jg. Nr.7 (1921), S. 8.
- 15. "Becker, Johann", in: Hessische Biografie (Stand: 28.03.2017): 1869-1951, Dr. jur., 1916-1918 hessischer Finanzminister, 1920-1924 und 1928-1930 als Abgeordneter der DVP MdR für den Wahlkreis Hessen-Darmstadt, 1922-1923 Reichsfinanzminister. Becker war Parteifreund Ludwig von Heyls und in den 1920er Jahren Aufsichtsrat in der Cornelius Heyl AG (vgl. Bönnen, Die Familie von Heyl und ihr Wirken, S. 159).
- 16. Süß, Rheinhessen, S. 276 (Anm. 76).
- 17. Vgl. im Folgenden: Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland (1982), S. 317-340, bes. S. 326-332.
- 18. Mollerhauer, Art. "Aristide Briand", in: Enzyklopädie Erster Weltkrieg, S. 391f.: *1862 Nantes, +1932 Paris. In Zwischenkriegszeit dominierender Außerpolitiker Frankreichs. Außenminister 1921-1922 und 1925-1932. Erhielt zusammen mit Gustav Stresemann und Austen Chamberlain 1926 den Friedensnobelpreis.
- 19. Krumeich, Art. "Raymond Poincaré", in: ebd., S. 775f.: *1860 Bar-le-Duc, +1934 Paris. Jurist. 1913-1920 Staatspräsident, Ministerpräsident 1922-1924, verantwortlich für die Ruhrbesetzung 1923.
- 20. Vgl. im Folgenden: Büttner, Weimar, S. 166ff.
- 21. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 245.
- 22. Ebd., S. 246. Vgl. auch Scherf, Art. "Inflation", in: HWW, Bd. 4 (1978), S. 159-184, hier: S. 161f.
- 23. Krauß, Volksbank Worms-Wonnegau eG (2010), S. 57.
- 24. Ebd., S. 53.
- 25. Veröffentlicht in den "Mitteilungen der Hessischen Zentralstelle für die Landesstatistik". Vgl. Süß, Rheinhessen, S. 115f, dort auch Anm. 85.
- 26. Für das Großherzogtum Hessen-Darmstadt vgl. Süß, S. 116.
- 27. Süß, S. 117f und Tabelle Nr. 3: Mussten für die erwähnte 5-köpfige Familie im April 1914 schon 48,6 % des Einkommens zur Befriedigung der oben definierten Bedürfnisse aufgewendet werden, waren es im Oktober 1922 bereits 77,1%. Im Beispiel handelt es sich um einen "unteren Beamten".
- 28. Mitteilungen der Rheinhessischen Handelskammern Bingen, Mainz, Worms, 3. Jg., Nr. 3 (1922), S. 137. Es geht um die Preise von Mehl, Brot, Fleisch, Wurst, Milch, Zucker, Gemüse, Kartoffeln, Eier und Butter. Ebenso sind die Preise für Kohle, Gas und Elektrizität eingerechnet.
- 29. Für Januar 1920 geht man von einer Indexziffer von 100 aus! (Vgl. ebd., Nr. 6, S. 313.). Für Jan.-März 1922 vgl. ebd. Nr. 3, S. 137. Für April-Juni 1922 vgl. ebd., Nr. 6, S. 313. Für August-Nov. 1922 vgl. ebd., Nr. 10, S. 535. Für Dez. 1922 vgl. ebd., Nr. 12, S. 584.
- 30. Ebd., 4. Jg., Nr. 1 (1923), S. 21. Die "Mitteilungen" erschienen 1923 darauf nur noch im Februar/März in einer Doppelnummer, dann erst wieder im Januar 1924, auch das ein Indikator für die Krise.
- 31. Ebd., 3. Jg (1922); a) Nr. 4, S. 201, b) Nr. 5, S. 261, c) Nr. 6, S. 321, d) Nr. 7, S. 380, e) Nr. 8, S. 437, f) Nr. 9 S. 494, g) Nr. 10, S.

- 542, ebd., 4. Jg. (1923): h) Nr. 1, S. 27, i) Nr. 2/3, S. 64.
- 32. Vor allem in StadtAWo Abt. 180/1 und Abt. 185. Außer den in Kapitel 3.3 genannten Literaturangaben vgl. auch Bönnen, <u>Bürgertum</u> – Mäzenatentum – <u>Adel</u>: Nachlässe zur Industriellenfamilie von Heyl im Wormser Stadtarchiv, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, Neue Folge 67. Band (2009), S. 313-330.
- 33. Bönnen, Die Familie von Heyl und ihr Wirken, S. 60.
- 34. Ebd., S. 65f.
- 35. Ebd., S. 90, ebenso Anm. 211.
- 36. Ebd. S. 91.
- 37. Vgl. im Folgenden: Hartmann, Die Heyl`schen Lederwerke Liebenau (2007), S. 35ff.
- 38. Ebd., S. 37.
- 39. StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 173.
- 40. StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 214: Rohfellberichte vom 29.07., 05.08., 12.08. und 23.08.1921.
- 41. Ebd., Brief Bonhards an Ludwig von Heyl vom 06.08.1921.
- 42. Vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S. 244.
- 43. StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 214.
- 44. Ebd., Brief der Direktoren Depker und Maus an Ludwig von Heyl vom 19.08.1921 sowie Rohfellbericht vom 23.08.1921.
- 45. StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 214. Lohnbesprechungen am 28.07., 04.08. und 18.08.1921: In der höchsten Lohngruppe verdiente ein Arbeiter am 28.07. 6,31 M u. am 18.08. 6,47 M. Arbeiterinnen: 28.07.: 3,61 M, 18.08.: 3,69 M.
- 46. Dazu folg. Einschätzung des Vorstandsmitglieds des Gewerbeaufsichtsamts Worms, Schneider, in: Frei ist der Rhein (1930), S.143: Der Jahresverdienst eines gelernten Akkordarbeiters in der Lederindustrie im Jahr 1914 habe 1.450 Goldmark betragen. Im Jahr 1922 verdiene er 525.332 Papiermark. "In Gold umgerechnet hatte er damals [also 1922] weniger als die Hälfte seines Friedenseinkommens."
- 47. StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 214. Brief vom 06.08.1921.
- 48. Ebd., Rohfellbericht Direktor Depkers an Ludwig von Heyl vom 18.09.1922.
- 49. Mitteilungen der Rheinhessischen Handelskammern, 3. Jg. (1922), Nr. 10, S. 543.
- 50. Vgl. im Folgenden: StadtAWo Abt.180/1 Nr. 214 Messebericht von Direktor Maus vom 13./14.09.1922.
- 51. Ebd. Verkaufsbericht der Direktoren Maus und Depker vom 21.09.1922 an Ludwig von Heyl, München.
- 52. Vgl. Parlament im Kampf um die Demokratie, S. 15. Während im Winter 1920/21 die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger 15.000 betrug, sank sie im Frühjahr 1922 auf weniger als 1.000. Zur Konjunkturentwicklung: Fischer, Art. "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands 1919-1945", in: HWW, Bd.9 (1982), S. 83-100, hier: S. 84.
- 53. StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 214. Rohfellbericht von Maus und Depker an Ludwig von Heyl am 22.09.1922. Weichmenge pro Woche hochgerechnet nach den Angaben bei Hartmann, Heyl`sche Lederwerke, S. 37.

Rheinhessen > Städte & Dörfer > Worms > Einzelaspekte > Worms in der Besatzungszeit

7. Das Krisenjahr 1923: Kulminations- und Wendepunkt

Im Jahr 1923 kulminierten alle bis dahin ungelösten Probleme in extremer Weise. Einerseits provozierten die aus Sicht Frankreichs ungenügenden Reparationszahlungen die Besetzung des Ruhrgebiets, andererseits schlug die bereits beschriebene Inflation in eine <u>Hyperinflation</u> um, welche die Weimarer Republik an den Rand des Abgrunds trieb. Alle diese Entwicklungen waren miteinander verschränkt bzw. bedingten sich gegenseitig.

7.1 Die französische Regierung und die Ruhrbesetzung



Aufruf der Reichsregierung zum Schutz der Republik. Nach der rechtsradikal motivierten Ermordung von Außenminister Walther Rathenau im Juni 1922 kam es auch in Worms zu Unruhen. Dabei wurde die Wormser Zeitung aufgrund einer vermeintlich ungenügenden Distanzierung gegenüber den Mördern angegriffen. In der Folge beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Anschaffung von schwarz-rot-goldenen Flaggen für die städtischen Gebäude.[Bild: StadtA Wo Abt. 47, Nr. 42]

Wie in Kapitel 6.2 dargelegt, war bezüglich der Reparationszahlungen die deutsche "Erfüllungspolitik" im Sommer 1922 gescheitert. Die Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau am 24. Juni 1922 durch rechtsgerichtete Kreise verstärkte die politische Instabilität. Als die Reichsbankleitung seit Mai 1922 von der Regierung unabhängig wurde, verbesserten sich zwar die Möglichkeiten der

Kreditaufnahme, aber die Inflation beschleunigte sich gleichzeitig in ungeahnten Ausmaßen. Diese Wahrnehmung des politischen Systems Deutschlands verhärtete die Positionen des französischen Premierministers Poincaré und ließ seine Regierung am 27. November 1922 die Ruhrbesetzung beschließen. Das Ziel bestand in der "Kontrolle über die 'tatsächlichen Pfandleistungen' (gages réels)".[Anm. 1] Darunter verstand Frankreich die Wiederrichtung der Zollgrenze zwischen den linksrheinischen Gebieten und dem Deutschen Reich sowie die entsprechenden Zolleinnahmen, die Ausbeutung der staatlichen Kohlegruben im Ruhrgebiet, den Transfer der Kohle in die lothringische Eisenerzindustrie, eine "Steuer" auf 26% des deutschen Exportwerts und die Mehrheitsbeteiligung an der zu 95 % in den besetzten Gebieten liegenden Farbenindustrie.

Wie Georges-Henri Soutou ausführt, handelte es sich um ein kombiniertes Finanz-, Industrie-, Rheinland- und Sicherheitsprogramm. Das Ruhrgebiet sollte als Pfand für die Reparationen dienen und erst nach ihrer Zahlung wieder geräumt werden. Das Rheinland selbst sollte eine französische Sicherheitsgarantie darstellen, "entweder über eine dauerhafte Besetzung oder aber über die Übertragung der Bahnstrecken im Rheinland an eine französisch-belgische Gesellschaft." In Paris kam man wieder auf die Ideen von 1919 zurück, die für das Rheinland einen vom Reich unabhängigen Status vorsahen. Obwohl man eine wirtschaftliche und finanzielle Einigung mit Deutschland nie ganz aus den Augen verlor, arbeitete man im Frühjahr 1923 in Paris an einer Vielzahl von Optionen für einen harschen Umgang mit dem Deutschen Reich. Soutou belegt dies mit Dokumenten des französischen Außenministeriums, besonders den "Papiers Millerand".[Anm. 2] Frankreich plante für das Rheinland und das Ruhrgebiet einen Sonderstatus, der diese Territorien völlig unter den wirtschaftlichen Einfluss Frankreichs (bis zu einer Zollunion und einer eigenen rheinischen Währung) gebracht und sie gänzlich vom Reich abgetrennt hätte. Letztlich bestand das Ziel der französischen Außenpolitik in der Auflösung des Deutschen Reichs. Poincaré unterstützte nicht nur den rheinischen Separatismus, sondern auch die bayerischen Autonomiebestrebungen mit Hilfe der Geheimdienste und der französischen Gesandtschaft in München. Sehr früh schickte der französische Gesandte Dard Berichte auch über Hitler und die Nationalsozialisten nach Paris.



Verordnung der Rheinlandkommission zur Beschlagnahme der Kohlensteuer und der Zolleinnahmen, Januar 1923[Bild: StadtA Wo Abt. 47 Nr. 42]

Zunächst glaubte die französische Regierung, mit der gegen die "Regierung der Berliner Novemberverbrecher" agierenden Bewegung übereinstimmende Interessen im Hinblick auf die Schwächung der Reichsregierung zu haben. Aber anlässlich des Hitlerputschs vom 8. und 9. November 1923 stellte der Gesandte Pozzi in einem Brief an Poincaré fest, dass "wir im Falle eines Regimewechsels in München zugunsten der rechtsextremen Parteien auf alles andere gefasst sein müssen, als auf eine wohlwollende oder sogar neutrale Haltung." Soutou hält es für wahrscheinlich, dass der Hitlerputsch Poincaré nicht unwesentlich zur Änderung seiner Politik veranlasst hat. Zwar hielt er zunächst an der Besetzung von Rheinland und Ruhrgebiet fest und plädierte am 13. November 1923 gegenüber dem britischen Botschafter in Paris für die "Schaffung einer deutschen Konföderation". Schließlich sah er aber ein, dass das demokratische Deutschland eine bessere Sicherheitsgarantie für Frankreich war als die Auflösung des Reiches.

7.2 Zollgrenze, passiver Widerstand und Ausweisungen

Der französische Einmarsch ins Ruhrgebiet vollzog sich ab dem 11. Januar 1923 durchaus kriegerisch mit zwei Kavallerie-Divisionen, einer Infanterie-Division und schwerem Gerät.[Anm. 3] Bis April waren in dem 3,5 Millionen Einwohner zählenden Gebiet ca. 60.000 Soldaten stationiert, obwohl nach Auskunft der französischen Regierung die Truppen eigentlich nur zum Schutz der 72 Ingenieure der "Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines" (MICUM) präsent waren.[Anm. 4] Dies war eine belgisch-

französische Organisation zur Festsetzung und Kontrolle der Lieferkapazitäten der deutschen Fabriken und Kohlezechen. Da sich die deutschen Unternehmen dieser Kontrollkommission nicht unterwerfen wollten, ordnete die Regierung des Reichskanzlers Cuno am 19. Januar 1923 den "passiven Widerstand" an, einen "befohlenen Generalstreik", den sie durch Zahlungen an die Streikenden über viele Monate teuer finanzieren musste. [Anm. 5] Es begann eine Kraftprobe zwischen den beiden Nationen, bei der es, um die Abschöpfung des Wirtschaftspotentials des bedeutendsten deutschen Industriegebiets ging und für die nicht umsonst die Begriffe "Ruhrkampf", bzw. "combat" und "bataille" benutzt wurden. Durch den passiven Widerstand ging die Verwaltung des Ruhrgebiets de facto auf die Besatzungsbehörden über.

Aber die drei wichtigsten von ihnen getroffenen Maßnahmen galten ebenso für das "altbesetzte" Gebiet: Erstens die nach 1918/19 und 1921 zum dritten Mal errichtete Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten *Territorium*, zweitens die Errichtung einer eigenen französisch-belgischen Eisenbahnorganisation, der sogenannten Régie, im gesamten Ruhrgebiet und Rheinland und drittens die massenhafte Ausweisung deutscher Funktionsträger in Verwaltung, besonders im Eisenbahn-, Post- und Zollwesen sowie in Handel und Industrie. Bei der Errichtung der innerdeutschen Zollgrenze, an der französische und belgische Zöllner die Kontrolle ausübten, flossen nicht nur alle Zollgebühren an die Besatzer, sondern der Handel und der Warenverkehr zwischen beiden Gebieten wurden wieder nachhaltig gestört. Besonders das Verbot, Ruhrkohle in das unbesetzte Deutschland zu liefern, schuf erhebliche Probleme.

Die Geschäftsstelle der Wormser Industrie- und Handelskammer musste "im Spätjahr 1923 die Abwicklung des Güterverkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet und bis zur Aufhebung der Zollgrenze die Vermittlung der Abfertigung der Ein- und Ausfuhranträge der Firmen bei den französischen Zollbehörden übernehmen. "[Anm. 6] Vom 4. April bis 1. Oktober 1923 war die Telegrafenund Telefonverbindung zwischen Worms und dem unbesetzten Gebiet unterbrochen. [Anm. 7] Man entschloss sich, nach der Schließung des Wormser Telegrafen- und Fernsprechamts rechtsrheinisch das Notamt "Worms Ried" im Gasthaus "Zum Rosengarten" (an der Kreuzung der Lampertheimer- und Bürstädter Straße gelegen) zu errichten. [Anm. 8] An manchen Tagen benutzten mehr als 100 Kunden das technisch einfache, aber nützliche Notamt. Aus Briefen, die Generaldirektor Otto Bonhard aus den Heylschen Lederwerken Liebenau an Ludwig von Heyl ins rechtsrheinische Gebiet schickte, sind wir gut über die häufigen Verkehrssperren zwischen Worms und den unbesetzten Regionen informiert. [Anm. 9]

Seit längerer Zeit, so Bonhard am 3. Juli, sei der Verkehr über die Rheinbrücke in beiden Richtungen für Personen und Lastautos sowie für Motor- und Fahrräder gesperrt. Amtliche Post gebe es gar keine mehr. Zwischen 20 Uhr 30 und 5 Uhr morgens sei eine Ausgangssperre verhängt. Seit dem 2. Juli sei es nur noch für Ausländer möglich, von Worms ins unbesetzte Gebiet und umgekehrt zu gelangen. Die Lage in der Lederfabrik sei schwierig, denn man habe auf der rechten Rheinseite in Hofheim im Haus eines

Mitarbeiters ein Firmenbüro eingerichtet. [Anm. 10] Herr Lottermann könne dort bzw. von dort aus die "Einlagerung der Betriebsstoffe, Verhandlungen mit den Güterabfertigungsstellen, Auszahlung der Löhne, Geldbeschaffung seitens der Frankfurter Banken" und anderes erledigen. Ein Fernsprechanschluss sei bestellt, ebenso habe man für ein neugekauftes Auto eine Garage gemietet. Mehrere andere Mitarbeiter seien ebenfalls im Hofheimer Büro tätig. Trotz der schwierigen Lage erhalte die Arbeiterschaft ihre Kontingente an Kohlenbriketts aus Firmenbeständen.



Bekanntmachung der Rheinlandkommission vom 17. August 1923 zur Einrichtung von Verkehrssperren[Bild: StadtAWo Abt. 47 Nr. 42]

Unternehmenschef Ludwig von Heyl hielt sich im August 1923 in Zürich auf.[Anm. 11] Wie schwierig es wegen der andauernden Verkehrssperren war, die nötigen Geschäftsverbindungen aufrecht zu erhalten, zeigt der enorme bürokratische und logistische Aufwand, der nötig war, um Ludwig von Heyl über Straßburg, wo er einen wichtigen Händler für Rohfelle aufsuchte, nach Worms gelangen zu lassen. Bereits in Zürich war eine Einreiseerlaubnis zu beantragen. Im Wagen des französischen Händlers Sylvain Weil konnte er eventuell ohne Formalitäten Worms erreichen. Gleichzeitig fragte man sich ängstlich, ob nicht vorher doch der Wormser Kreisdelegierte Hedoin um Erlaubnis zu fragen sei. Um die enorme Menge an Bargeld für die wöchentliche Lohnauszahlung an die Arbeiter aus dem rechtsrheinischen Gebiet nach Worms zu bringen, bediente man sich Direktor Eiselers und seines Autos.[Anm. 12] Als amerikanischer Staatsbürger war er als einziger befugt, die Rheingrenze zu übergueren, denn Deutschen war es verboten "Geld vom unbesetzten Gebiet herüberzubringen". Der Lohn eines Arbeiters betrug im August 1923 pro Stunde 700.000 Mark, pro Tag 5,6 Millionen oder 33,6 Millionen pro Woche! Bonhard vermerkte: "Zu Fuß dürfte es ausgeschlossen sein, die Geldbeträge, die wir zur Auszahlung der Arbeiterschaft nötig haben, herüber zu bekommen." Durch die Rheinbrückensperrung fehlten bereits im Juli 1923 147 rechtsrheinisch wohnende Arbeiter, deren letzter Lohn Anfang des Monats in den jeweiligen Bürgermeistereien ausgezahlt wurde.[Anm. 13]

Trickreiche Gespräche waren häufig zwischen Generaldirektor Bonhard und dem französischen Kreisdelegierten Hedoin darüber zu führen, wie Ludwig von Heyl trotz der Verkehrssperre ins besetzte Gebiet einreisen könne. Obwohl ein französischer General, der in Heyls Schlösschen am Wormser Schlosspark residierte, den Kreisdelegierten dazu veranlasst hatte, Ludwigs Bruder Cornel die Einreise zu erlauben,[Anm. 14] stellte Hedoin klar, dass der General ihm nichts zu befehlen habe: Er könne es auch nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, dem Baron die Einreiseerlaubnis zu erteilen, zumal die "Ordre [...] diesmal aufs Strengste gegeben" sei und argumentiert werden könne, "den Reichen" gewähre man die Rheinüberquerung, "den Armen" jedoch nicht. Hedoin blieb "unerbittlich", obwohl sich die "Verhandlungen [...] in den anständigsten Formen" abspielten. Bonhard rechnete auch mit Benachteiligungen für Liebenau, falls man an Hedoin vorbei, etwa in Koblenz bei der HCITR interveniere. Im Herbst 1923, als man mit dem Ableben Cornelius W. von Heyls rechnete, musste Generaldirektor Bonhard im Vorfeld umfangreiche Vorbereitungen treffen, um die Überführung des Leichnams nach Worms zu gewährleisten. Mindestens eine längere Unterredung Bonhards mit dem Kreisdelegierten fand statt.[Anm. 15] Die Einreise des Leichenwagens aus St. Gallen sowie die Ankunft der auf dem linken Rheinufer wohnenden Einwohner und Dienerschaften sei gewährleistet, vorausgesetzt, die roten Pässe würden abgestempelt eingereicht. Hedoin bemühte sich bei den Mainzer Behörden um die Einreise der rechtsrheinischen Trauergäste, falls vorher Pässe mit zwei Passfotos vorlägen. Bonhard vermerkte: "Gegen die Beflaggung auf Halbmast und das Glockengeläute machte der Delegierte keine Einwände." So war selbst ein solcher Trauerfall, der am 25. September 1923 eintrat, besatzungsbedingt mit unangenehmer und umständlicher Bürokratie verbunden.

Nachdem von der Reichsregierung der passive Widerstand proklamiert worden war, wurde auch in Worms am 30. Juni 1923 an alle Eisenbahndienststellen der Befehl zur Arbeitsniederlegung erteilt. Der Wormser Bahnhof wurde von bewaffneten Patrouillen der Besatzungsmacht kontrolliert, und die französischen Eisenbahner übernahmen den Betrieb. Das gestaltete sich nicht reibungslos und führte zu Zugentgleisungen. [Anm. 16] Eine funktionierende französische Eisenbahnregie wurde nach einiger Zeit etabliert, aber auch dann gab es noch schwere Unfälle, wie z.B. einen im Mainzer Tunnel. [Anm. 17] Nachdem die französischen Eisenbahner an ihre deutsche Kollegen appelliert hatten, die Arbeit wiederaufzunehmen, diese dazu aber nicht bereit waren, erfolgte am Sonntag nach Ostern abends um 18 Uhr der Befehl an die Wormser Eisenbahner, innerhalb 24 Stunden sämtliche Dienstwohnungen zu räumen. Unter schwierigsten Bedingungen wurden in kurzer Zeit 36 Wohnungen samt Mobiliar geräumt. Bald folgten die Ausweisungen von 628 Wormser Eisenbahnbediensteten und ihrer Familien sowie von 241 Bahnbeamten aus dem Kreis Worms.

Im Wormser Stadtbauamt wurde eine "Besatzungsstelle" geschaffen, die alle Angelegenheiten der Ausgewiesenen der Stadt, des Kreises und des Ortes Guntersblum zu erledigen hatte. Nach der Erstellung von Inventarlisten in den Wohnungen der Ausgewiesenen stellte der Abtransport der Familien ins unbesetzte Gebiet innerhalb von vier Tagen eine große logistische Herausforderung dar. Anschließend

zogen die französischen Regiebeamten in insgesamt 52 Wohnungen in der Stadt und in 40 im Kreis Worms ein. Unter den Gemeinden des Kreises Worms waren Alsheim mit 54, Osthofen mit 40 sowie Monsheim und Herrnsheim mit 22 bzw. 20 Ausweisungen besonders betroffen. [Anm. 18] Keineswegs wurden nur Eisenbahner ausgewiesen, sondern auch Zoll- und Postbeamte sowie viele Bedienstete anderer Verwaltungen, Handwerker, Kaufleute, Verleger, Ingenieure, Lehrer und andere, insgesamt 661 Familien. [Anm. 19] Drei besonders wichtige Wormser Persönlichkeiten sind unter den Ausgewiesenen hervorzuheben: Oberbürgermeister Köhler, Oberstudiendirektor Lauteschläger und Amtsgerichtsrat Trautwein.

In den Erinnerungen von Jenny Köhler, verfasst am Ende der Besatzungszeit im Sommer 1930, blickt die Ehefrau des Wormser Oberbürgermeisters Dr. Heinrich Köhler auf die 25 in der Nibelungenstadt verbrachten Jahre zurück.[Anm. 20] Mit zeittypischem Pathos, nicht frei von Euphemismus, lässt sie die Amtszeit ihres Mannes Revue passieren. Als Ende Juni 1923 in der Nähe des Eisenbahndamms Bomben gefunden wurden, nahm das die Besatzungsbehörde zum Anlass, den Oberbürgermeister zur Verantwortung zu ziehen. Am 27. Juni erschienen drei französische Offiziere in seinem Haus und verkündeten die Ausweisung. Nach einer demütigenden Hausdurchsuchung und intensiver Kontrolle seiner privaten Briefe musste Köhler das Haus in Richtung Darmstadt verlassen. Nach vier Tagen und der Räumung ihres Hauses traf die Familie Heinrich Köhler "um Jahre gealtert" in Darmstadt an. Den Jahrestag seines 25. Dienstjubiläums am 2. September 1923 verbrachte er in bescheidener Atmosphäre mit wenigen Freunden in seinem Landhaus in Auerbach bei Bensheim. Die Interalliierte Rheinlandkommission hob zwar am 27. Mai 1924 die Ausweisungsverfügung auf, aber eine tiefe Traurigkeit hat ihn seit seiner Ausweisung aus Worms nicht mehr verlassen."[Anm. 21] So verstarb er am 2. Juni 1924 in Darmstadt an einem Schlaganfall.[Anm. 22] Nachdem am 5. Juni in Darmstadt eine Gedenkfeier zu Ehren Köhlers mit der hessischen Staatsspitze und Abgeordneten des Landtags, der Provinz, der Kreise und Städte Rheinhessens stattgefunden hatte, wurde am folgenden Tag der Leichnam des ehemaligen Oberbürgermeisters nach Worms überführt und für eine Trauerfeier im "Cornelianum" aufgebahrt. Im Beisein führender hessischer Landtagsabgeordneter und Wormser Stadtverordneter der Deutschen Volkspartei (E. Dingeldey bzw. Justizrat Stephan), der der Verstorbene angehört hatte, setzte sich der Trauerzug bis zum Friedhof Hochheimer Höhe in Bewegung. Unter großer Anteilnahme der Wormser Bevölkerung wurden von Vertretern vieler gesellschaftlicher Gruppierungen und Vereinen Nachrufe gehalten, die die große Beliebtheit des Verstorbenen und die Achtung vor seiner Leistung widerspiegelten. Gleichzeitig war diese Trauerfeier aber auch eine Demonstration gegen die Besatzungsmacht, die den Oberbürgermeister aus "seiner" Stadt ausgewiesen hatte.

7.3. Das Reich und die besetzten Gebiete: "Abwehrkampf" und Separatismus

Auch der Mainzer Bürgermeister, hessische Landtagspräsident und spätere hessische Staatspräsident Bernhard Adelung (1876-1943)[Anm. 23] wurde am 7. Februar 1923 von Mainz ins unbesetzte Gebiet

nach Darmstadt ausgewiesen.[Anm. 24] Die Ausweisung des Mainzer Oberbürgermeisters Dr. Külb hatte bereits am 27. Januar 1923 nach dem Prozess des Industriellen Fritz Thyssen vor dem französischen Kriegsgericht stattgefunden. Die *Frankfurter Zeitung* nannte als Grund für Adelungs Ausweisung, dass er als "Führer der hessischen Sozialdemokratie" seine Stimme gegen die Franzosen erhoben habe. Im gleichen Artikel kritisierte die Zeitung die massive Pressezensur. Die öffentliche Meinung und die Politik befanden sich im "Abwehrkampf". Reichspräsident Ebert traf im Februar mit aus dem linksrheinischen Gebiet ausgewiesenen Politikern, Staatspräsident Ulrich sowie Vertretern der Geistlichkeit und der Gewerkschaften zusammen. In seiner Rede beschwor er den Schulterschluss zwischen den Arbeitern, der Wirtschaft und den Studenten. Bei seinen Gesprächen mit Vertretern Württembergs, Badens und der Pfalz sei klar geworden, dass Nord- und Süddeutschland nicht zu trennen seien und es eine große Solidarität mit den besetzten Gebieten gebe. "Es geht um die Existenz des Reiches, um den Bestand der Republik", so Ebert. Mit einem "Hoch auf das Vaterland" wurde der Aufenthalt des Reichpräsidenten in Darmstadt beschlossen.



Bernhard Adelung[Bild: IGL]

Aber mit Patriotismus allein war es in diesem Fall nicht getan. Denn die über die Notenpresse finanzierten Millionenkredite, die das Reich an die Kohle- und Stahlindustrie zur Lohnfortzahlung an deren Arbeitnehmer zahlte und die Erwerbslosenunterstützung für die anderen im passiven Widerstand befindlichen Menschen an Rhein und Ruhr überforderte den Staat in höchstem Maße.[Anm. 25] So gewannen Radikale schnell an Boden. Eduard David erläuterte in seinen Berichten an die Berliner Ministerien, dass sich die Arbeiterschaft in den besetzten Gebieten verstärkt den Kommunisten zuwandte und die Polizei in Mainz gegen Demonstrationen vorging, die in Tumulten endeten.[Anm. 26] Auch in Worms kam es in der Stadtverordnetenversammlung am 1. Juni 1923 bei der Aussprache über KPD-Anträge zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu wiederholten Störungen der Sitzung aus der Zuhörerschaft heraus, sodass die Versammlung geschlossen werden musste.[Anm. 27]

Vor dem Hintergrund dieser Verhältnisse kam es am 12. August 1923 zum Sturz der Regierung Cuno. Ein Tag später wurde Gustav Stresemann Reichskanzler. [Anm. 28] Seine Regierung musste am 26. September den passiven Wiederstand beenden, über das gesamte Reich den Ausnahmezustand verhängen und die Exekutive an den Reichswehrminister übertragen. Gleichzeitig begannen sich extreme Kräfte von rechts (in Bayern Hitler u.a.) und von links (in Sachsen/Thüringen Zeigner u.a.) gegen Berlin zu positionieren,

mit dem Ziel, durch einen rechten Putsch bzw. eine kommunistische Revolution die Reichseinheit zu unterminieren und die Macht an sich zu reißen.[Anm. 29] Dies gelang jedoch nicht.

Trotz des Widerstandes Großbritanniens und der USA hatte Frankreich den Plan der Errichtung eines vom Deutschen Reich abgetrennten Pufferstaats unter französischem Einfluss nie gänzlich ad acta gelegt. Paul Tirard, der spätere französische Hochkommissar für das besetzte Rheinland, legte in Berichten im Januar und Februar 1919 dar, Frankreich müsse zur Förderung autonomistischer Bestrebungen bereit sein, falls die besetzten Gebiete Bestandteil des Deutschen Reiches blieben.[Anm. 30] Dies gelte umso mehr, als es in der Rheinprovinz eine Abneigung gegen Preußen und in der Pfalz gegen Bayern gebe. So eröffne sich im Sinne Frankreichs die Chance auf Errichtung einer Republik auf dem linken Rheinufer.[Anm. 31] Frankreich versuchte in den besetzten Gebieten außerdem, die Beziehung zur deutschen Bevölkerung durch Betonung der historisch-kulturellen Verbindungen zwischen Frankreich und den Rheinlanden zu verbessern. Das geschah, indem Besatzungssoldaten z.B. Denkmäler für aus Rheinhessen stammenden Soldaten der "Grande Armée" Napoleons besuchten und auf die gemeinsame Vergangenheit hinwiesen. Zur "pénétration pacifique" gehörte auch die Anordnung von Französischunterricht in den Schulen sowie die Errichtung von Lesesälen, sogenannter "salles de dépêche", wo französischer Lesestoff von illustrierten Zeitschriften bis zu hochwertiger Literatur zur Verfügung stand. Diese und andere Propagandamaßnahmen sollten die Deutschen für die Kultur Frankreichs einnehmen.[Anm. 32]

In den besetzten Gebieten existierten deutsche separatistische Strömungen und Bewegungen zur Schaffung eines rheinischen Bundesstaats bzw. einer "Rheinischen Republik". Martin Süß gelingt eine Definition des Separatismus: "Als separatistisch müssen diejenigen Aktivitäten zur Gründung eines Rheinstaates bezeichnet werden, die unternommen wurden, obwohl die Reichsregierung, die Nationalversammlung und auch die hessische Volkskammer bereits Abstand von allen Bestrebungen zu einer Neugliederung im Westen des Reiches genommen hatten."[Anm. 33] Genau dieses Ziel verfolgten der ehemalige preußische Staatsanwalt Hans Adam Dorten aus Wiesbaden und seine Bewegung seit Februar 1919. Sie befürworteten eine Volksabstimmung über die Errichtung eines Rheinstaats, weil sie glaubten, dass allein die Rheinländer darüber entscheiden könnten – und zwar ohne Beteiligung des Reichs. Außerdem, so Süß weiter, zielte der Separatismus der Jahre 1919 bis 1923 darauf ab, diese Pläne handstreichartig umzusetzen. Die dritte für die separatistischen Aktivitäten konstitutive Komponente war die unbedingte Zusammenarbeit mit den französischen Besatzungsbehörden. Es gab eine Vielzahl von separatistischen Gruppierungen im Rheinland und in der Pfalz, unter ihnen Zentrumspolitiker um die Kölnische Volkszeitung, die teilweise mit Dorten an den Rheinstaatsplänen arbeiteten bzw. die "Freie-Pfalz-Bewegung".[Anm. 34]



Separatistenanführer Hans-Martin-Dorten[Bild: Bibliothèque nationale de Francel

Hier soll exemplarisch von der Dorten-Gruppierung die Rede sein, da es ihr in Zusammenarbeit mit dem französischen General Mangin gelang, am 1. Juni 1919 einen Putsch zu initiieren. An diesem Tag wurden in Wiesbaden, Mainz, Speyer[Anm. 35] und anderen nassauischen, rheinhessischen und pfälzischen Orten Plakate angeschlagen, es werde "eine selbständige Rheinische Republik im Verbande des deutschen Reiches als Friedensrepublik errichtet, die das Rheinland, Alt-Nassau, Rheinhessen und die Rheinpfalz umfasst." An die Stelle der Preußischen, Bayerischen und Hessischen Zentralregierung trete die Regierung der "Rheinischen Republik". Ein am 1. Juni in Rheinhessen verteiltes Flugblatt gab Aufschluss darüber, welche Personen der neuen "Regierung" angehörten: Mit dem Mainzer Amtsgerichtsrat Dr. Liebing und dem Mainzer Kunsthistoriker Klingelschmitt zählten auch zwei Rheinhessen dazu. Bereits am 29. Mai 1919 wurde vom Hessischen Kreisamt Worms den Bürgermeistereien der Landgemeinden mitgeteilt, dass von einer politischen Partei eine Proklamation angeschlagen werde, die auf keinen Fall entfernt werden dürfe. Andernfalls erfolgten schwere Strafen durch die französische Armee. Aber bereits einen Tag später zeigte sich, dass die Bevölkerung keineswegs hinter den Separatisten stand, denn es kam in Mainz, Worms und Alzey zu 24-stündigen Streiks gegen die "Rheinische Republik".[Anm. 36] Die Wormser Zeitung berichtete erst am 3. Juni darüber, da sie am 2. Juni wegen des Streiks nicht erschien. Eine der Hauptgründe, weswegen die Bevölkerung den Putsch ablehnte, war der Schulterschluss Dortens mit den französischen Offizieren, besonders mit General Mangin, der sich am 7. Juni dazu gezwungen sah, in allen rheinhessischen Tageszeitungen eine Erklärung zu veröffentlichen, in der er konstatierte, dass die französische Armee sich gegenüber den Befürwortern der "Rheinischen Republik" neutral verhalten habe.[Anm. 37] Auch das französische Außenministerium lehnte die Anerkennung der neuen Regierung ab. [Anm. 38] Am 11. Juni 1919 wurde gegen Dorten beim Reichsgericht in Leipzig ein Haftbefehl wegen Hochverrats erlassen.[Anm. 39] Als dieser im besetzten Gebiet nicht vollstreckbar war, entfaltete Dorten in den

folgenden Jahren mit wechselnden Mitstreitern weitere Aktivitäten. Im Januar 1920 gründete er eine Partei, die "Rheinische Volksvereinigung", deren Vorstandsmitglieder z. T. aus dem Kölner Raum, aber mit Amtsgerichtsrat Dr. Liebing und dem Binger Stadtverordneten Dulcius auch aus Rheinhessen stammten. Auch der Fabrikant Deckers aus Geldern sollte später eine Rolle spielen.[Anm. 40] Das Sekretariat der Partei für die Provinz Rheinhessen befand sich in Mainz. Ortsgruppen gab es außerdem in Bingen, Gau-Algesheim, Sprendlingen, Weisenau und Worms. Dass die französische Regierung keineswegs neutral war, belegen schriftliche Äußerungen des Hochkommissars Paul Tirard, wie z.B. sein Telegramm an das französische Außenministerium vom 24. März 1921, dass Dorten "mehr als 500.000 Francs zur Verfügung gestellt worden seien."[Anm. 41]

Erst das Jahr 1923 brachte mit rapidem Währungsverfall, wirtschaftlicher Not und Arbeitslosigkeit eine starke Radikalisierung der separatistischen Aktivitäten. Neben Dorten traten der radikale Kölner Joseph Smeets mit seiner "Rheinisch-Republikanischen Volkspartei" hervor, die sich offen zu einer Trennung vom Reich bekannte und deren Mitglieder alle bewaffnet waren. Auch der aus Aschaffenburg stammende, mehrmals vorbestrafte "Journalist" und politische Abenteurer Matthes gründete eine Gruppe. Im Juli/August 1923, als sich die Krise im Reich zuspitzte, erfolgte der Zusammenschluss der Bewegungen von Smeets und Matthes mit derjenigen Dortens.[Anm. 42] Zu diesem Zeitpunkt vollzog sich auch die Änderung der Dortenschen Politik: War er in der frühen Phase noch für die Errichtung eines Bundesstaats im Reichsverband gewesen, forderte er zusammen mit Smeets und Matthes nun "eine Rheinische Republik losgelöst von Deutschland".[Anm. 43] Parallel zu der Bewegung um Dorten, Smeets und Matthes gab es auch andere rheinische Politiker, die sich im Herbst 1923 angesichts der fast aussichtslosen wirtschaftlichen Lage in den besetzten Gebieten für eine vorrübergehende Loslösung der Rheinlande vom Reich aussprachen, um das restliche Deutschland am Leben zu erhalten. Man sprach von der "Versackungspolitik". Um die richtige Lösung rangen Politiker wie Innenminister Jarres, Finanzminister Luther, der Kölner Oberbürgermeister Adenauer und Reichskanzler Stresemann. [Anm. 44] Wie zeigen sich die separatistischen Bestrebungen nun aber in Worms?

Die Initialzündung für die massiv auf Rheinhessen und Worms einwirkende Entwicklung war der Separatistenputsch in Aachen am 21. Oktober 1923 mit der anschließenden Proklamation der "Rheinischen Republik".[Anm. 45] Ende Oktober bemächtigten sich daraufhin die Separatisten unter tätiger Mithilfe der Besatzungsbehörden des Kreisamts in Mainz. Die Franzosen erkannten die von den Separatisten gebildete Provinzial- und Kreisverwaltung an. Mit Unterstützung der Besatzungsmacht gelang es ihnen ebenfalls, in Bingen, Worms und Alzey die entsprechenden Behörden zu besetzen.[Anm. 46] Am Abend des 22. Oktober 1923 gegen 21 Uhr versammelte sich vor der Wohnung des als Separatisten bekannten Seilermeisters Kitt am Obermarkt eine erregte Menschenmenge. Als am 23. Oktober kurz nach Mittnacht einer der Separatisten die Wohnung Kitts verließ, schoss er in die aufgebrachte Menge, wobei ein Arbeiter verletzt wurde. In der Zwischenzeit hatte sich in Koblenz aus der Gruppe um Dorten und Matthes die "vorläufige Regierung der Rheinischen Republik" gebildet.

Gleichzeitig wurde der bewaffnete "Rheinlandschutz" etabliert,[Anm. 47] dessen Mainzer und Wiesbadener Mitstreiter in der Nacht des 23. Oktober die Wormser Separatisten bei der versuchten Erstürmung des Wormser Polizeireviers unterstützten. Obwohl dies fehlschlug, wurde in einer anschließenden Schießerei mit mehreren Verletzten auch das Haus des Seilermeisters Kitt beschädigt.[Anm. 48]

Kaspar Schmitt zitiert aus einem Polizeibericht und gibt somit eine andere Variante der Ereignisse des 22./23. Oktober 1923 wieder:[Anm. 49] Am Abend des 22. Oktober gegen 23 Uhr sei vor dem Haus Kitts am Obermarkt ein Auto mit sieben bis acht Separatisten vorgefahren, die die mehrere hundert Menschen umfassende Menge mit Waffen bedrohten. Als einer der "Sonderbündler" die "Rheinische Republik" ausrufen wollte, stieg die Erregung in der Menge so stark an, dass die Bewaffneten wieder wegfahren mussten, aber aus dem Auto heraus fünf Schüsse abgaben. Dies führte dazu, dass die versammelten Menschen gewalttätig gegen die im Kittschen Haus tagenden Separatisten vorgingen. Diese schossen aus dem Haus heraus auf die Menge und bewarfen sie mit Dachziegeln. Die Polizei, die bereits den Obermarkt abgesperrt hatte, forderte Verstärkung an und zusammen mit einigen Gewerkschaftsführern gelang es ihr, die Leute in die Hardtgasse und in Richtung Lutherplatz zurückzudrängen. Soweit die Darstellung Schmitts.

Am 29. Oktober 1923 drangen kurz nach 18 Uhr 12 bis 15 bewaffnete Separatisten in die Amtsräume des Wormser Kreisamts ein. [Anm. 50] Sie überrumpelten die Beamten, schlossen die Fensterläden und verbarrikadierten die Eingangstüren. Der erwerbslose Separatist Kuhbach aus Bechtheim, ein entlassener Angestellter des Wormser Finanzamts, forderte mit vorgehaltenem Revolver von Regierungsrat Jourdan die Herausgabe des Amtsschlüssels. Die Zwecklosigkeit jeden Widerstands ergab sich durch die "feldmarschmäßig ausgerüstete französische Infanterie", die vor dem Kreisamt Aufstellung nahm. Kitt stellte sich als der "Kreiskommissar der Rheinischen Republik" vor: Er verlange die Entlassung des Kreisamtspersonals bis auf wenige Referenten, um ein Minimum an amtlichen Dienstleistungen, wie etwa die Auszahlung des Erwerbslosengelds aufrecht zu erhalten. Nachdem die Beamten, vor die Frage gestellt, ob sie der neuen "Regierung" dienen wollten, dieses verneinten, zeigte Kitt seine Vollmacht vor, die von dem bereits erwähnten Amtsgerichtsrat Dr. Liebing unterschrieben war: Die Wormser Vertreter Kitts seien Kuhbach und ein gewisser Kottmann. Die Besatzungsbehörden wurden ersucht, die neue Regierung anzuerkennen. In der Andreasstraße standen bereits drei Lastwagen mit Militär.

Am nächsten Tag, dem 30. Oktober, wurden in die geräumte Dechaneischule in der Nähe des Kreisamts 200 bis 250 Soldaten der französischen Infanterie verlegt.[Anm. 51] Der Stadtkommandant verhängte den Belagerungszustand und eine Straßensperre von 18 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Nach Ausrufung der "Rheinischen Republik" habe die HCITR die Gewalt übernommen.[Anm. 52] Die Sonderbündler trugen grün-weiß-rote Armbinden und hatten Mitgliedskarten der "Rheinisch-Republikanischen

Volkspartei". Die Mehrheit der Bevölkerung stand der neuen Regierung wie schon 1919 ablehnend gegenüber. Die Wormser Arbeiterschaft protestierte mit einem 24-stündigen Generalstreik. Am 23. Oktober hatte das Hessische Gesamtministerium einen Aufruf an die Beamten Rheinhessens erlassen, dass sie sich wie 1919 treu auf die Seite der rechtmäßigen Regierung stellen und nicht mit den Separatisten paktieren sollten. Der Kreisausschuss des Kreises Worms verabschiedete am 30. Oktober folgende Resolution: Er lehne die "Rheinische Republik" und jede Zusammenarbeit mit ihren "Dienststellen" ab. Die bisherige Regierung verfüge über die einzige Staatsgewalt im Kreis. Daraufhin bekräftigten auch alle weiteren Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden des Kreises Worms, dass sie die Sonderbündler keinesfalls als rechtmäßig akzeptierten. Insofern waren die von Kitt an die Beamten gerichteten Aufrufe zwecklos.

Stattdessen etablierte sich ein aus städtischen Arbeitern und Gewerkschaftlern bestehender Selbstschutz, dessen Auflösung der französische Kreisdelegierte Hedoin umgehend verlangte. Auch erkannte er die separatistische "Regierung" vorrübergehend an, da er die amtlichen Schreiben nicht mehr an "Monsieur le Kreisdirektor", sondern an "Monsieur le Kreiskommissar" adressierte. Das Kreisamt arbeitete in den Diensträumen des Rathauses weiter. Kreisdirektor Wolff jedoch war für mehrere Monate ein Gefangener im Kreisamt und konnte seine dortige Wohnung erst wieder Anfang Februar verlassen. Auf Anordnung der Beigeordneten Rahn und Schulte gab es keinerlei Verhandlungen mit den Separatisten. Im Laufe der Zeit beklagten sich Kitt und seine Bewegung über ihre enormen finanziellen Engpässe, auch der Kreisdelegierte stelle sich nicht auf ihre Seite. In seinem sogenannten Verwaltungsbericht Nr. 3/23 vom 12. November 1923 kritisierte Kitt gegenüber der "Regierung der Rheinischen Republik" die unkoordinierten Handlungen einzelner Aktionisten ihrer Partei ohne Absprache mit der Gruppenleitung. Ebenso gab es keine ausreichenden Verpflegungssätze für die Mitglieder, selbst Geld für Eisenbahnfahrscheine fehlte. Ein letztes Aufgebot war der Aufruf Kuhbachs zum Eintritt in ihre Gruppe: Geborene Pfälzer, Rheinhessen und Rheinländer zwischen 20 und 28 Jahren waren gefragt. Aus Geldnot "verscherbelten" die Separatisten zuletzt das Büromaterial und Inventar des Wormser Kreisamts. Am 5. Februar 1924 mussten sie in Worms endgültig aufgeben und das Kreisamt verlassen. Der französische Kreisdelegierte schätzte das Scheitern der Separatistenbewegung, nicht nur in Worms, richtig ein und verlangte vom "stellvertretenden Kreiskommissar Kottmann" die ordnungsgemäße Übergabe des Amtsschlüssels an die rechtmäßige Behörde, und zwar in Anwesenheit von Hedoins Adjutanten. Ebenso wie in Worms stellten die Separatisten bis Anfang 1924 ihre Aktivitäten in Alzey, Bingen, Mainz und anderen Orten Rheinhessens, aber auch in der Pfalz ein. [Anm. 53] Relativ stark zeigten sich die separatistischen Aktionisten in Bingen, wo der französische Kreisdelegierte Vermeil ihre Protagonisten enorm unterstützte. Die Einschätzung Schmitts,[Anm. 54] dass der Wormser Delegierte Hedoin zurückhaltender war, ist nicht unrichtig, denn Kitt beklagte sich über sein nichtkooperatives Verhalten. [Anm. 55] Hans Adam Dorten hatte sich noch einmal am 18. November 1923 von Bad Ems aus als "Generalbevollmächtigter Süd" der "Regierung der Rheinischen Republik" an seine

Anhänger gewandt. Er zeichnete zu diesem Zeitpunkt noch verantwortlich für den Bezirk Koblenz, Rheinhessen, den Rheingau und die Pfalz.[Anm. 56]

Es stellt sich die Frage nach den Gründen für das Scheitern der Separatisten. Der Mainzer "Regierungskommissar" Dr. Liebing machte am Ende die nicht ausreichende (finanzielle) Hilfe Frankreichs verantwortlich für ihren Misserfolg. [Anm. 57] Es geht jedoch aus den umfangreichen Recherchen von Martin Süß hervor, dass sowohl die führenden Besatzungsoffiziere, Hochkommissar Tirard als auch die Regierung in Paris über die Betätigung der Separatisten jeweils genau informiert waren und sie diese letztlich begrüßten, um ihr grundsätzliches Ziel eines unabhängigen Rheinstaats durchzusetzen. Besonders die französische Regierung achtete aber streng darauf, den Besatzungstruppen oder Tirard keine Anweisungen zu erteilen, die Rückschlüsse auf ihre Befürwortung der separatistischen Aktivitäten zuließen. [Anm. 58] Dies geschah vor allem wegen der ablehnenden Haltung Englands, dessen Hochkommissar Kilmarnock an den britischen Außenminister Curzon Berichte über den drohenden Separatismus im Rheinland schickte. Tirard beteuerte stets die Neutralität Frankreichs gegenüber diesen Bestrebungen, konnte jedoch das Misstrauen Curzons nicht zerstreuen. [Anm. 59] De facto unterstützte die Besatzungsmacht die separatistischen Aktionisten durch die Lieferung von Waffen, durch die Erlaubnis die Regiebahn benutzen zu können, teilweise auch durch die Entwaffnung der deutschen Polizei. [Anm. 60]

Die wichtigsten Gründe für das Scheitern der Separatisten waren vor allem die Ablehnung ihrer Ziele durch die Mehrheit der Bevölkerung. Aber auch die ungenügende Kompetenz der separatistischen Akteure selbst sowie die fehlende Planung ihres Agierens zogen den Misserfolg ihres Projekts nach sich. Es mangelte an einer einheitlichen Führungsstruktur, die einzelnen Gruppierungen waren unter sich zerstritten und der Leumund ihrer Anführer war sehr oft schlecht. Der französische Premierminister Poincaré sah sich ab etwa Dezember 1923 gezwungen, nach und nach seine Rheinstaatspläne aufzugeben, denn der "Ruhrkampf" sowie die teilweise Finanzierung der Separatisten hatte Frankreich viel Geld gekostet. Der Franc geriet ab Ende 1923 erheblich unter Druck. Frankreich benötigte die finanzielle Unterstützung Englands und der USA. Andererseits begann sich Deutschland nach der im November 1923 erfolgten Stabilisierung der Mark langsam zu erholen. Poincaré blieb der politische Erfolg versagt, denn er verlor die Wahlen im Mai 1924.[Anm. 61] Die Separatisten schlossen sich im Februar 1924 zur "Interessengemeinschaft rheinischer Auswanderer"[Anm. 62] zusammen und appellierten direkt an den französischen Premierminister: Sie hätten den dringenden Wunsch, nach Frankreich auszuwandern, da sie nach ihrem Scheitern nicht nur unter den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen litten, sondern aufgrund "ihrer früheren Aktivitäten auch noch Schikanen und Verleumdungen ausgesetzt seien." Nach einiger Zeit entschloss sich Poincaré, ihrem Ansinnen zu entsprechen und den Separatisten Unterstützung zu gewähren. Hans Adam Dorten begab sich nach Nizza, wo er 1963 starb.

7.4 Hyperinflation: Die wirtschaftliche Lage 1923. Das Beispiel der Heylschen Lederwerke Liebenau



Notgeld der Cornelius Heyl AG im Wert von 500 Millionen Mark, 1923[Bild: StadtA Wo Abt. 204 Nr. 55-02/16]

Die seit dem 13. August 1923 amtierende Regierung Stresemann war am 26. September gezwungen den passiven Widerstand in den besetzten Gebieten aufzugeben, weil er durch seine Finanzierung über die Notenpresse zu einer Hyperinflation führte: Im August war eine Million Papiermark 91 Goldpfennige wert.[Anm. 63] Im November entsprachen einer Milliarde Papiermark noch 19 Golfpfennige. In Worms kostete ein Liter Vollmilch am 9. Juli 1923 3.960, im August 29.000 und am 4. Oktober 20 Millionen Mark. Die Regierung Stresemann entschloss sich am 15. November 1923, die neue Rentenmark einzuführen und folgenden Kurs festzusetzen: Eine Billion Papiermark sollte einer Rentenmark entsprechen.[Anm. 64] Die Garantien für den Kaufwert der Rentenmark sollten bis zur Einführung einer endgültigen goldgedeckten Währung im Jahr 1924 "Grundschulden und Schuldverschreibungen zulasten von Industrie und Landwirtschaft" bilden. Die Währungsstabilisierung barg aber für die besetzten Gebiete etliche Probleme: Bis zur Wiedereinführung der durch Gold gedeckten Währung musste nämlich dort kommunales und von Unternehmen bereitgestelltes Notgeld als Zahlungsmittel dienen.[Anm. 65]Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer verlieh den linksrheinischen Gebieten eine Stimme, indem er forderte, dass das Rheinland mehr wert sein müsse als ein neues Zahlungsmittel. Heinrich August Winkler fasst das Problem zusammen: "Der Reichsregierung erschien die Gefahr, dass das Rheinland sich vorübergehend [...] institutionell verselbstständigen könne als das kleinere Übel, verglichen mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, der ganz Deutschland drohte, wenn die neue Währung durch die fortdauernde Totalsubventionierung des okkupierten Territoriums ruiniert wurde."



Notgeld der Cornelius Heyl AG im Wert von 100 Millionen Mark, 1923[Bild: StadtA Wo Abt. 204 Nr. 55-02/16]

Wie spiegelte sich die wirtschaftliche Situation im Sommer/Herbst 1923 auf der lokalen Wormser Ebene

wider? Dazu steht uns aussagekräftiges Archivmaterial über die Heylschen Lederwerke Liebenau zur Verfügung. Neben der fast vollständigen Verkehrssperre zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet durch die Wiedererrichtung der Zollgrenze am Rhein wird die Existenz der auf den freien Import und Export von Rohstoffen und Fertigprodukten angewiesenen Lederfabrik aus weiteren Gründen bedroht. Ein wichtiges Problem war die Kapitalknappheit. [Anm. 66] Ende Juli 1923 reichten die Einnahmen aus Warenverkäufen gerade aus, um die wöchentlichen Lohnzahlungen zu leisten. Beide Summen lagen bei etwa 700 Millionen Mark. Die Restsumme für den Erwerb eines Wagens konnten durch den Verkauf von 2000 US-Dollar Schatzanweisungen gedeckt werden. Überhaupt war das Rechnen in harten Devisen (US-Dollar, Schweizer Franken) wichtig für die Kalkulation, da z.B. der Kurs am 19. Juli 1923 für einen US-Dollar zwischen 307.700 Mark an der New Yorker Börse und 284.710 Mark an deutschen Börsen schwankte. Letzterer Kurs wurde künstlich niedrig gehalten. Da laut Aussagen Otto Bonhards der US-Dollar im freien Verkehr wegen der Erwartung weiterer Markentwertung bereits mit 380.000 bis 400.000 Mark gehandelt wurde, mussten die Heylschen Lederwerke bereits 25 bis 30% höhere Preise einkalkulieren. Mehrmals fragte sich Generaldirektor Bonhard in Briefen an Ludwig von Heyl, ob unter den "gegenwärtigen Bedingungen" der Betrieb noch aufrechterhalten werden könne, so am 3. Juli und am 28. August 1923. Welche Bedingungen waren es? Am 28. August vermerkte Bonhard, dass die Bewertung der Forderungen fast nur noch auf Dollarbasis verlaufe. Für den Kauf von Betriebsstoffen und englischen Kohlen habe man 10.000 Schweizer Franken zurückbehalten. Auch bei der Süddeutschen Diskontogesellschaft verfüge man noch über eine fünfmal so große Summe in der gleichen Währung, außerdem über Dollarreserven.

In einer Liste vom 29. August 1923 wurden die Preise für die Betriebsstoffe der abgelaufenen Woche verzeichnet.[Anm. 67] Die Kosten für Strom, Wasser, Kohlen, Chemikalien, Baustoffe, technische Ersatzteile beliefen sich auf 20 Milliarden Mark bei einem Dollarkurs von bereits 3 Millionen Mark. Für die Löhne waren in der gleichen Woche 22 Milliarden Mark nötig. Es seien zurzeit Stundenlöhne von 700.000 Mark zu zahlen, so Bonhard am 28. August. Umgerechnet in Goldmark sei das das Doppelte des Vorkriegsniveaus. Im gleichen Bericht beklagte er sich über die ständigen Preiserhöhungen für Betriebsstoffe. Die Lohnforderungen der Arbeiter stiegen innerhalb kurzer Zeit um 80%. Davon konnten laut seiner Aussage nur 55 % bewilligt werden. Deshalb gebe es auch wieder Streiks der Wormser Hafenarbeiter, die mittlerweile einen Stundenlohn von 1,6 Millionen Mark verlangten, so Bonhard weiter am 28. August. Im Januar 1924 streikten alle 1.500 Lederarbeiter der Werke Doerr & Reinhart wegen Lohnforderungen.[Anm. 68] Ende August 1923 schlossen auch in Pirmasens die letzten Schuhfabriken, die bis dato noch mit verkürzter Arbeitszeit tätig gewesen waren. Es war inzwischen unmöglich, die hohen Lohnsummen zu beschaffen.[Anm. 69] Der Generaldirektor stellte fest, man habe von der Substanz gelebt und empfahl, alle vermeidbaren Ausgaben einzustellen. Neue Maschinen könne man nicht anschaffen, ebenso konnten begonnene Bauten nicht fertiggestellt werden. Die von der Regierung geplanten Steuererhöhungen würden für die Lederwerke Entlassungen zur Folge haben. Auch

Cornelius W. von Heyl, wurde in einem Bericht der Direktoren Maus und Bonhard über die schlechte Geschäftslage unterrichtet.[Anm. 70]



Fabrikgebäude der Heylschen Lederwerke Liebenau, 1928[Bild: StadtA Wo. Fotoabt. Nr. 8247a]

Im besetzten Gebiet fänden allenfalls kleine Verkäufe statt, im unbesetzten Deutschland gebe es keinerlei Absatzmärkte für die Waren der Firma. Es folgte ein Überblick über alle europäischen und überseeischen Märkte, aber außer über ein sehr schwaches Geschäft und starke internationale Konkurrenz war nichts zu berichten. Bonhard beklagte gegenüber Ludwig von Heyl ebenfalls die miserabel gehenden Geschäfte im In- und Ausland: Die englischen Absatzmärkte brächen weg, die wirtschaftlichen Nachrichten aus Holland und Skandinavien seien ebenfalls schlecht.[Anm. 71] Wenn man die Preise herabsetze, komme man nicht auf seine Kosten, erhöhe man die Preise, sei man nicht konkurrenzfähig. Aber gleichzeitig stellte Bonhard fest, dass es den "kleineren Leuten" und den Wormser Handwerkern noch schlechter gehe. Im August 1923 fanden in Worms viele Demonstrationen von Arbeitslosen statt, die auch mit Gewalttätigkeiten einhergingen. [Anm. 72] Eine Delegation von Lederarbeitern verlangte von der Firmenleitung die Entlassung von Kollegen, die keiner "der bestehenden sozialistischen Organisationen" angehörten.[Anm. 73] Im Wormser Gasthaus "Karpfen" versammelten sich die demonstrationswilligen Arbeitslosen. 1923 war ihre Zahl von 600 im März bis auf 3.850 im November angestiegen. [Anm. 74] Es verwundert nicht, dass es am 15. und 17. November in Worms bei einer solchen Demonstration zu Ausschreitungen kam.[Anm. 75]

Anmerkungen:

- 1. Vgl. zum Folgenden: Soutou, Vom Rhein zur Ruhr: Absichten und Planungen der französischen Regierung (2004), S.
- 2. Winkler, Geschichte des Westens, S. 303, urteilt, dass hinter dem französischen Sicherheitsinteresse gegenüber Deutschland "die Untermauerung des französischen Anspruchs auf die Vormachtstellung in Kontinentaleuropa" stand.
- 3. Krumeich, Der "Ruhrkampf" als Krieg (2004), S. 9-24, hier: S.16.
- 4. Jeannesson, Übergriffe der französischen Besatzungsmacht und deutsche Beschwerden (2004), S. 207-231, hier: S. 207. Krumeich, ebd., nennt Zahlen bis zu 100.000 Soldaten.
- 5. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 332.
- 6. 150 Jahre Wormser Zeitung (1926), S. 232.
- 7. Frei ist der Rhein, S. 46.
- 8. Ebd., S. 112-115.
- 9. StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 227: a) Brief Bonhards an Ludwig von Heyl vom 03.07.1923. b) Dort auch ein Artikel der WZ vom 24.06.1923, der berichtet, dass "wegen eines Sabotageaktes, der in Worms an der Eisenbahnstrecke verübt wurde", vom Kreisdelegierten Hedoin am 23.06.1923 eine "Verkehrsbeschränkung" angeordnet wurde. Die Rheinbrücke war von diesem Zeitpunkt an bis Dezember 1924 gesperrt. (Vgl. Frei ist der Rhein, S. 47.)

 10. StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 227. Brief von Direktor Maus an Ludwig von Heyl vom 12.07.1923.

 11. Ebd., Brief von Generaldirektor Bonhard an Ludwig von Heyl vom 31.08.1923.

- 12. Ebd., Brief Bonhards an Ludwig von Heyl vom 21.08.1923 nach Brandenburg/Schloss von der Marwitz. Zitat in: Frei ist

- der Rhein, S. 47.
- 13. StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 227. Briefe Bonhards an Ludwig von Heyl vom 3. und 12.07.1923.
- 14. Ebd. Brief desselben an Ludwig von Heyl vom 18.08.1923.
- 15. Ebd. Brief desselben an den gleichen Adressaten vom 10.09.1923.
- 16. Frei ist der Rhein, S. 98.
- 17. Ebd., S. 46. Zudem boykottierte man auf deutscher Seite die Regiebahn und nahm dafür lange Fußmärsche und Radfahrten in Kauf.
- 18. Ebd., S. 92-99.
- 19. Ebd., S. 49. Verzeichnis der Ausgewiesenen, ebd., S. 269-283.
- 20. Vgl. im Folgenden: Ebd., S. 65-70.
- 21. Frei ist der Rhein, S. 70.
- 22. Vgl.: Reuter, Karl Hofmann, S. 281f.
- 23. Vgl. Hessische Abgeordnete 1820-1933, Rack/Vielmeier (Hg.), 2008, S. 119: Seit 1904 Stadtverordneter in Mainz (SPD), 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats ebd., 1918-1928 Beigeordneter /Bürgermeister ebd., 1919-1928 Landtagspräsident des Volksstaats Hessen, 1928-1933 Hessischer Staatspräsident.
- 24. Vgl. im Folgenden: Adelung, Sein und Werden, S. 239-251.
- 25. Winkler, Geschichte des Westens, S. 304ff.
- 26. Die Berichte Eduard Davids als Reichsvertreter in Hessen 1921-1927 (1970), Bericht Nr. 70 vom 07.06.1923, S. 105-107.
- 27. Bönnen, Tumulte und Unruhen, S. 404.
 28. Vol. 71. seiner Person: Kolh Artikel. Gustav Stresemann" in: NDR Bd. 25 (2013). S. 545-547: *10.05.1878 Berlin.
- 28. Vgl. zu seiner Person: Kolb, Artikel "Gustav Stresemann", in: NDB, Bd. 25 (2013), S. 545-547: *10.05.1878 Berlin, +03.10.1929 Berlin. Nach Studium der Nationalökonomie und Promotion 1901-1919 Verbandsfunktionär in Dresden. Parallel dazu politische Karriere: 1903 Beitritt in die Nationalliberale Partei, seit 1907 mit Unterbrechungen MdR, 1917 Fraktionsvorsitzender, 1914-1918 einerseits Befürworter von Annexionen und U-Boot-Krieg, andererseits innenpolitischer Reformen. Dez. 1918 Konstituierung der "Deutschen Volkspartei" (DVP) unter seiner Führung. Zeitlebens deren Vorsitzender. Stresemann war für 100 Tage Reichskanzler in einer der größten Krisen der Weimarer Republik (13.08.-22.11.1923), danach Außenminister bis 1929 (vgl. Kapitel 8.1).
- 29. Winkler, Geschichte des Westens, S. 308-313.
- 30. Süß, Rheinhessen, S. 62f.
- 31. Bis zum März 1923 präzisierte Tirard seine Rheinstaatspläne erheblich. Dazu Reimer, Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1978), S. 276-282.
- 32. Vgl. Süß, S. 41-56, S. 134-145 und 197-199.
- 33. Vgl. Süß, S. 73f.
- 34. Faber, ebd., S. 430.
- 35. Bischof, Rheinischer Separatismus 1918- 1924 (1969), S. 85f, Zitat S. 85.
- 36. Süß, S. 81f.
- 37. Bischof, Rheinischer Separatismus, S. 89 und Süß, S. 85.
- 38. Süß, S. 84.
- 39. Bischof, S. 92f.
- 40. Vgl. Bischof, S. 103f.
- 41. Süß, S. 156f.
- 42. Vgl. Bischof, S. 119ff.
- 43. Ebd., S. 141.
- 44. Vgl. Reimer, Rheinlandfrage, S. 414f. Die vielfältigen Entwicklungen können hier nur angedeutet werden. Vgl. dazu ebenfalls den erhellenden Aufsatz: Rödder, Der Mythos von der frühen Westbindung. Konrad Adenauer und Stresemanns Außenpolitik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 41. Jg. (1993) H. 4, S. 543-573.
- 45. Süß, S. 206.
- 46. Ebd., S. 211ff.
- 47. Bischof, S. 125.
- 48. Becker, Hinter den Kulissen des Separatismus in Hessen. Groß-Gerau, Alzey, Worms (1925), S. 85.
- 49. Schmitt, Worms und seine Besatzungsgeschichte, S. 99. Am 24.10.1923 berichtete die Wormser Volkszeitung ebenfalls über die Wormser Vorkommnisse (Vgl. Süß, S. 214, Anm. 78).
- 50. Becker, S. 86f.
- 51. Ebd., S. 91.
- 52. Vgl. im Folgenden: ebd., S. 87-100.
- 53. Vgl. Süß, S. 233-238.
- 54. Schmitt, Worms und seine Besatzungsgeschichte, S. 98f.
- 55. Becker, S. 98.
- 56. Faber, Die südlichen Rheinlande, S. 436.
- 57. Süß, Ś. 237.
- 58. Ebd., S. 242f.
- 59. Ebd., S. 216.
- 60. Faber, Die südlichen Rheinlande, S. 435.
- 61. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 337-340.
- 62. Süß, S. 239f.
- 63. Büttner, Weimar, S. 170. Ruppert, Tradition und Fortschritt (1988), S. 49.
- 64. Vgl. im Folgenden: Winkler, Geschichte des Westens, S. 313.
- 65. Vgl. die Abbildungen von Wormser Notgeld der Firmen von Heyl aus dem Jahr 1923 in diesem Band.
- 66. Vgl. im Folgenden: StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 227. Brief Otto Bonhards an Ludwig von Heyl vom 24.07.1923.
- 67. StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 227.

- 68. Bönnen, Von der Blüte in den Abgrund (2015), S. 545-606, hier: S. 557f. 69. StadtAWo ebd., hier und im Folgenden weiter Brief Bonhards an Ludwig von Heyl vom 28.08.1923.
- 70. Ebd., Bericht vom 10.08.1923.
- 71. Ebd., Brief Bonhards vom 21.08.1923.
- 72. Bönnen, Von der Blüte in den Abgrund, S. 557.
 73. StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 227. Vgl. im Folgenden Brief vom 21.08.1023.
 74. Bönnen, Von der Blüte in den Abgrund, S. 557.
- 75. Bönnen, Tumulte und Unruhen, S. 404.

19.04.2023, 12:07 19 von 19

Rheinhessen > Städte & Dörfer > Worms > Einzelaspekte > Worms in der Besatzungszeit > 8. Die Jahre 1924–1926

8. Die Jahre 1924–1926

8.1 Nationale und internationale Entspannung



Eine Rentenmark aus dem November 1923[Bild: Deutsche Rentenbank [gemeinfrei]]

Während durch die Einführung der Rentenmark Mitte 1923 die Hyperinflation gestoppt und die wirtschaftliche Stabilisierung eingeleitet werden konnte, bedeutete das Scheitern des Separatismus auf allen Ebenen und die Beendigung des "Ruhrkampfs" eine politische Beruhigung Deutschlands. Der französische Premierminister Raymond Poincaré verlor die Parlamentswahlen im Mai 1924 an den Führer des Linkskartells, den Radikalsozialisten Edouard Herriot, der ab Sommer 1924 Ministerpräsident und Außenminister wurde.[Anm. 1] Für die Bevölkerungen und Regierungen Deutschlands und Frankreichs war die Zeit nach 1923 eine Phase der Erschöpfung, in der man nach Kompromissen suchte, um die wirtschaftliche und finanzielle Entspannung durch Lösung der Reparationsfrage sowie eine politische Annäherung herbeizuführen. In Außenminister Stresemann reifte der Gedanke, dass der Konflikt Deutschlands mit Frankreich nur durch Verhandlungen mit allen Westmächten zu überwinden sei. Einen Partner fand er im französischen Außenminister Aristide Briand, der die Außenpolitik seines Landes sieben Jahre lang – von 1925 bis zu seinem Tod 1932 – prägte. Ebenso wie Stresemann, der sein Amt sechs Jahre lang ausübte (1923–1929), war er der Meinung, dass nur eine Politik des Ausgleichs und des Kompromisses gegenüber dem einstigen Kriegsgegner zielführend sei. Diese Konstellation mündete bezüglich der Neureglungen der Reparationsbedingungen in den sogenannten Dawes-Plan von 1924 und in politischer Hinsicht in den Abschluss der Locarno-Verträge im Jahr 1925.

Der Dawes-Plan, benannt nach dem Vorsitzenden der Reparationskommission, dem amerikanischen Bankier Charles G. Dawes, hatte folgenden Inhalt: Kernpunkt war die Bereitstellung eines Kredits von 800 Millionen Goldmark, im Wesentlichen von amerikanischen Banken, um die deutsche Wirtschaft wieder anzukurbeln. Aus den so erwirtschafteten Gewinnen sollten die Reparationen hauptsächlich an

1 yon 5

Frankreich gezahlt werden. Dies sollte nach folgendem Schema geschehen: Eine Milliarde Goldmark war im ersten Jahr des Beginns der Laufzeit zu begleichen, für das zweite Jahr waren 2,5 Milliarden Goldmark zu leisten, in den nächsten Jahren erfolgten die Zahlungen je nach der deutschen Wirtschaftsleistung. Die Gesamtsumme war grundsätzlich die 1921 festgelegte von 132 Milliarden Goldmark. Den Plan überwachte der sogenannte Generalagent, der amerikanische Bankier Parker Gilbert. Damit aber der Dawes-Plan anlaufen konnte, stellten die verantwortlichen angloamerikanischen Diplomaten und Bankiers Frankreich Bedingungen, die Herriot nach harten Verhandlungen akzeptierte. Dazu zählten der Abzug der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet vor Ablauf eines Jahres, der Abbau des französischen Verwaltungsapparats in den besetzten Gebieten und der dortigen Regiebahn. Die Enttäuschung über die harten Bedingungen führten zum Sturz der Regierung Herriot im April 1925. Durch den Dawes-Plan vollzog sich allmählich die Integration Deutschlands in den Westen und die verwaltungsmäßige und die wirtschaftliche Einheit des Landes wurde gewährleistet.

In den im Oktober 1925 abgeschlossenen Locarno-Verträgen wurde die bestehende Nachkriegsordnung festgeschrieben, indem Deutschland seine Grenzen mit Frankreich und Belgien sowie die Entmilitarisierung des Rheinlands anerkannte.[Anm. 2] Deutschland verzichtete auf eine gewaltsame Grenzänderung. Großbritannien und Italien traten für diese Vertragsbestimmungen als Garantiemächte auf. Mit seinen östlichen Nachbarn Polen und der Tschechoslowakei schloss Deutschland nur Schiedsverträge ab, um später eine friedliche Revision der Ostgrenzen herbeiführen zu können. Deutschland verpflichtete sich außerdem, dem Völkerbund beizutreten. Als Bedingungen für die Ratifizierung der Locarno-Verträge forderte Stresemann von Frankreich die Räumung der Besatzungszone um Köln, was nach dem Versailler Vertrag schon zu Jahresbeginn 1925 hätte erfolgt sein sollen.[Anm. 3] Die öffentliche Meinung in Frankreich begrüßte die Politik Briands und die Verträge sehr. Obwohl "Locarno" für Deutschland eine "Rückkehr auf die diplomatische Bühne als gleichberechtigter Akteur" und einen beträchtlichen Prestigegewinn bedeutete, wurde die deutsche Außenpolitik von der Rechtspartei DNVP abgelehnt.[Anm. 4] Das Ergebnis war eine Regierungskrise. In der Ablehnung der Verträge von Locarno deutete sich bereits die Verweigerungshaltung der rechtsextremen Parteien an, die über die Präsidialkabinette seit 1930 zum Aufstieg des Nationalsozialismus führte.

Viele deutsche Politiker gratulierten der *Wormser Zeitung* im Jahr 1926 zu ihrem 150-jährigen Bestehen. Unter ihren Gratulanten befand sich auch Außenminister Stresemann, ein enger Parteifreund Ludwig von Heyls. Die große Festausgabe der Zeitung zu diesem Anlass zeugt durch ihren gesamten Inhalt, besonders jedoch durch die in ihr abgedruckten Glückwunschschreiben mit vielen Bezügen auf die Besatzungszeit von der damaligen nationalen Stimmung in Worms. Stresemann zog in seinem Gratulationsschreiben eine Verbindung von seiner Politik seit 1923, die über London und Locarno zu der endgültigen Befreiung des Rheinlandes führen werde. Er schrieb: "Die Freiheit des ganzen Rheinlandes im Rahmen des deutschen Vaterlandes ist nicht mehr eine Frage des Ob, sondern nur mehr eine Frage

des Wann. Allen Deutschen an Rhein und Ruhr, die durch ihre Treue und Standhaftigkeit an diesem Werke Mithilfe geleistet haben, gebührt [...] der Dank des Vaterlandes."[Anm. 5]

8.2 Die wirtschaftliche Lage in der Stadt Worms und in den Heylschen Lederwerken Liebenau 1924/25



Frauen in der Zurichterei und Bügelstube der Heyl'schen Werke Liebenau AG, 18.4.1926[Bild: Füller, StA Worms 07095]

Aus einem von der Hessischen Industrie- und Handelskammer Worms an den Oberbürgermeister gerichteten Bericht zur wirtschaftlichen Lage erfahren wir, welche Maßnahmen die Kammer Ende 1925 zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der örtlichen Betriebe für angemessen hielt.[Anm. 6] Die IHK schlug vor, die den Betrieben auferlegte Steuer- und Abgabenlast zu reduzieren, u.a. durch die Verkleinerung des Verwaltungsapparats in Reich, Ländern und Gemeinden. Die Gesetzgebung müsse vereinfacht werden, alle Ausgaben der genannten Körperschaften durch entsprechende Einnahmen gedeckt sein. Die Bildung von Rücklagen sollte in Zukunft entfallen. Wegen des hohen Kapitalmangels der Betriebe seien die Kreditzinsen zu senken. Zur Erleichterung des Außenhandels wurde der Abschluss von günstigen Handelsverträgen vorgeschlagen. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit sei anzustreben, ebenso wirke sich der "Tarifzwang" negativ aus. Zuletzt empfahl die Kammer eine bessere Ausbildung der Arbeiter und Angestellten sowie die Beendigung der Zwangsbewirtschaftung des Wohnraums, um das Baugewerbe zu beleben. In der Wormser Volkszeitung vom 22. März 1924 beschwerte sich ein Leser über den "kolossalen Anstieg von Amtmannstellen" in der Wormser Stadtverwaltung. Die Empörung über die Aufblähung des Wormser Beamtenapparats brach sich auch in einem Leserbrief in der Wormser Zeitung vom 18. März 1924 Bahn, der mit "Viele Gerechtigkeitsliebende" unterzeichnet war.[Anm. 7]

Nach der großen Inflation machten auch die Heylschen Lederwerke Liebenau am Ende des Geschäftsjahres 1923/24 in ihrem Geschäftslage-Bericht vom 5. September 1924 deutlich, wie die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs wiederzuerlangen sei.[Anm. 8] Die ersten neun Monate des vergangenen Geschäftsjahres würden als die schlimmsten in der Nachkriegszeit "ewig im Gedächtnis bleiben". Da die Lederindustrie kapitalintensiv sei, die knappen zur Verfügung stehenden Geldmittel bis Juli 1924 aber kaum ausreichten, um genügend Rohware einzukaufen, gelang es erst danach, durch günstigere Kreditbedingungen Kapital zu beschaffen, um das Geschäft wieder in Gang zu setzen.

Gleichzeitig stellte man fest, dass die Produktionskosten für das Hauptprodukt der Lederwerke, das schwarze Chevreauxleder ("Nibelungkid") gegenüber der Vorkriegszeit auf das Doppelte angestiegen seien. Während der Inflationszeit spielten die Herstellungskosten aufgrund der großen Geldentwertung kaum eine Rolle, jetzt aber musste aufs Schärfste kalkuliert und die Arbeitsproduktivität erhöht werden. Kostensenkungen, Abbau von Arbeitsplätzen und Rationalisierung von Betriebsabläufen waren die dazu erforderlichen Maßnahmen. Ohnehin sei die Arbeitsproduktivität in vergleichbaren amerikanischen Lederfabriken sehr viel höher, wie die Wormser Direktoren errechnet hatten. Man zog folgende Konsequenzen: Der sogenannte "Grane-Betrieb", d.h. die Verarbeitung von Rosshäuten, wurde gänzlich eingestellt. Der sogenannte "Burgund-Betrieb" (die Verarbeitung von Rehfellen) fiel ebenfalls weg, da er einen knapp 30-prozentigen Verlust einbrachte. Das zu große Warensortiment mit vielen "Sonderwahlen" gestaltete sich unübersichtlich, zu kompliziert und zu kostenintensiv. Die Firmenleitung plante, die Produktion des Chevreauxleders auszuweiten, da aber diese Ware als Modeprodukt galt, war ihr Absatz starken Schwankungen unterworfen. Man entschied, verstärkt Handschuh-, Portefeuille-, Möbel- und Triebriemenleder zu produzieren.

Um die Betriebskosten entscheidend zu senken, musste Personal abgebaut werden. In einer Besprechung Ludwig von Heyls mit seinen Direktoren wurde errechnet, dass "im allgemeinen Bereich" 160 Arbeiter, 13 Hofarbeiter, 26 Handwerker, ferner vier Meister und etliche Aufseher entbehrlich waren. [Anm. 9] Allerdings entließ die Leitung der Lederwerke Liebenau keineswegs leichtfertig Mitarbeiter, denn ein Bericht vom 3. Oktober 1924 wies aus, dass von den 160 geplanten nur 117 Arbeiter freigestellt wurden. [Anm. 10] Man teilte die Arbeiter in Gruppen ein und unterschied u.a. Ledige, vor und nach 1921 eingestellte, Verheiratete "ohne Anhang" bzw. mit einem Kind, mit zwei, drei oder mehr Kindern. Die Entlassungen wurden also nach sozialen Kriterien vorgenommen. Die Firmenleitung versuchte z.B. einen kaum arbeitsfähigen Kriegsbeschädigten dadurch weiter zu beschäftigen, dass er die Beschriftung der über 800 Lohnbeutel übernahm. Weitere Überlegungen führten dazu, sowohl in den "Wohlfahrtsanstalten" (Konsumanstalt, Kasino und Küche, Gemüsegärten und Weinberge der Firma) als auch im Verwaltungsbereich (Krankenkasse, Lohnbüro, Telefonzentrale, Druckerei) Mitarbeiter einzusparen. [Anm. 11] Nach einer Aufstellung wurden im kaufmännischen Bereich insgesamt 14 Angestellte entlassen. [Anm. 12]

Zusammenfassend kann man feststellen, dass nach der Währungsstabilisierung vom November 1923 die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Wormser Heylschen Lederwerke Liebenau erst recht hervortraten, denn im Jahr 1924 mussten dort zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt harte Einschnitte vollzogen werden: Mitarbeiter wurden entlassen und Betriebsabläufe rationalisiert. Eine Reihe von hochverzinslichen Krediten mussten zurückgezahlt werden. Nach der Inflation war dann die Weltwirtschaftskrise ab 1929 für die Heylschen Lederwerke "die zweite existenzbedrohende Krise innerhalb weniger Jahre."[Anm. 13]

Anmerkungen:

- 1. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 341-355.
- 2. Winkler, Geschichte des Westens, S. 491f.
- 3. Poidevin/Bariéty, S. 352f.
- 4. Jahr, Locarno und die deutsche Innenpolitik (2007), S. 111-118, hier: S.116.
- 5. 150 Jahre Wormser Zeitung, S. 28.
- 6. StadtAWo Abt. 5 Nr. 5569.
- 7. Wormser Volkszeitung (WVZ) Nr. 70 vom 22.03.1924 und WZ vom 18.03.1924, beide Leserbriefe in: StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 173.
- 8. StadtAWo Abt. 180/1 Nr. 173. Elfseitiger Geschäftsbericht vom 05.09.1924.
- 9. Ebd., Besprechung 30.09.1924.
- 10. Ebd., Bericht vom 03.10.1924.
- 11. Ebd., Bericht vom 25.09.1924.
- 12. Ebd., Aufstellung von Direktor Maus vom 29.09.1924. 13. Hartmann, Die Heyl`schen Lederwerke Liebenau, S. 85.

19.04.2023, 12:08 5 von 5

Rheinhessen > Städte & Dörfer > Worms > Einzelaspekte > Worms in der Besatzungszeit

9. Der Abzug der Besatzungstruppen am 30. Juni 1930



Französischer Truppenabzug, im Hintergrund das Altsprachliche Gymnasium, 1930[Bild: StadtA Wo, Fotoabt. Nr. 8761/5]

Nach Unterzeichnung der Locarno-Verträge verließ der letzte Wormser Kreisdelegierte Hedoin die Stadt am 11. März 1926, weshalb die Verwaltung des Kreises Worms nicht mehr der Interalliierten Rheinlandkommission unterstand. In den Jahren 1926, 1927 und danach zogen schrittweise auch Teile der Besatzungstruppen aus der Nibelungenstadt ab.[Anm. 1] Bis 1929 hatte sich bei deutschen und französischen Politikern die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Dawes-Plan von 1924 einer Aktualisierung bedurfte. Poincaré schlug Stresemann vor, die französischen Verhandlungen mit den USA dahingehend zu führen, dass die deutsche Reparationsschuld gegenüber Frankreich "in dem Maße vermindert werden könnte, in dem die Amerikaner ihrerseits auf einen Teil der französischen Schulden verzichten würden".[Anm. 2] Außerdem war sein Ziel, die endgültige Regelung der Reparationszahlungen mit der gänzlichen Räumung der besetzten Gebiete zu verbinden.

Ein internationaler Ausschuss von Finanzexperten unter der Leitung des amerikanischen Juristen und Industriellen Owen D. Young arbeitete einen entsprechenden Plan aus. Der Young-Plan wurde im August 1929 auf der Konferenz von Den Haag angenommen, die Verknüpfung zwischen den deutschen Reparationszahlungen mit den interalliierten Schulden also akzeptiert. Die Alliierten verpflichteten sich im Gegenzug, bis zum 30. Juni 1930 sämtliche Truppen aus dem Rheinland abzuziehen, also fünf Jahre vor dem in Versailles vereinbarten Termin. Belgier und Engländer zogen ihre Besatzungstruppen bis zum 30. November 1929 zurück. Zugleich räumten die Franzosen ihre Zone im Raum Koblenz. Die Früchte seiner Arbeit erlebte Stresemann nicht mehr, denn er war im Alter von 51 Jahren am 3. Oktober 1929 gestorben. Die letzte besetzte Zone, nämlich Rheinhessen und die Pfalz, sollte bis 30. Juni 1930 frei von Truppen sein. [Anm. 3] Am 18. Mai gab Ministerpräsident Tardieu den Befehl, diese Zone zu räumen. [Anm. 4] Die Wormser Zeitung meldete, dass einige der letzten Wormser Truppen zusammen mit Oberst Cornier am 26. Mai abzogen. Leutnant de Pomery sollte noch die letzten Abwicklungen bis zum 30. Juni überwachen. An diesem Tag um 14 Uhr 30 verließ der letzte Truppentransport Worms und sogleich wurde auf dem Wormser Bahnhofsgebäude die deutsche Flagge gehisst.

Schon ab Mitte Mai wurden in der Stadt unter der Leitung von Oberbürgermeister Wilhelm Rahn umfangreiche Vorbereitungen für die Befreiungsfeierlichkeiten getroffen, die am späten Abend des 30. Juni 1930 stattfinden sollten. Alle Wormser Zeitungen berichteten ausführlich über deren Ablauf. Einen guten Überblick liefert das von der *Wormser Zeitung* herausgegebene Buch "Frei ist der Rhein", das neben den Beiträgen der bald vergriffenen "Befreiungsausgabe" vom 30. Juni 1930 weitere Artikel zur Besatzungszeit enthält. [Anm. 5] Darin kam die große Erleichterung der Bevölkerung zum Ausdruck, nun befreit von Pressezensur und anderen Verboten frei über diese schwere Zeit sprechen zu können, oft auch mit ironischem Unterton. Außerdem wurde in dem genannten Buch das Volksschauspiel "Der Rhein ist frei" von Konrad Fischer abgedruckt, das anlässlich der Befreiungsfeier im städtischen Spielund Festhaus aufgeführt wurde. Titelgebend für die Aufsatzsammlung war allerdings das von Georg Richard Roeß stammende Gedicht "Frei ist der Rhein", das in der Sondernummer der *Wormser Volkszeitung* erschien. [Anm. 6]



Truppenabzug des 168. Infanterieregiments aus der "Caserne des Vallières", am Pfortenring[Bild: StadtA Wo, Fotoabt. Nr. L 381

Die Wormser Zeitung berichtete am Befreiungstag auf Seite 1 unter dem Titel "Abschied der Rheinlandkommission" über die letzte Sitzung der Kommission am vorvergangenen Tag.[Anm. 7] Der französische Oberkommissar Tirard danke General Guillaumat für seine Unterstützung beim Truppenabzug. Der belgische Oberkommissar Le Jeune de Munsbach und der englische Regierungsvertreter Herbertson würdigten die Tätigkeit Tirards und des Reichskommissars, des Freiherrn Langwerth von Simmern, obwohl die beiden letzteren oft unterschiedliche Interessen hätten durchsetzen müssen. Langwerth und Tirard bekräftigten zum Abschied, dass man nun in eine Versöhnungs- und Friedensperiode übergehe. In der gleichen Ausgabe der Wormser Zeitung wurde angekündigt, dass am gleichen Nachmittag um 17 Uhr 15 die Darmstädter Schutzpolizei mit 90 Mann und 15 Reitern feierlich über die Rheinbrücke nach Worms einziehen würde. Vom Führer der Wormser Bereitschaft, Herrn Jennewein, empfangen, marschiere man zum Marktplatz, wo die Darmstädter Schutzpolizei vom Wormser Polizeirat Maschmeier begrüßt werde. Dieser übernahm dann dort das Kommando, sodass Worms die Polizeigewalt nach fast zwölf Jahren Besatzung wieder selbst ausübte. Ein großer Fackelzug mit acht Staffeln setzte sich ab 22 Uhr 15 von der Kreuzung Hochheimer/Alzeyer Straße in Richtung Marktplatz in Bewegung. Die Zugstrecke verlief über die Seidenbender-, Friedrich-

Ebert-, Rathenau- und Andreasstraße, Bismarckanlage, Lutherplatz, Kaiser-Wilhelm-Straße,
Bahnhofsplatz, Siegfried- und Kämmererstraße zum Marktplatz.[Anm. 8] Die acht Staffeln setzten sich
aus allen Wormser Vereinen und Abordnungen von Behörden und Berufsgruppen sowie konfessionellen
Jugendverbänden und Schülern zusammen. Auch Soldaten des Infanterieregiments Nr. 118, begleitet von
Reichswehrangehörigen, fehlten nicht. Besonders stark waren die Sport- und Musikvereine vertreten,
unter ihnen der Reiterverein, die Turngemeinde Worms von 1846, der Turnverein Neuhausen, der
Schwimmclub Poseidon, der Ruderverein, verschiedene Gesangsvereine, die Freiwillige Feuerwehr
Worms mit Musik-, Trommler- und Pfeiferkorps. In der ersten Staffel befanden sich zudem die
Ausgewiesenen und Gefangenen aus der Besatzungszeit. Den Schluss des Fackelzugs bildete die
Freiwillige Werksfeuerwehr der Heylschen Lederwerke Liebenau, deren Arbeiter ebenso wie die
Beschäftigten der anderen Firmen frei hatten, um an der Feier teilzunehmen. Um 21 Uhr 30 wurden der

Dom und die Dreifaltigkeitskirche feierlich beleuchtet und gegen 22 Uhr trafen Oberbürgermeister Rahn
mit der Stadtspitze, Beigeordnete und Regierungsräte, Vertreter des Reiches und des Volksstaats Hessen
am Marktplatz ein.[Anm. 9] Kurz nach 23 Uhr erreichte der Fackelzug ebenfalls den Marktplatz.

Nach Gesangsdarbietungen des Sängergaus Worms eröffnete Oberbürgermeister Rahn die Rednerliste. Er holte weit aus und sprach über Kriegs- und Besatzungszeit, vom Versuch der "Lostrennung unserer Heimat vom Reiche" und von den hohen Reparationsforderungen der Alliierten. Dann dankte er Gustav Stresemann, der entschlossen auf die Rheinlandbefreiung hingearbeitet habe. Wie Ludwig von Heyl gehörte Oberbürgermeister Rahn der DVP an und war dem ehemaligen Reichsaußenminister besonders verbunden. In die Freude über das Ende der Besatzung mischte sich bei Wilhelm Rahn die Sorge um die Not der Bevölkerung in der Wirtschaftskrise. In seiner Rede schwang das große nationale Pathos mit, das auch die Ansprachen der anderen Redner kennzeichnete. Der sozialdemokratische hessische Innenminister Wilhelm Leuschner entbot den Wormsern den Gruß seiner Regierung und erinnerte in seiner Rede an die Männer, "deren zielbewusster Führung wir die Stunde der Befreiung verdanken." Er nannte Ebert, Erzberger, Rathenau und Stresemann, Männer, die entweder im Amt früh verstorben oder von rechtsradikalen Terroristen ermordet wurden. Man sei zunächst, so Leuschner, "durch ein Meer von Blut und Tränen gewatet." Dann habe man durch die Einigkeit und das Opfer des Volkes die Freiheit wiedererlangt. Noch mehr als Rahn sprach Leuschner von der tiefgehenden wirtschaftlichen und sozialen Krise, die für weite Teile der Bevölkerung größte Entbehrungen bedeutete. Staatssekretär Schmid überbrachte den Wormsern die Grüße der Reichsregierung und des Reichstags. Seine Rede übertraf in ihrem Duktus das zeittypische patriotische Pathos der beiden anderen Redner, indem er ausrief: "Die alte deutsche Wacht am Rhein hat auch im waffenlosen Abwehrkampf der letzten 12 Jahre festgestanden." Das Ziel sei nun, alle Kräfte für einen Wirtschaftsaufschwung einzusetzen. Danach stimmen die 8000 Teilnehmer der Feier in das Singen des Deutschlandlieds ein.

In der Befreiungsnummer der *Wormser Zeitung* vom 30. Juni 1930 mit rotem Überdruck: "Frei ist der Rhein" wurden auch die beiden Seiten einer silbernen Gedenkmünze der Vaterländischen Verbände

abgebildet, die aus Anlass der Rheinlandbefreiung, geprägt vom bayerischen Hauptmünzamt, herausgegeben wurde. Die Vorderseite zeigt die Germania, die ihre "Kinder", die Pfalz und das Rheinland, wieder empfängt. Die Umschrift lautet: "Pfalz und Rheinland Räumung 1930". Die Rückseite zeigt den "Vater Rhein" als Flussgott, der in den Fluten des Rheins steht (Umschrift: "Deutsch ist der Rhein."). Ein weiteres Großereignis der Befreiungsfeierlichkeiten war die Neueröffnung des Städtischen Museums im Andreasstift am 1. Juli 1930.[Anm. 10] Durch eine große Spende Maximilian von Heyls (1844–1925) und durch Zuschüsse des Reichs, des Hessischen Staats sowie der Stadt Worms konnte das Museum eingerichtet werden. Seine Eröffnung war bewusst auf diesen Tag gelegt worden, um die Verbindung zwischen der rheinischen Kultur und der Nation zu demonstrieren. Ein besonderer Höhepunkt innerhalb der Feiern der Rheinlandbefreiung war der Besuch des Reichspräsidenten von Hindenburg, der am 19. Juli 1930 Worms mit einem Dampfer erreichte, der von Ludwigshafen kommend, später nach Mainz weiterfuhr.[Anm. 11] Zum Empfang standen die Wormser Bürger, viele Vereine, der Wormser Oberbürgermeister sowie die hessische Staatsspitze bereit. In seiner Rede dankte Hindenburg den Wormsern für ihre aufrechte Haltung während der Besatzungszeit. Gemeinsam mit dem Präsidenten sangen die Wormser Bürger zum Abschluss des Besuchs das Deutschlandlied.

Anmerkungen:

- 1. Pujari, Worms unter französischer Besatzung, S. 52f.
- 2. Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland, S. 361f.
- 3. Pujari, S. 20.
- 4. Ebd., S. 100ff.
- 5. Frei ist der Rhein, S. 5f.
- 6. Pujari, S. 112.
- 7. WZ Nr. 327 (MB) vom 30.06.1930.
- 8. Pujari, S. 102f und Frei ist der Rhein, S. 9-12.
- 9. Vgl. im Folgenden, S. 13-21.
- 10. Pujari, S. 108f.
- 11. Ebd., S. 110.

Rheinhessen > Städte & Dörfer > Worms > Einzelaspekte > Worms in der Besatzungszeit

10. Die Bedeutung der Besatzung für Worms sowie für Deutschland und Frankreich



Das zerstörte Zigarrengeschäft eines Separatisten in der Mainzer Boppstraße, 1930[Bild: Bundesarchiv, Bild 102-10072 / Georg Pahl]

Welche bleibenden Auswirkungen hatte die französische Besatzungszeit für Worms und die beiden Nachbarländer? In Worms dauerten die ökonomischen und mentalen Nachwirkungen der Besatzungszeit noch lange an. [Anm. 1] Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, soziale Unruhen und politische Radikalisierung waren Konstanten der Wormser Entwicklung über die schwierigsten Phasen der Besatzungszeit hinaus, obwohl Ende 1924 die Ausweisungen zurückgenommen wurden und die Reichsbahn den Verkehr in den besetzten Gebieten wieder übernahm. Die lange und z. T. harte Besatzungsrealität, besonders während der Ruhrkrise, führte unweigerlich zu einem Ansteigen eines ausgeprägten Nationalismus in Worms und Rheinhessen. [Anm. 2] Die Entstehung der ersten rheinhessischen Ortsgruppe der NSDAP in Worms im Herbst 1922 ist sicherlich kein Zufall. Der Vorwurf, zur Zeit der Rheinlandbesetzung ein Separatist gewesen zu sein, wurde von den Nationalsozialisten zur Ausgrenzung von Gegnern genutzt. [Anm. 3]

Das Jahr 1923 stellte Deutschland und die Reichsregierung während der Hochphase der Inflation auch vor die Frage, ob das Rheinland auf Kosten des wirtschaftlichen Zusammenbruchs des ganzen Landes gerettet werden sollte. Für Frankreich war die Besetzung des Rhein- und Ruhrgebiets gekoppelt an die Reparationsleistungen Deutschlands. Die gewaltigen Verwüstungen, die durch die deutschen Besatzungstruppen während des Krieges in Belgien und Frankreich angerichtet wurden, rechtfertigten bis zu einem gewissen Grad diese Forderungen der Siegermächte. Gerd Krumeich vergleicht die extreme Härte der Auseinandersetzung während der "Friedensbesetzung" des Ruhrgebiets 1923 mit der Kriegsbesetzung Belgiens und Nordfrankreichs durch deutsche Truppen zwischen 1914 und 1918. Die Härte des "Ruhrkampfs" sei so zu erklären. [Anm. 4] Die Brutalität der Zerstörungen der französischen und belgischen Landesteile drang allerdings kaum ins deutsche Bewusstsein. Durch die deutsche Propaganda während des Krieges und die "Dolchstoßlegende" sowie durch die deutsche Fokussierung

1 yon 2

auf die Inflation und die Wirtschaftskrise nahm man dieses Phänomen nicht wirklich wahr.[Anm. 5] Der französische Historiker Jean-Jacques Becker geht auf das Ziel der französischen Militärkreise um Marschall Foch ein, nach dem Sieg 1918 "das Werk Bismarcks zu zerstören und Deutschland wieder in seine Einzelteile zu zerlegen."[Anm. 6] Foch und dessen Berater General Weygand schlugen im Juni 1919 etwa "getrennte Verhandlungen mit den Herrschern in Baden, Württemberg und Bayern vor, mit dem Ziel, Süddeutschland von dem Rest des Landes zu trennen."[Anm. 7] Das Ansinnen der französischen Generäle scheiterte am Primat der Politik. Clemenceau kannte die angloamerikanische Ablehnung dieser Position des Militärs und handelte danach. Der Wille zur Zerstörung des Deutschen Reichs trug neben "anderen [...] Demütigungen [Deutschlands] zur Entstehung von Revancheabsichten bei." Die Zerstörung gelang nicht und so konstatiert Becker in einem Teil der französischen öffentlichen Meinung in der Phase nach "Versailles" das Gefühl, dass die Opfer des Krieges umsonst gewesen seien. Diese Mentalität war Ausdruck einer Krise, die schon auf die Niederlage Frankreichs gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland im Jahr 1940 hinwies.[Anm. 8]

Anmerkungen:

- 1. Vgl. Bönnen, Von der Blüte in den Abgrund, S. 558-581.
- 2. Hierzu ausführlich: Würz, Kampfzeit unter französischen Bajonetten (2012), S. 100-112.
- 3. Ebd., S. 239.
- 4. Krumeich, Der "Ruhrkampf" als Krieg, S. 9-24, hier: S. 9ff.
- 5. Ebd., S. 17f.
- 6. Becker, Frankreich und der gescheiterte Versuch, das Deutsche Reich zu zerstören (2004), S. 65-70, hier: S. 66.
- 7. Ebd., S. 67. Es ist ungewöhnlich, dass Foch im Juni 1919 in Bezug auf die deutschen Länder von "Herrschern" spricht. Dies beruht vermutlich auf einer ungenauen Übersetzung aus dem Französischen.

8. Ebd., S. 70.

Rheinhessen > Städte & Dörfer > Worms > Einzelaspekte > Worms in der Besatzungszeit

11. Quellen und Literatur

Archivalien

Stadtarchiv Worms: Abt. 5: Stadtverwaltung 1815-1945

Nr. 5569:

• Erklärung der Hessischen Industrie- und Handelskammer Worms zur wirtschaftlichen Lage am Jahresende 1925

Stadtarchiv Worms: Abt. 180/1: Heylsche Lederwerke Liebenau GmbH/AG

Nr. 5:

• Brief des Generaldirektors Otto Bonhard vom 25. April 1919 an Ludwig von Heyl

Nr. 173:

- Zeitungsausschnitt aus der WZ, Leserbrief vom 18.03.1924
- Zeitungsausschnitt aus der WVZ, Leserbrief vom 22.03.1924
- Übersicht über die Firmenorganisation und die den Abteilungsleitern zugeordneten Arbeitsbereiche vom 24.08.1924.
- Geschäftslage der Lederwerke Liebenau August 1924 vom 05.09.1924 (11 Seiten).
- Protokoll von Direktor Dinges vom 25.09.1924: Einsparungen in den "Wohlfahrtseinrichtungen" und der Verwaltung
- Aufstellung von Direktor Maus vom 29.09.1924: geplante Verbesserungen von Betriebsabläufen und Freistellungen von Angestellten der Verwaltung
- Besprechung Ludwig von Heyls mit den Direktoren vom 30.09.1924: geplanter Abbau von 160 Arbeitsplätzen und weitere Einsparungen
- Bericht vom 03.10.1924: die Entlassung von nunmehr 117 Arbeitern

Nr. 214:

- Rohfellberichte Generaldirektor Bonhards vom 29.07., 05.08., 12.08.1921 sowie der Direktoren Maus und Depker vom 23.08.1921, jeweils an Ludwig von Heyl
- Lohnbesprechungen vom 28.07., 04.08., und 18.08.1921
- Verkaufsbericht Bonhards vom 29.07.1921 an Ludwig von Heyl
- Brief Bonhards vom 06.08.1921 an Ludwig von Heyl, Pfauenmoos: betriebliche Baupläne
- Brief der Direktoren Maus und Depker vom 19.08.1921 an Ludwig von Heyl
- Rohfellbericht der gleichen Herren vom 18.09.1922 an Ludwig von Heyl, München
- Bericht von Direktor Maus vom 18.09.1922 über die Leipziger Herbstmesse (13./14.09.1922)
- Verkaufsbericht der Direktoren Maus und Depker vom 21.09.1922 an Ludwig von Heyl, München
- Rohfellbericht der gleichen Herren vom 22.09.1922 an Ludwig von Heyl, ebenda

Nr. 227:

- Zeitungsausschnitt aus der WZ vom 24.06.1923: Bericht über Verkehrssperren zum rechtsrheinischen Gebiet ab dem 23.06.1923
- Brief Bonhards vom 03.07.1923 zum gleichen Thema an Ludwig von Heyl
- Brief von Direktor Maus vom 12.07.1923 an Ludwig von Heyl: die Verkehrssperre an der Rheinbrücke und die Zollgrenze
- Brief Generaldirektor Bonhards vom 24.07.1923 an Ludwig von Heyl: Probleme des Bargeld- und Devisenverkehrs
- Bericht der Direktoren Maus und Bonhard vom 10.08.1923 an Cornelius W. von Heyl, Pfauenmoos/Schweiz
- Brief Bonhards vom 18.08.1923 an Ludwig von Heyl: erneute Schwierigkeiten wegen der Rheinzollgrenze
- Brief Bonhards vom 21.08.1923 an Ludwig von Heyl, Schloss von der Marwitz/Brandenburg: Rheinzollgrenze, fehlende Absatzmärkte und Arbeitslosen-Demonstrationen in Worms
- Brief Bonhards vom 28.08.1923 an Ludwig von Heyl: u.a. Schwierigkeiten bei der Beschaffung hoher Lohnsummen
- Brief Bonhards vom 31.08.1923 an Ludwig von Heyl zum Thema Verkehrsabsperrungen
- Brief Bonhards vom 10.09.1923 an Ludwig von Heyl: Regelungen für den eventuell eintretenden Tod Cornelius W. von Heyls

1 yon 3

Gedruckte Quellen

- 150 Jahre Wormser Zeitung 1776-1926, Worms 1926.
- Adelung, Bernhard, Sein und Werden. Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen. Bearb. von Karl Friedrich, mit 11 Bildtafeln aus dem Leben Bernhard Adelungs, Offenbach 1952.
- Die Berichte Eduard Davids als Reichsvertreter in Hessen 1921-1927, bearb. von Friedrich P. Kahlenberg, Wiesbaden 1970.
- Frei ist der Rhein. Erlebnisse in Worms während einer elfeinhalbjährigen Besetzung durch die Franzosen. Eine Sammlung der von Wormser Bürgern in der Wormser Zeitung zur Befreiungsfeier verfaßten Beiträge. Als Anhang das Volksschauspiel: "Der Rhein ist frei!" von Konrad Fischer, Worms 1930.
- Mitteilungen der Handelskammer Mainz, 1. Jg., Nr. 1 (1919).
- Mitteilungen der Handelskammer Mainz, 1. Jg., Nr. 2-4 (1920).
- Mitteilungen der Handelskammer Mainz, 2. Jg., Nr. 4 (1921).
- Mitteilungen der Rheinhessischen Handelskammern Bingen, Mainz, Worms, 3. Jg., Nr. 3-10 und Nr. 12 (1922).
- Mitteilungen der Rheinhessischen Handelskammern Bingen, Mainz, Worms, 4. Jg., Nr. 1 und Nr. 2/3 (1923).
- Reichsgesetzblatt, Jg. 1919, Nr. 140, S. 687-1349. Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16. Juli 1919. (Dreisprachiger Text). [Vertrag von Versailles].
- Reichsgesetzblatt, Jg. 1919, Nr. 140, S. 1336-1349. Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Belgien, dem Britischen Reiche und Frankreich einerseits, und Deutschland andererseits, betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande. (Dreisprachiger Text). [Rheinlandabkommen].
- Das Rheinlandabkommen sowie die Verordnungen der Hohen Kommission in Coblenz. Dreisprachige Textausgabe. Erläutert von H. Vogels und W. Vogels, Bonn 1920.
- "Sondernummer der Wormser Zeitung zum Gedächtnis des Abschlusses der elfeinhalbjährigen Besatzungszeit am Rhein. Am Tage der Befreiungsfeier am Rhein. Montag, 30. Juni 1930." (Mit rotem Aufdruck: Frei ist der Rhein)
- Ursachen und Folgen. Vom Deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. 3: Der Weg in die Weimarer Republik, hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler, Berlin [o.J.].
- Der Waffenstillstand 1918-1919. Das Dokumentenmaterial der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel, Verhandlungsprotokolle, Verträge, Gesamttätigkeitsbericht. Im Auftrage der Deutschen Waffenstillstandskommission in Verbindung mit Hans <u>Freiherr</u> von Hammerstein und Otto <u>Freiherr</u> von Stein hrsg. von Edmund Marhefka, mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes, 3 Bde., Berlin 1928.
- · Wormser Zeitung

Literatur

- Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik (Online-Edition) http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933> (Stand: 02.08.2018), hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und dem Bundesarchiv.
- Allain, Jean-Claude, Pierre Renouvin und der Versailler Vertrag, in: Versailles 1919. Ziele Wirkung -Wahrnehmung, hrsg. von Gerd Krumeich in Zusammenarbeit mit Silke Fehlemann, Essen 2001, S. 259-268.
- Becker, Adolph, Hinter den Kulissen des Separatismus in Hessen. Gross-Gerau, Alzey, Worms und Frankfurt am Main 1925.
- Becker, Jean-Jacques, Frankreich und der gescheiterte Versuch, das Deutsche Reich zu zerstören, in: Versailles 1919. Ziele Wirkung Wahrnehmung, hrsg. von Gerd Krumeich, Essen 2001, S. 65-70.
- Bischof, Erwin, Rheinischer Separatismus 1918-1924. Adam Dortens Rheinstaatsbestrebungen, Bern u.a. 1969.
- Bönnen, Gerold, Zum kommunalen Wohnungsbau in Worms in der Zeit der Weimarer Republik, in: 1920-1950: 30 Jahre städtischer Wohnungsbau, 1950-2000: 50 Jahre Wohnungsbau GmbH Worms. Hrsg. von Gerold Bönnen und Willi Rupert, Worms 2000, S. 5-20.
- Ders., Tumulte und Unruhen in Zeiten der Krise: Das Beispiel Worms (1916-1933), in: Unrecht und Recht. Kriminalität und Gesellschaft im Wandel 1500-2000. Gemeinsame Landesausstellung der rheinland-pfälzischen und saarländischen Archive. Wissenschaftlicher Begleitband, hrsg. von Heinz-Günther Borck und Beate Dorfey, Koblenz 2002, S. 389-411.
- Ders., Von der Blüte in den Abgrund: Worms vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg (1914-1945), in: Ders. (Hg.), Geschichte der Stadt Worms, Stuttgart (2. Aufl.) 2015, S. 545-606.
- Ders., Bemerkungen zur Entwicklung der Kasino- und Musikgesellschaft zwischen dem Ersten Weltkrieg und ihrer Wiedergründung 1950, in: 1783-2008 – Vereinigte Kasino- und Musikgesellschaft. Festschrift zur 225-Jahrfeier, Worms 2008, S. 120-142.
- Ders., Die Familie von Heyl und ihr Wirken (ca. 1850 bis 1980), in: Bönnen, Gerold und Werner, Ferdinand (Hg.), Die Wormser Industriellenfamilie von Heyl. Öffentliches und privates Wirken zwischen <u>Bürgertum</u> und <u>Adel</u>, Worms 2010, S. 35-186.
- Büttner, Ursula, Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933, Stuttgart 2008.
- Enzyklopädie Erster Weltkrieg, hrsg. von Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Irina Renz in Verbindung mit Markus Pöhlmann, Paderborn 2003.
- Faber, Karl-Georg, Die südlichen Rheinlande 1816-1956: in: Rheinische Geschichte in 3 Bänden, hrsg. von Petri, Franz und Droege, Georg, Bd. 2: Neuzeit, Düsseldorf 1976, S. 367-474.
- Fischer, Wolfram, Artikel "Wirtschaftsgeschichte Deutschlands 1919-1945", in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaft (HWW), Bd. 9 (1982), S. 83-100.

- Hartmann, Christoph, Die Heyl `schen Lederwerke Liebenau. Eine Wormser Lederfabrik in der Zwischenkriegsphase vor dem Hintergrund eines globalen Marktes. Diplomarbeit Universität der Bundeswehr München zur Erlangung eines akad. Grades eines Diplom-Staatswissenschaftlers Univ., München 2007 (masch.).
- Hessische Abgeordnete 1820-1933. Biografische Nachweise für die Erste Kammer der *Landstände* des Großherzogtums Hessen 1820-1918 und den Landtag des Volksstaats Hessen 1919-1933. Bearb. und hrsg. von Klaus-Dieter Rack und Bernd Vielsmeier, Darmstadt 2008.
- Hessische Biografie, in: Landesgeschichtliches Informationssystem Hessen (LAGIS) https://www.lagis-hessen.de (Stand: 02.08.2018), hrsg. vom Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde.
- Jahr, Christoph, Locarno und die deutsche Innenpolitik, in: Breuer, Marten/Weiss, Norman (Hg.), Das Vertragswerk von Locarno und seine Bedeutung für die internationale Gemeinschaft nach 80 Jahren, Frankfurt am Main 2007, S. 111-118.
- Jeannesson, Stanislas, Übergriffe der französischen Besatzungsmacht und deutsche Beschwerden, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hg.), Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 207-231.
- Koch, Jörg, Worms. Früher und heute, Erfurt 2018.
- Köhler, Henning, Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschland-Politik 1918-1919, Düsseldorf 1980.
- Kolb, Eberhard, Artikel "Stresemann, Gustav", in: NDB, Bd. 25 (2013), S. 545-547.
- Ders., Der Frieden von Versailles, München (2. Aufl.) 2011.
- Krauß, Martin, Die Geschichte der Volksbank Worms-Wonnegau 1860-2000, in: Volksbank Worms-Wonnegau eG. Geschichte mit Zukunft, bearb. von DEMS., Worms 2010.
- Krumeich, Gerd, Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen, in: Versailles 1919. Ziele Wirkung Wahrnehmung, hrsg. von dems. in Zusammenarbeit mit Silke Fehlemann, Essen 2001, S. 53-64.
- Ders., Der "Ruhrkampf" als Krieg: Überlegungen zu einem verdrängten deutsch-französischen Konflikt, in: Gerd Krumeich/Joachim Schröder (Hg.), Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 69), Essen 2004, S. 9-24.
- Lebzelter, Gisela, Die "Schwarze Schmach", in: Geschichte und Gesellschaft 11 (1985), S. 37-58.
- Olbrisch, Silke, Die Novemberrevolution 1918 in Worms unter besonderer Berücksichtigung des Arbeiter- und Soldatenrates, in: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, N.F. 61 (2003), S. 193-226.
- Parlament im Kampf um die Demokratie. Der Landtag des Volksstaats Hessen 1919-1933, bearb. und hrsg. von Eckhart G. Franz und Manfred Köhler, Darmstadt 1991.
- Poidevin, Raymond/Bariéty, Jacques, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815-1975, München 1982.
- Pujari, Anjali, Worms unter französischer Besatzung (1918-1930), Bonn 2001 (Examensarbeit, Universität Bonn, masch.).
- Reimer, Klaus, Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918-1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland, Frankfurt am Main 1979.
- Reuter, Fritz, Karl Hofmann und das "neue Worms". Stadtentwicklung und Kommunalbau 1882-1918, Darmstadt, Marburg 1993.
- Riesenberger, Dieter, Das Reich und die Pfalz, in: Kreutz, Wilhelm/Scherer, Karl (Hg.), Die Pfalz unter französischer Besetzung (1918/19-1930), Kaiserslautern 1999, S. 11-30.
- Ruppert, Willi, Tradition und Fortschritt 150 Jahre Sparkasse Worms, Worms 1988.
- Scherf, Harald, Artikel "Inflation", in: HWW, Bd. 4 (1978), S. 159-162.
- Schmitt, Kaspar, Worms und seine Besatzungsgeschichte, in: Rheinhessen. Ein Heimatbuch, Bd. 3. Eine Festgabe zur Befreiung der Rheinlande 1930, hrsg. von Heinrich Wothe, Mainz 1930, S. 94-100.
- Soutou, Georges-Henri, Vom Rhein zur Ruhr. Absichten und Planungen der französischen Regierung, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hg.), Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 63-83.
- Süß, Martin, Rheinhessen unter französischer Besatzung. Vom Waffenstillstand im November 1918 bis zum Ende der Separatistenunruhen im Februar 1924. (= Geschichtliche Landeskunde 31), Stuttgart 1988.
- Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten, 1914-1949, München (3. Aufl.) 2008.
- Wigger, Iris, "Die schwarze Schmach". Afrikaner in der Propaganda der 1920er Jahre, in: Gerhard Paul, Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 1: 1900-1949 (= Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 2009, S. 268-275.
- Winkler, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München (2. Aufl.) 2002.
- Ders., Geschichte des Westens. Die Zeit der Weltkriege 1914-1945, München 2011.
- Worms 1933. Zeitzeugnisse und Zeitzeugen. Mit den Lebens-"Erinnerungen" von Oberbürgermeister Wilhelm Rahn, hrsg. von Fritz Reuter (= Der Wormsgau, Beiheft 33), Worms 1995.
- Würz, Markus, Kampfzeit unter französischen Bajonetten. Die NSDAP in Rheinhessen in der Weimarer Republik (= Geschichtliche Landeskunde 70), Stuttgart 2012.